



JAHRES
BERICHT
2011

Transparency International Deutschland e. V. arbeitet deutschlandweit an einer effektiven und nachhaltigen Bekämpfung und Eindämmung der Korruption. Dazu müssen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und Koalitionen bilden. In Arbeits- und Regionalgruppen werden die Ziele an entscheidende Stellen transportiert, Lösungen erarbeitet und gesellschaftliche wie politische Entwicklungen kritisch begleitet.

Vorwort		2
01 Das Jahr im Überblick		4
02 Arbeitsgruppen und Projekte		16
<ul style="list-style-type: none"> - Politik - Bundes- und Landesverwaltung - Informationsfreiheit - Transparenzkommission Potsdam - Zentralregister/Vergabewesen - Integritätspakt - Wirtschaft - Corporate Accountability/Monitoring - OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> - Finanzmarkt - Hinweisgeber - Strafverfolgung - Gesundheitswesen - Transparenz in den Medien - Sport - Transparenz in der Zivilgesellschaft - Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Staatliche Entwicklungszusammenarbeit - Internationale Konventionen - Politische Bildung - Der Nationale Integritätsbericht: 84 Forderungen für eine integere Republik - Wissenschaftlicher Arbeitskreis - Datenschutz und Korruptionsbekämpfung
03 Aus den Regionalgruppen		32
<ul style="list-style-type: none"> - Baden-Württemberg - Berlin/Brandenburg - Bremen - Frankfurt/Rhein-Main 	<ul style="list-style-type: none"> - Hamburg/Schleswig-Holstein - München - Niedersachsen - Ostwestfalen-Lippe 	<ul style="list-style-type: none"> - Rheinland - Ruhrgebiet - Sachsen - Thüringen/Sachsen-Anhalt
04 Bericht des Beirats		42
05 Medien- und Öffentlichkeitsarbeit		44
06 Finanzen und Mitglieder		46
<ul style="list-style-type: none"> - Erträge und Aufwand - Rücklagen - Ergebnis - Gewinn- und Verlustrechnung - Bilanz 	<ul style="list-style-type: none"> - Mitglieder und Förderer - Mitgliederentwicklung im Jahresvergleich 	<ul style="list-style-type: none"> - Einnahmen über 1.000 Euro - Korporative Mitglieder
07 Mitgliedschaften		56
<ul style="list-style-type: none"> - ALTER-EU - Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit e.V. (dgif) - Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik e.V. (dnwe) - European Healthcare Fraud and Corruption Network (EHFCN) 	<ul style="list-style-type: none"> - Internationale Handelskammer (ICC) Deutschland - Netzwerk Corporate Accountability (CorA) - Nord Süd Forum München e.V. - OECD Watch 	<ul style="list-style-type: none"> - UNCAC Coalition - Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)
08 Transparency Deutschland Stiftung		62
09 Organisation		64
<ul style="list-style-type: none"> - Vorstand - Beirat - Ethikbeauftragter 	<ul style="list-style-type: none"> - Arbeitsgruppenleiter/-innen - Regionalgruppenleiter/-innen - Sitzungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Geschäftsstelle - Bibliothek
Impressum		69

VORWORT

Die Statistik beweist: Transparency International Deutschland hat 2011 sein Aktivitätsniveau wiederum erhöht. Die Präsenz in den Medien konnte deutlich gesteigert werden. Das Social Media-Angebot wurde ausgebaut und gut genutzt. Die Zahl der Veranstaltungen, zu denen unsere Aktiven eingeladen wurden, stieg von 109 im Jahr 2010 auf 169 im Jahr 2011. Diese verstärkte Sichtbarkeit und Präsenz ist die Frucht unserer aller Arbeit, nicht zuletzt des ehrenamtlichen Engagements in den Regional- und Arbeitsgruppen.

Die internationale Politik war erneut – im negativen wie positiven Sinne – ein wichtiger Treiber für unsere Arbeit. Nach wie vor hat Deutschland die UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) nicht ratifiziert. Die Durchsetzung einer verbesserten gesetzlichen Regelung zur Abgeordnetenbestechung bleibt daher mit hoher Priorität auf unserer Agenda. Positive Anstöße kamen sowohl aus den USA als auch von der EU-Kommission im Hinblick auf die verbesserte Transparenz der Zahlungsflüsse bei Investitionen im Bereich der Energie- und Rohstoffpolitik. Der Evaluationsbericht der OECD-Arbeitsgruppe zu Bestechung hat unseren Forderungen nach einem verbesserten Schutz von Hinweisgebern sowie der Einführung eines bundesweiten Korruptionsregisters Nachdruck verliehen.

Nützlich für unsere Resonanz in der deutschen Öffentlichkeit waren erneut auch die Instrumente von Transparency International. So fand die Veröffentlichung des Bestechungszahlerindex 2011 eine hohe Medienresonanz. Ebenso hat uns der Globale Korruptionsbericht zum Klimawandel geholfen, die Bedeutung von Transparenz und Korruptionsvermeidung in einem konkreten Politikfeld zu vermitteln und neue Bündnispartner zu finden. Die Ereignisse des Jahres 2011 zeigen, dass wir mit unserer Zielsetzung des

Kampfes gegen Korruption, gegen illegitime Formen des Lobbyismus, für mehr Transparenz, Verantwortlichkeit und Rechenschaft zentrale Zukunftssorgen aufgreifen und uns in der Mitte der gesellschaftlichen Diskussion bewegen. Der „Arabische Frühling“ machte überdeutlich, wie korrupte Regierungen, soziale Not und der Ruf nach Grundrechten demokratischen Zusammenlebens zusammenhängen. Wie wichtig die Vorbildfunktion und Integrität politischer Akteure für unsere Demokratie ist, zeigten zum Jahresende die Debatten über unseren Bundespräsidenten.

Jede Krise eröffnet auch Chancen. 2011 stand im Zeichen der Erarbeitung des Nationalen Integritätsberichts für Deutschland. „84 Forderungen für eine integere Republik“ gilt es nun umzusetzen. Die Chancen waren nie besser, die notwendige Unterstützung für die Durchsetzung unserer Forderungen – zum Beispiel zur Regelung des Sponsorings und zur Bekämpfung unlauterer Lobbymethoden – zu gewinnen.

Ich habe Dank zu sagen: meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern im Vorstand, den Mitgliedern des Führungskreises, den Ehrenamtlichen für ihre Arbeit in den Gruppen, allen unseren Mitgliedern für ihre Unterstützung und ihr Vertrauen. Erfolg ist immer mit Arbeit verbunden – nicht zuletzt mit mehr Anforderungen und Wünschen an die Geschäftsstelle – dass sie diese auch 2011 souverän und erfolgreich bewältigt haben, dafür gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Geschäftsstelle mein ganz besonderer Dank.

Prof. Dr. Edda Müller
Vorsitzende

Was ist Korruption?

Transparency Deutschland definiert Korruption als Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil.



01

DAS JAHR IM ÜBERBLICK

JAN

10

Erste Ausgabe des Podcast „Transparency im Gespräch“ mit Dr. Peter von Blomberg

Im Audio-Podcast greifen ehrenamtliche Expertinnen und Experten in rund 45 Minuten Korruptionsthemen auf und erläutern die Standpunkte von Transparency Deutschland dazu. In der ersten Ausgabe spricht der stellvertretende Vorsitzende über Auslandsbestechung, wirksame Verhaltenskodizes und die Vorbildfunktion von Industriestaaten bei der Korruptionsprävention.

14

Transparency fordert Bundesgesundheitsminister auf, unabhängige Entscheidungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sicherzustellen

In einem offenen Brief an die Generalsekretärin der WHO beklagt sich Transparency über die fehlende Transparenz im Umgang mit Expertenempfehlungen in der Vergangenheit und fordert Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler auf, sich für klare, transparente Regelungen im Hinblick auf Rekrutierung und Umgang mit Expertinnen und Experten und Personal der WHO einzusetzen.

19

Prof. Dr. Edda Müller beim 5. Jahrestag des Inkrafttretens des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG)

Anlässlich des 5. Geburtstags des IFG fordert Transparency Deutschland die Stärkung der Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger. Die Vorsitzende von Transparency Deutschland Prof. Dr. Edda Müller weist in ihrer Ansprache beim Empfang des Bundesbeauftragten für Infor-

mationsfreiheit auf die bestehende Defizite und Umsetzungsmängel des IFG hin.

21

Termin beim Bundespräsidenten

Der damalige Bundespräsident Christian Wulff lädt Transparency Deutschland zu einem Gespräch auf Schloss Bellevue ein. Themen sind die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC), eine Regelung des Parteiensponsorings und kritische Begleitung des Verwaltungssponsorings, eine Regulierung des Lobbyismus und eine Popularisierung der Informationsfreiheitsrechte.

25

Erstes Treffen der Arbeitsgruppe Bundes- und Landesverwaltung

In der ersten Sitzung der neu konstituierten Arbeitsgruppe werden die Schwerpunkte festgelegt: Die Arbeitsgruppe bereitet Stellungnahmen zum 5. Bericht zur Umsetzung des Präventions- und Bekämpfungskonzeptes der Innenministerkonferenz und zum Jahresbericht 2010 „Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung“ des Bundesinnenministeriums vor. Außerdem soll der Stand der Erstellung von Gefährdungsatlanen und generell die Risikoanalyse untersucht werden.

FEB

8

Gesprächstermin mit SPD-Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel

Mittelpunkt des Gesprächs sind zwei Themen: „Lobbyismus und Transparenz in der Politik“ so-

BILDER:
MARCO URBAN
STEFAN WEHRMEYER
WZB, DAVID AUSSERHOFER

wie „Korruption und Klimawandel“. Prof. Dr. Edda Müller begrüßt, dass die SPD, insbesondere das Netzwerk Berlin, viele Forderungen von Transparency inzwischen übernehme. Sigmar Gabriel berichtet vom Antrag „Mehr Demokratie leben“, der für den Bundesparteitag vorbereitet wird.

13

Sensationeller Sieg der Transparenz in Berlin

In Berlin stimmen überwältigende 98,2% der Bevölkerung für die Offenlegung der Verträge zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe. Da auch über 25% der wahlberechtigten Bevölkerung (Mindestquorum) für die Offenlegung gestimmt haben, ist es der erste erfolgreiche Volksentscheid in Berlin. Transparency Deutschland hatte das Volksbegehren und den Volksentscheid unterstützt.

14

Transparency Deutschland bei Facebook

Transparency Deutschland ist nun mit einer offiziellen Seite bei Facebook präsent. Hier finden Sie die neusten Meldungen, Pressemitteilungen, Schlagzeilen und Veranstaltungshinweise. Transparency weist auf der Seite auf die Notwendigkeit des sensiblen Umgangs mit Daten hin. Wir freuen uns, Sie auf unserer Facebook-Seite begrüßen zu dürfen!

18

„Gauselmänner“-Spenden: Transparency fordert Untersuchung durch Bundestagspräsidenten und Verschärfung der Spendenregeln

Im Zusammenhang mit den Berichten über verdeckte Spenden von Mitarbeitenden des Glücksspielkonzerns Gauselmann an Abgeordnete und Parteien fordert Transparency

eine Verschärfung der Regeln zur Parteienfinanzierung und zu Abgeordnetenspenden. Laut sueddeutsche.de wurden seit 1990 verdeckt mehr als eine Million Euro an die großen Parteien gespendet. Die vielen Einzelbeträge seien aufgrund ihrer geringen Höhe von unter zehntausend Euro nicht in den Rechenschaftsberichten der Parteien aufgetaucht.

MRZ

1

Thailand und Island ratifizieren die UNCAC

Mit der Ratifikation der UNCAC durch Island und Thailand verpflichten sich mittlerweile 150 Staaten auf internationalem Parkett zur Korruptionsbekämpfung. Indien zieht im Mai 2011 nach. Im Kreise der G20-Staaten steht die Ratifizierung der UNCAC nur noch in drei Ländern aus: Deutschland, Japan und Saudi-Arabien.

3/4

Tagung „Kommunale Korruptionsprävention“ in Hof/Saale

Die Regionalgruppe München bietet gemeinsam mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Bayern (FHVR) eine Tagung zu Präventionsmaßnahmen gegen Korruption in Kommunen an. Die Tagung richtet sich insbesondere an Antikorruptionsbeauftragte, geschäftsführende Beamtinnen und Beamte, Rechnungsprüfung und Innenrevision sowie an Kommunalpolitikerinnen und -politiker. Deutlich wird, dass das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Präventionsmaßnahmen gewachsen ist.

8
Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg

Die Regionalgruppe Baden-Württemberg veröffentlicht die Ergebnisse der im November 2010 anlässlich der Landtagswahl in Baden-Württemberg versendeten Wahlprüfsteine. Der Fragebogen umfasste Fragen zum IFG für Baden-Württemberg, Verhaltensregeln für Regierungsmitglieder, Nebeneinkünfte von Landtagsabgeordneten, die Einführung eines Lobbyistenregisters sowie zur Arbeit und Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden. Einem Gesetzesvorhaben zur Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes stehen bis auf die CDU alle Parteien offen gegenüber.

11-13
Führungskreistreffen erstmalig in Erfurt

Das jährliche Strategietreffen von Vorstand, Arbeitsgruppen- und Regionalgruppenleitenden sowie vereinsinternen Funktionsträgerinnen und -trägern und Projektverantwortlichen findet erstmalig in Erfurt statt. Diskutiert wird insbesondere die interne Kommunikation und die Entwicklungen im arabischen Raum und auf den Finanzmärkten. Am Vorabend findet eine gut besuchte, öffentliche Veranstaltung mit Prof. Dr. Edda Müller zum Thema „Lobbyismus in Deutschland: Gefahr für unsere Demokratie?“ in Erfurt statt.

16
Gesprächstermin mit Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler

Im Gespräch mit Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler spricht Prof. Dr. Edda Müller unter anderem die Themen „Fehlverhalten im Gesundheitswesen“, „Anwendungsbeobachtungen“ und „Fangprämien“ an.

› FÜHRUNGSKREISTREFFEN IN ERFURT



24
Veröffentlichung des Evaluationsberichts der „OECD-Arbeitsgruppe zu Bestechung“ zu Deutschland

Der Evaluationsbericht über die Umsetzung des „OECD-Übereinkommens gegen die Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr“ durch Deutschland wird in Paris veröffentlicht. Transparency Deutschland begrüßt die Empfehlung, die Deutschland eine Verschärfung der Strafen für Korruption von juristischen Personen nahe legt. Zu den weiteren Empfehlungen der OECD gehören unter anderem die Einführung eines bundesweiten Korruptionsregisters und ein verbesserter Schutz von Hinweisgebern, die im Privatsektor beschäftigt sind.

APR

6
Transparency hat 1.000 Follower bei Twitter



1.000 Interessierte verfolgen die Twitter-Nachrichten von Transparency Deutschland. Zum Jahresende 2011 hat Transparency 578 Tweets veröffentlicht.

MAI

2
Vorstellung des Globalen Korruptionsberichts zum Klimawandel

Gemeinsam mit Germanwatch stellt Transparency Deutschland den neuen Globalen Korruptionsbericht mit dem Schwerpunktthema Klimawandel vor. In verschiedenen Themenbereichen wie Emissionshandel, Anpassungsmaßnahmen und Abholzung wird analysiert, wie Vertrauen und Integrität in die Maßnahmen der Klimapolitik gesichert werden können. Gemeinsame Forderungen sind unter anderem ein transparentes Berichtswesen, unabhängige Sachverständige und ein betrugssicheres Emissionshandelssystem.

12
Gemeinsame Protestaktion „Wir wollen wissen, wer bezahlt“

Campact, LobbyControl, Mehr Demokratie und Transparency Deutschland sammeln über 50.000 Unterschriften in drei Tagen und übergeben diese an die zuständigen Bundestagsabgeordneten. Zuvor hatten die Organisationen die geplante

Neuregelung der Veröffentlichungspflichten der Nebeneinkünfte von Abgeordneten als intransparent kritisiert und mit einer Pressekonferenz die Protestaktion gestartet.

16
Ombudsmann gegen Match-Fixing bei der Deutschen Fußball-Liga (DFL)

Die DFL setzt nach Beratungen mit Transparency im Rahmen des Projektes „Transparenz und Integrität im Fußball“ den ersten Ombudsmann gegen Match-Fixing ein. Christoph Geissler, stellvertretender Leiter der Arbeitsgruppe Sport, referiert bei dem Präventions-Workshop der DFL mit den Leitern der Leistungszentren der Bundesligen. Weitere zwei Workshops mit Eintracht Frankfurt und Bayer Leverkusen unter Beteiligung der Arbeitsgruppe Sport folgen im August und November.

23
Veranstaltung „Sport und Wirklichkeit. Bilder, Vorbilder- Transparenz? Korruption im Sport“

Die Regionalgruppe Thüringen/Sachsen-Anhalt veranstaltet in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Diskussionsforum zum Thema Korruption und Sport. Neben einem Impulsvortrag unter dem Titel „Bilder, Vorbilder- Transparenz?“ nimmt Sylvia Schenk, Vorstandsmitglied von Transparency Deutschland, auch an einem Publikumsgespräch mit Peter Gösel, Vorsitzender des Landessportbundes, und Petra Heß, Vizepräsidentin der Deutschen Olympischen Gesellschaft, teil.

24
Veröffentlichung des OECD Progress Report 2011

Transparency International veröffentlicht den jährlichen Bericht zum Stand der Strafverfolgung der Auslandsbestechung in OECD-Ländern. Dieser zeigt den internationalen Stillstand bei der Verfolgung der Auslandsbestechung auf.

31
Fachtagung „Dankt der Staat ab?“ in Berlin

Transparency Deutschland veranstaltet in Kooperation mit dem dbb beamtenbund und tarifunion eine Fachtagung unter dem Titel „Dankt der Staat ab – Wo bleibt das Primat der Politik?“ in Berlin. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft diskutieren über Legitimitätsprobleme politischer Entscheidungen, Chancen und Risiken der Einbeziehung externer Akteure und eine transparente Gestaltung politischer Diskurse. Im Oktober 2011 wird die Tagungsdokumentation veröffentlicht, die die Vorträge der Referentinnen und Referenten enthält.



› KLAUS MILKE, GERMANWATCH, UND PROF. DR. EDDA MÜLLER STELLEN DEN GLOBALEN KORRUPTIONSBERICHT VOR

› FACHTAGUNG „DANKT DER STAAT AB?“. VON LINKS: PROF. DR. EDDA MÜLLER; BUNDEJUSTIZMINISTERIN SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER; FRANK STÖHR, ZWEITER VORSITZENDER DES DBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION



JUN

1

„Mutig und Beharrlich“: Prof. Dr. Edda Müller im ZEIT-Porträt

Im Interview mit „DIE ZEIT“ spricht Prof. Dr. Edda Müller über ihre Motivation, sich für Transparency Deutschland und gegen Korruption zu engagieren. Das Porträt zeichnet ihren Weg von der Ministerialbeamtin unter Umweltminister Klaus Töpfer über ihre Zeit als Ministerin in Schleswig-Holstein und Vizedirektorin der Europäischen Umweltagentur bis zur Chefin des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzvb) nach.

1-3

Europe and Central Asia Regional Meeting in Rumänien

Wie jedes Jahr treffen sich die europäischen und zentralasiatischen Chapter zum Wissens- und Erfahrungsaustausch und um gemeinsame Prioritäten, Ziele und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit in der Korruptionsbekämpfung zu diskutieren. Prof. Dr. Edda Müller, der Geschäftsführer Dr. Christian Humborg und Shirley van Buiren, Leiterin der Arbeitsgruppe Corporate Accountability/Monitoring OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, reisen nach Sibiu.

16

Webseite der Transparency Deutschland Stiftung geht online

Die Webseite der Transparency Deutschland Stiftung geht unter www.transparency-stiftung.de

> PODIUMSDISKUSSION „TRANSPARENZ IM ROHSTOFFSEKTOR“ BEI DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2011.
VON LINKS: DR. CHRISTIAN HUMBORG; PROF. DR. PETER EIGEN; JENS MARTENS



online. Die Stiftung unterstützt den Kampf gegen Korruption und verwirklicht dies insbesondere durch die Unterstützung des Transparency International Deutschland e.V. Vorsitzende des Stiftungsrates ist Dr. Hedda von Wedel, stellvertretende Vorsitzende von Transparency Deutschland.

18

Mitgliederversammlung in Köln

Die Mitglieder von Transparency Deutschland kommen zur jährlichen Mitgliederversammlung in Köln zusammen. Am Vorabend findet eine Podiumsdiskussion zum Thema „Transparenz im Rohstoffsektor“ mit Transparency-Gründer Prof. Dr. Peter Eigen und Jens Martens, Leiter des Europa-Büros des Global Policy Forum, statt.

21

Konsultationsrunden zur Antikorruptionsstrategie für die deutsche staatliche Entwicklungs- zusammenarbeit

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) veranstaltet mehrere Konsultationsrunden mit der Zivilgesellschaft. Dr. Peter von Blomberg vertritt Transparency bei der Konsultation zum Thema „Rolle und Beitrag des Privatsektors in der Korruptionsprävention“. An der Konsultationsrunde „Rolle und Beitrag der Zivilgesellschaft in der Korruptionsprävention“ hatte Sieglinde Gauerlietz, Leiterin der Arbeitsgruppe Staatliche Entwicklungszusammenarbeit, bereits Anfang Juni teilgenommen.

21

Konstituierende Sitzung der Transparenzkommission Potsdam

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam hat in ihrer Sitzung vom 1. Juni 2011 den Beschluss zur Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung von Transparenzregeln in städtischen Unternehmen gefasst. Transparency Deutschland ist in der Kommission durch Ulrike Löhr, zuständig für die korporativen kommunalen Mitglieder bei Transparency Deutschland, und Vorstandsmitglied Jochen Bäumel vertreten. Im Dezember wird der Schlussbericht der Transparenzkommission Potsdam vorgelegt.

23

Transparency begrüßt das 1111. Mitglied

Gottfried Bramer, Pensionär aus Hilden, wird 1111. Mitglied von Transparency Deutschland. Er möchte seine Kenntnisse und Erfahrungen aus seiner Tätigkeit in der Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen in die Arbeit von Transparency Deutschland einbringen.

24

„Einfach bestechend“: Porträt und Interview in der brand eins

In der brand eins-Ausgabe mit dem Themenschwerpunkt „Transparenz“ wird Transparency Deutschland in einem sechsseitigen Artikel porträtiert. Dr. Peter von Blomberg spricht im Interview von einer „echten Kulturrevolution“, was die Nichtakzeptanz korrupter Handlungen betrifft: „Das Unrechtsbewusstsein wächst ebenso wie die Bereitschaft, Korruption anzuzeigen, zu verfolgen und zu ahnden.“

JUL

4

Forum der korporativen Mitglieder in Düsseldorf

Das jährliche Forum der korporativen Mitglieder von Transparency Deutschland tagt bei der Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Düsseldorf. Das Forum bietet den Unternehmen eine Plattform zum Austausch hinsichtlich ihrer Antikorruptionsmaßnahmen. In diesem Jahr wird unter anderem der UK Bribery Act 2010 und seine Auswirkungen auf Unternehmen in Deutschland vorgestellt und über die Korruptionsbekämpfung in der arabischen Welt diskutiert.

5

Einweihung der neuen Geschäftsstelle in Berlin

Nach einer drei Monate dauernden Erweiterung und Renovierung der Geschäftsstelle lädt das Team Mitglieder und Freunde des Vereins zur Einweihungsfeier ein. Die Geschäftsstelle bietet unter anderem den Arbeits- und Regionalgruppen Gelegenheit, sich in den Räumlichkeiten zu treffen und unterhält eine Präsenzbibliothek rund um das Thema Korruption.

6

Forderung nach Transparenz bei der Olympiabewerbung München 2018

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) vergibt die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 an das südkoreanische Pyeongchang. Zuvor hatte Transparency in einer Kooperation der Regionalgruppe München mit der Arbeitsgruppe Sport in einem offenen Schriftwechsel die Bewerbungs-GmbH München 2018 auf Defizite bei der Transparenz, insbesondere die Offenlegung von Kosten, Risiken und langfristige Auswirkungen von Eingriffen in die Umwelt betreffend, sowie auf das Fehlen eines Ethikcodes für die Bewerbung und Unterlassungen bei der Stakeholder-Beteiligung hingewiesen.



› PRESSEKONFERENZ ZUM DODD-FRANK ACT. VON LINKS: TOBIAS KAHLER, DIREKTOR ONE DEUTSCHLAND; HEIDI FELDT, GLOBAL POLICY FORUM EUROPE; PROF. DR. EDDA MÜLLER; RICARDA BAUCH, GESCHÄFTSSTELLE TRANSPARENCY DEUTSCHLAND

10

Veröffentlichung der Dokumentation der Konferenz für Strafverfolgung 2010

Bereits zum 4. Mal fand die Kooperationsveranstaltung von Friedrich-Ebert-Stiftung und Transparency Deutschland am 8. und 9. Dezember 2010 in Berlin statt. Die Konferenz stand unter dem Thema „Neue Strategien der Korruptionsbekämpfung? Die Privatisierung der Strafverfolgung“. Die Publikation dokumentiert die Vorträge der Konferenz.

13

Pressekonferenz zum Dodd-Frank Act mit ONE und Global Policy Forum Europe

Anlässlich der Afrikareise der Bundeskanzlerin fordern zivilgesellschaftliche Organisationen, EU-Pläne für transparente Rohstoffzahlungen zu unterstützen und sich für verbindliche Transparenzstandards der Zahlungsströme im Rohstoffsektor einzusetzen. Die verbindliche Offenlegung der Zahlungsströme ist ein erster, aber wichtiger Schritt, damit Rohstoffreichtum zur Armutsbekämpfung beitragen kann.

19

EU-Kommission überprüfte Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe

Den Anstoß für die Prüfung der EU-Kommission gaben Prof. Dr. Edda Müller und der Vorstandsvorsitzende der Verbraucherzentrale Berlin, Prof. Dr. Jürgen Keßler. Mit einem Schreiben an die EU-Kommission wird der Verdacht begründet, dass bei der Teilprivatisierung die Regelungen des europäischen Beihilfenrechts und Vergaberechts nicht eingehalten wurden. In einem Pressegespräch werden die Prüfergebnisse der offengelegten Verträge der teilprivatisierten Berliner Wasserbetriebe vorgestellt und über die weitere Perspektive informiert.



rency Deutschland unterstützte Internetportal „Frag den Staat“ geht online und wird in einer Pressekonferenz vorgestellt. Ziel des Portals ist es, zu einer zentralen Sammelstelle für Anfragen an und Antworten von Bundesministerien und -behörden im Internet zu werden. FragDenStaat.de unterstützt Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes, dem Umwelt- und dem Verbraucherinformationsgesetz.

22
Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur Stärkung von Hinweisgebern

In einer Pressemitteilung begrüßt Transparency das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) im Fall Heinisch gegen Deutschland. Die Kündigung einer Altenpflegerin, die ihren Arbeitgeber auf Missstände im eigenen Unternehmen hingewiesen hatte, verstößt laut EGMR gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Im Rahmen des G20-Aktionsplans gegen Korruption hat sich Deutschland verpflichtet, bis Ende 2012 gesetzliche Regeln zum Schutz von Hinweisgebern einzuführen. Das jüngste Urteil des EGMR bestätigt die jahrelange Forderung von Transparency, den Schutz von Hinweisgebern vor Sanktionen zu verbessern.

29
Gespräch mit DFB-Präsident Dr. Zwanziger

Für die Arbeitsgruppe Sport führen Sylvia Schenk und Lars-Heiko Kruse, Leiter der Arbeitsgruppe Sport, ein Gespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) Dr. Theo Zwanziger über die Korruptionsskandale beim Welt-Fußballverband FIFA und mögliche Lösungsansätze.

AUG

1
FragDenStaat.de geht an den Start

Das von der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. betriebene und von Transpa-

16
Transparency International legt Report zur FIFA-Reform vor

Transparency International fordert die FIFA auf, unter der Leitung einer unabhängigen Kommission mit Stakeholdern von innerhalb und außerhalb des Fußballs, die Korruptionsvorwürfe aus der Vergangenheit untersuchen zu lassen und grundlegende Reformen zur Sicherung von Transparenz und „Good Governance“ umzusetzen. Transparency leitet die Vorschläge an den DFB weiter.

30
Prof. Dr. Edda Müller beim Wirtschaftstag im Rahmen der Botschafterkonferenz in Berlin

Beim Wirtschaftstag der Botschafterkonferenz, einem jährlichen Zusammentreffen aller Leitenden der deutschen Auslandsvertretungen, nimmt Prof. Dr. Edda Müller an einer Paneldiskussion zum Thema „Energie- und Rohstoffaußenpolitik: interessen- und wertegeleitet“ vor etwa einhundert Gästen teil. Sie weist auf die hohe Korruptionsanfälligkeit rohstoffreicher Länder hin und die Relevanz verbindlicher Standards im Interesse der deutschen Wirtschaft. Die Betonung der Notwendigkeit zur Transparenz beim Projekt Desertec mit dem Ziel der Korruptionsvermeidung findet große Beachtung.

SEP

10
Einführungsseminar in Berlin

Es ist bereits Tradition bei Transparency Deutschland, regelmäßig Einführungsseminare für (Neu-)Mitglieder und Interessierte anzubieten. Das Einführungsseminar der Regionalgruppe Berlin/Brandenburg stößt auf großes Interesse. Während des Seminars werden die Arbeitsweise und Organisation von Transparency Deutschland sowie Möglichkeiten für ehren-

amtliche Mitarbeit vorgestellt. Unter anderem wird der Begriff der Korruption anhand von Fallbeispielen veranschaulicht und Dr. Jens Claussen, Leiter der Arbeitsgruppe Transparenz in der Zivilgesellschaft, stellt seine Gruppe vor.

10
Einführungsseminar
in Ulm

In Ulm findet das zweite Einführungsseminar statt, das von den Regionalgruppen Baden-Württemberg und München gemeinsam veranstaltet wird. Auch hier wird der Verein vorgestellt, der koalitionsweise Ansatz wird in Form eines Rollenspiels dargestellt. Hier stellt sich die Arbeitsgruppe Sport vor.

14
Beiratssitzung

Barbara Stolterfoht wird zur Beiratsvorsitzenden gewählt und folgt Prof. Dr. Hansjörg Elshorst. Gleichzeitig scheidet 14 Mitglieder der Anfangszeit aus dem Beirat aus. Zum 1. Januar 2011 wurden Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Prof. Dr. Ernst Elitz, Prof. Dr. Hans Fleisch, Astrid Frohloff, PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Günter Metzges, Volker Monnerjahn, Barbara Rinke, Peter Rohland, Karenina Schröder und Prof. Dr. Hubert Weiger erstmalig in den Beirat berufen.

17
Nationaler Integritätsbericht Deutschland:
84 Forderungen für eine integere Republik

Der Nationale Integritätsbericht (NIS-Bericht) wird in der Sitzung am 17. September 2011 vom Vorstand abgenommen und ein aus dem Bericht abgeleiteter Forderungskatalog beschlossen. Elf Bereiche oder Institutionen („Pfeiler“) in Deutschland werden hinsichtlich ihrer rechtlichen und tatsächlichen Strukturen, Ressourcen und Maßnahmen zur Korruptionsprävention und -repression analysiert. Der Bericht wird im Januar 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt.

26/27
Fachtagung „Lobbyismus im
Gesundheitswesen“

Gemeinsam mit der Evangelischen Akademie zu Berlin veranstaltet Transparency Deutschland eine Tagung zum Thema „Lobbyismus im Gesundheitswesen. Verantwortliche Interessenpolitik – unverantwortliche Einflussnahme“. Zahlreiche Referentinnen und Referenten aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft beleuchten Möglichkeiten und Grenzen des Lobbying und die Gefahren von Interessenkonflikten aus verschiedenen Perspektiven.



› VORSTELLUNG DES NATIONALEN INTEGRITÄTSBERICHTS IN BERLIN. VON LINKS: DR. DIETER KORCZAK, STUDIENLEITER; PROF. DR. EDDA MÜLLER; RICARDA BAUCH, PROJEKTKOORDINATORIN TRANSPARENCY DEUTSCHLAND

› FACHTAGUNG „LOBBYISMUS IM GESUNDHEITSWESEN“. VON LINKS: PROF. DR. BRUNO MÜLLER-OERLINGHAUSEN, EHEMALIGER VORSITZENDER DER ARZNEIMITTELKOMMISSION DER DEUTSCHEN ÄRZTESCHAFT; PROF. DR. DAVID KLEMPERER, NETZWERK EVIDENZBASIERTE MEDIZIN; DR. ANKE MARTINY, VORSTANDSMITGLIED TRANSPARENCY DEUTSCHLAND



27

**200. Unterzeichner der Initiative
Transparente Zivilgesellschaft (ITZ)**

Die gemeinnützige Organisation faktura gGmbH wird 200. Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft und verpflichtet sich mit einer Selbstverpflichtungserklärung zur Transparenz. Die ITZ wurde von Transparency Deutschland mit zahlreichen Partnerorganisationen aus dem gemeinnützigen Sektor im Vorjahr ins Leben gerufen.

28

**Anhörung im Bundestag zur FIFA
und Vorstellung Hospitality-Leitfaden**

Lars-Heiko Kruse vertritt Transparency bei der Anhörung des Sportausschusses des Deutschen Bundestags zur Korruption im Sport und insbesondere bei der FIFA. Am Abend wird in Berlin der Hospitality-Leitfaden von DFB und DFL vorgestellt, an dem die Arbeitsgruppe Sport mit Stellungnahmen mitgewirkt hat.

28/29

**Open Aid Data Conference bei der
Heinrich-Böll-Stiftung**

Bei der Open Aid Data Conference von Transparency Deutschland, Open Aid e.V., der Open Knowledge Foundation Deutschland und der Heinrich-Böll-Stiftung diskutieren Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis zu den Themen Transparenz und offene Daten für mehr Wirkung in der Entwicklungszusammenarbeit. Schwerpunkt der Veranstaltung ist die praktische Umsetzung von Transparenzmaßnahmen und „Open Data“-Initiativen, wie die International Aid Transparency Initiative (IATI).

OKT

14-16

**Annual Membership Meeting (AMM)
von Transparency International**

Die diesjährige internationale Mitgliederversammlung findet in Berlin statt. Wichtige Themen sind Korruption und Klimawandel, G20 und Finanzmarktreformen, der Umgang mit gestohlenen Vermögen, der „Arabische Frühling“, die UNCAC und die Wirksamkeit von Entwicklungshilfe, zu denen Resolutionen verabschiedet werden. Huguette Labelle und Akere Muna werden als Vorsitzende und stellvertretender Vorsitzender wiedergewählt.

18

**Auftaktveranstaltung des
BMZ-Innovationsbeirates**

Prof. Dr. Müller wird in den Innovationsbeirat des Bundesministeriums für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) berufen. Das 27-köpfige Gremium soll das Ministerium dabei unterstützen, Entwicklungspolitik neu zu denken und zukunftsfähige Ideen für die Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu entwickeln. Bei der Auftaktveranstaltung finden Dialogzirkel zu Bildung, Menschenrechte, Wirtschaft und Entwicklung, Gute Regierungsführung, Stärkung der Zivilgesellschaft und Innovationskompetenzen statt.

20

**Veranstaltung der Regionalgruppe Frankfurt/Rhein-
Main bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ)**

Die Regionalgruppe Frankfurt/Rhein-Main lädt zur Informationsveranstaltung „Integritätsmanagement der GIZ“ in Eschborn ein. Neben dem Integritätsberater der GIZ Dr. Detlev Böttcher, der das interne Integritätsmanagement der GIZ vorstellt, findet ein Treffen mit den Vertreterinnen und Vertretern des Sektorvorhabens „Antikorruption und Integrität“ statt.

20

**Porträt über Dr. Michael Wiehen
in der Süddeutschen Zeitung**

Im Wirtschaftsteil der Süddeutschen Zeitung erscheint ein Beitrag über Dr. Michael Wiehen und die Gründungsgeschichte von Transparency International. Im Interview berichtet der Mitbegründer von Transparency Deutschland, Ethikbeauftragte und Erfinder des Integritätspaktes von Transparency International über Schlüsselerleb-

› OPEN AID DATA CONFERENCE IN BERLIN



nisse im Zusammenhang mit Transparency und seine 35 Jahre bei der Weltbank.

21
UNCAC-Vertragsstaatenkonferenz
in Marrakesch

Anlässlich der Vertragsstaatenkonferenz in Marrakesch fordert Transparency den Bundestag auf, endlich die Voraussetzungen zur Ratifizierung der UNCAC zu schaffen. Dazu ist eine Verschärfung des unzureichenden Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung notwendig. Bis dies geschieht, darf Deutschland nicht an allen Sitzungen der wichtigen „Implementation Review Group“ teilnehmen. Deutschland gehört zu den wenigen Staaten weltweit, welche die Konvention noch nicht ratifiziert haben.

31
Podiumsdiskussion zum Thema
„Vergaberecht fair und transparent“

Dr. Christian Lantermann, Leiter der Arbeitsgruppe Vergabe/Zentralregister, nimmt auf Einladung der hessischen Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen an einem Fachgespräch mit dem Titel „Vergaberecht fair und transparent“ im Hessischen Landtag teil.

NOV

2
Veröffentlichung des
Bestechungszählerindex (BPI) 2011

Transparency Deutschland stellt den von Transparency International veröffentlichten BPI 2011 in einer Pressekonferenz vor. Der Index misst die Bereitschaft von Unternehmen der führenden Volkswirtschaften, im Ausland zu bestechen. Die Bewertung von Unternehmen aus Deutschland hat sich im Vergleich zum BPI 2008 weder verbessert noch verschlechtert. Laut BPI 2011 ist bei Unternehmen aus Russland und China eine besondere Bereitschaft zu erkennen, im Ausland zu bestechen. Die Veröffentlichung stößt auf ein großes Medieninteresse.

17
Transparency klagt gegen
die Kassenärztliche Bundesvereinigung
(KBV)

Transparency Deutschland erhebt Klage auf Akteneinsicht nach dem Informationsfreiheitsgesetz gegen die KBV. Mit der Klage will Transparency erreichen, Informationen zu Art und Umfang der durchgeführten Anwendungsbe-



› VERLEIHUNG DES A.SK SOCIAL SCIENCE AWARD. VON LINKS: PROF. JUTTA ALLMENDINGER, PRÄSIDENTIN WISSENSCHAFTS-ZENTRUM BERLIN FÜR SOZIALFORSCHUNG; PROF. DR. PETER EIGEN; DR. COBUS DE SWARDT, MANAGING DIRECTOR TRANSPARENCY INTERNATIONAL; PROF. DR. WERNER ABELSHAUSER, VORSITZENDER A.SK AUSWAHLKOMMISSION

obachtungen zu erhalten. Bisher hat sich die KBV geweigert, diese Informationen in vollem Umfang offenzulegen. Transparency Deutschland sieht in den Anwendungsbeobachtungen schon seit langem eine Form von legalisierter Korruption.

19
Verleihung des A.SK Social Science Award
an Transparency International

Transparency International wird im Roten Rathaus in Berlin mit dem Sozialwissenschaftspreis des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) ausgezeichnet. In ihrer Begründung würdigt die Jury, dass Transparency International mit Instrumenten wie dem Korruptionswahrnehmungsindex wesentlich zur öffentlichen Debatte über Korruption beiträgt. Transparency International unterstütze Reformprozesse zur Stärkung transparenter Regierungsstrukturen und leiste damit einen Beitrag zur Bekämpfung der weltweiten Armut und Ungleichheit.

30. - bis 2. Dezember
Tagung „Mut zur Transparenz“ in Bad Boll

Die Arbeitsgruppe „Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit“ veranstaltet die Tagung „Mut zur Transparenz – Korruptionsbekämpfung in der Entwicklungszusammenarbeit der Kirchen und Nichtregierungsorganisationen“ in Kooperation mit einer Reihe von kirchlichen Entwicklungsdiensten. Die Tagung zieht Bilanz der 2009 von den Missions- und Entwicklungswerken vereinbarten Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung.

DEZ

1 Neuer Verhaltenskodex für Abgeordnete des EU-Parlaments

Transparency International begrüßt die Verabschiedung eines Verhaltenskodexes für Abgeordnete des Europäischen Parlaments durch das EU-Parlament, gibt gleichzeitig aber zu Bedenken, dass der tatsächliche Effekt von seiner Implementierung abhängt. Der Annahme des Kodex waren im März 2011 Vorwürfe gegen drei EU-Abgeordnete vorausgegangen: Diese sollen bereit gewesen sein, Bestechungsgelder anzunehmen, um Gesetzgebungsprozesse im Sinne der Auftraggeber zu beeinflussen.

1 Veröffentlichung des Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) 2011

International betrachtet belegt Deutschland einen vergleichsweise guten 14. Platz im CPI 2011. Deutschland liegt jedoch weiterhin im europäischen Mittelfeld – ohne den Abstand zu den europäischen Spitzenreitern zu verringern. Für den CPI 2011 wurden 183 Länder nach der im öffentlichen Sektor wahrgenommenen Korruption bewertet. Das Länder-Ranking des CPI setzt sich aus verschiedenen Indizes zusammen, für die Experten und Manager befragt wurden. Angeführt wird der CPI 2011 von Neuseeland, Dänemark und Finnland. Weltweite Schlusslichter sind Somalia und Nordkorea.

7 Veranstaltung für die Antikorruptionsbeauftragten in Niedersachsen

Bereits zum dritten Mal kommen die Antikorruptionsbeauftragten in Niedersachsen auf Einladung der Regionalgruppe Niedersachsen zum Erfahrungsaustausch und gegenseitigen Kennenlernen zusammen. Bereits im Oktober 2010 waren die Antikorruptionsbeauftragten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Fraktionen der großen niedersächsischen Städte zu einer Diskussionsveranstaltung zum Integritäts-pakt eingeladen. Im Mai 2011 wurde das erfolgreiche Format, unter anderem mit Dr. Gisela Rüb, Leiterin der Arbeitsgruppe Bundes- und Landesverwaltung von Transparency Deutschland, fortgesetzt.

7 Transparency fordert Bundesländer auf, zu alten Wertgrenzen bei der Auftragsvergabe zurückzukehren

Mit der Veröffentlichung eines Positionspapiers stellt Transparency Deutschland einen umfassenden Forderungskatalog zum Thema „Vergaberecht und Korruptionsbekämpfung“ vor. Transparency spricht sich darin unter anderem entschieden für eine Rückkehr zu den alten Wertgrenzen aus, um das Korruptionsrisiko bei der öffentlichen Auftragsvergabe zu minimieren. Die Wertgrenzen waren in Bund und Ländern angehoben worden, um Auftragsvergaben vermeintlich zu erleichtern und die Wirtschaftskrise zu überbrücken.

9 Internationaler Antikorruptionstag

Der Internationale Antikorruptionstag wird wieder von vielfältigen Aktivitäten von Transparency Deutschland begleitet: Gemeinsam mit dem Deutschen Global Compact Netzwerk und ICC Deutschland wird das Schulungsinstrument „RESIST-Erpressung und Bestechungsforderungen in internationalen Geschäften widerstehen“ vorgestellt. Wie bereits 2010 lädt die Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein zu einer Veranstaltung mit der Handelskammer Hamburg ein. Die Regionalgruppe München ist mit einem Infostand auf dem Winter-Tollwood-Festival vertreten.

9 Hamburger Volksinitiative reicht über 13.000 Unterschriften für Transparenzgesetz ein

Im Oktober 2011 starteten der Chaos Computer Club Hamburg, Mehr Demokratie Hamburg und die Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein von Transparency Deutschland eine Volksinitiative für ein Transparenzgesetz Ham-

› VERÖFFENTLICHUNG DES KORRUPTIONSWAHRNEHMUNGSINDEX (CPI) 2011



burg. Dieses soll Politik und Verwaltung zu mehr Transparenz verpflichten. Mit der Unterschriftenzahl ist die erste Hürde genommen.

15/16

Internationale CSR-Konferenz in Berlin

Prof. Dr. Edda Müller nimmt an der Internationalen CSR-Konferenz des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) teil. Unter anderem ist sie an einer Paneldiskussion zum Thema „Rechte der Menschen: Eine Herausforderung für global agierende Unternehmen“ beteiligt, um die Positionen von Transparency zum Thema Korruption und Menschenrechte zu vertreten.

21

Die Debatte um den Bundespräsidenten

Transparency erhält über Tage unzählige Presseanfragen. Prof. Dr. Edda Müller fordert in zahlreichen Interviews Transparenz und eine Erklärung des Bundespräsidenten, damit er das Vertrauen und Respekt bei den Bürgerinnen und Bürgern zurückgewinnen kann.



› VORSTELLUNG DES SCHULUNGSTRAINSTRUMENTS „RESIST“. VON LINKS: DR. PETER VON BLOMBERG; ANGELIKA POHLENZ, GENERALSEKRETÄR ICC DEUTSCHLAND; DR. JÜRGEN JANSSEN, GESCHÄFTSSTELLE DEUTSCHES GLOBAL COMPACT NETZWERK UND GESELLSCHAFT FÜR INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT (GIZ) GMBH

02

ARBEITSGRUPPEN UND PROJEKTE

Politik

POLITIK:
DR. MICHAEL KOB

Kontinuierlich haben Arbeitsgruppen-Mitglieder und weitere Repräsentantinnen und Repräsentanten von Transparency Deutschland auch 2011 auf die Notwendigkeit der Novellierung der Regelungen zum Parteisponsoring hingewiesen. So forderten die Vorsitzende von Transparency Deutschland Prof. Dr. Edda Müller und Vorstandsmitglied Jochen Bäumel bei der Vorstellung des Korruptionswahrnehmungsindex im Oktober den Bundespräsidenten dazu auf, eine Kommission zur Parteienfinanzierung einzusetzen, um mehr Transparenz in den bislang noch weitgehend unregulierten Bereich des Parteisponsoring zu bringen. Darüber hinaus setzte sich die Arbeitsgruppe dafür ein, dass die von der Europaratskommission angemahnten Änderungen der Regeln der Parteienfinanzierung (Sponsoring!) auch umgesetzt werden.

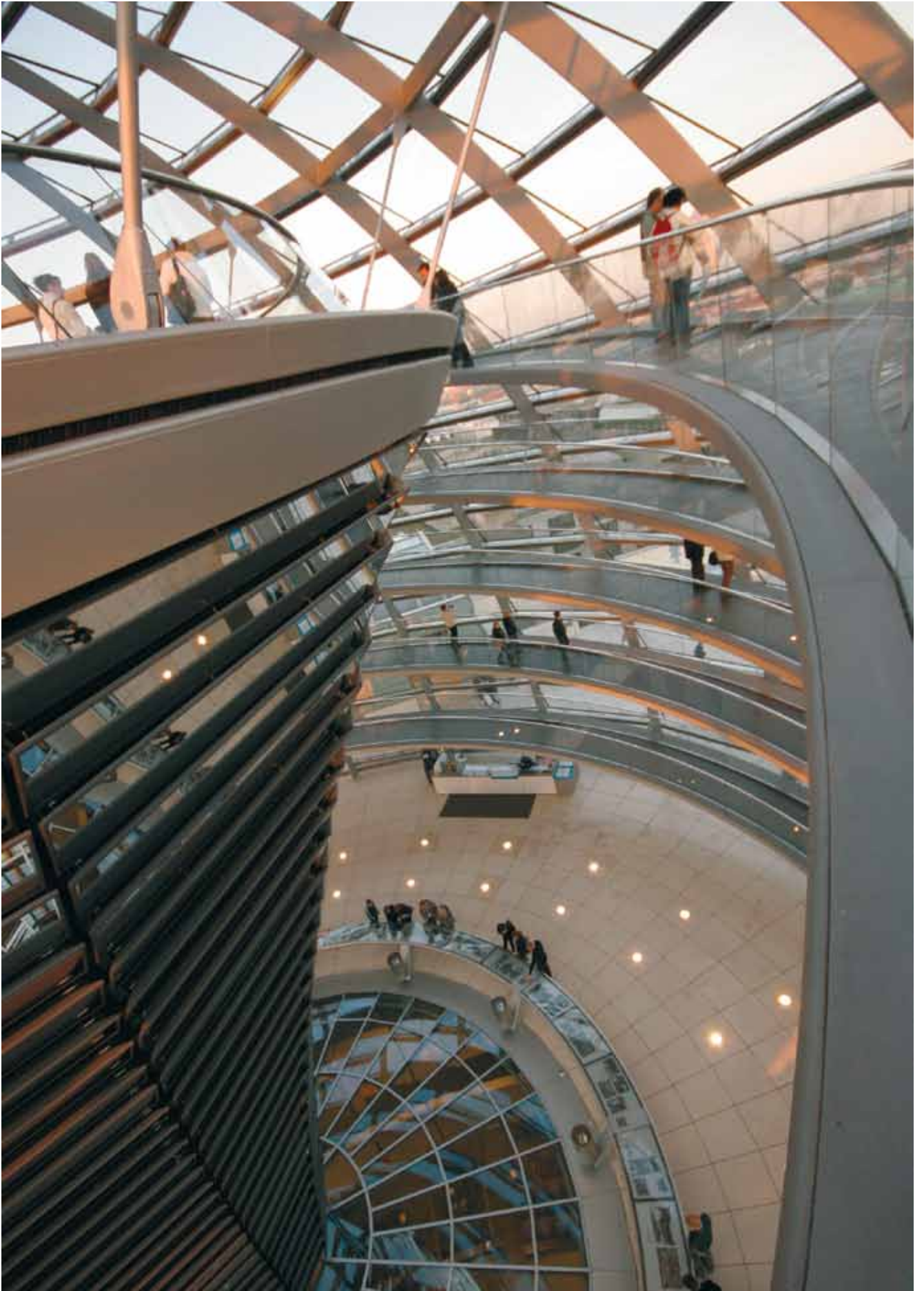
Ein weiteres Hauptaugenmerk legte die Arbeitsgruppe 2011 auf die genauere Auswertung der Veröffentlichung der Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten. Das bestehende Regelwerk und die tatsächliche Handhabung in der Praxis werfen eine Fülle von offenen Fragen auf. Die bestehenden Unklarheiten bieten denjenigen, die sie nutzen wollen, eine Vielzahl von Schlupflöchern. Gegen nachteilige Änderungen wurde im Mai eine Protestaktion gemeinsam mit Campact, Mehr Demokratie und Lobbycontrol unter dem Motto „Wir wollen wissen, wer bezahlt!“ durchgeführt und über 50.000 Unterschriften an die zuständigen Bundestagsabgeordneten übergeben.

Ein weiteres Thema, das die Arbeitsgruppe nach wie vor beschäftigt, ist die Umsetzung der Antikorruptionskonvention der Vereinten Nationen im Paragraphen 108e des Strafrechtzbuches. Um konkrete Vorschläge für die

Novelle des 108e unterbreiten zu können, hat die Arbeitsgruppe (mit freundlicher Unterstützung von Dr. Peter von Blomberg) einige große deutsche Unternehmen nach ihrem Umgang mit ausländischen Amts- und Mandatsträgern befragt.

Schließlich hat die frühere Leiterin der Arbeitsgruppe Marion Stein eine Stellungnahme zum Entwurf eines „Gesetzes zur Erleichterung von Volksbegehren“ in NRW verfasst, in der vorrangig die Transparenzregelungen zur Finanzierung von Volksbegehren bewertet wurden. Im Dezember hat Dr. Christian Humborg bei der Anhörung des Hauptausschusses des brandenburgischen Landtags für die Einführung eines verbindlichen Lobbyistenregisters mit finanzieller Offenlegung geworben. Abschließend sei erwähnt, dass auch die Arbeitsgruppe Politik ihren Beitrag zur Erstellung des Nationalen Integritätsberichts geleistet hat. Insbesondere die Bereiche Legislative, Exekutive, Wahlleitung und Parteien wurden von uns kommentiert.

BILD:
ANA PAULA HIRAMA
FLICKR.COM



Bundes- und Landesverwaltung

BUNDES- UND LANDES-
VERWALTUNG:
DR. GISELA RÜSS

INFORMATIONSFREIHEIT:
DIETER HÜSGEN
DR. HEIKE MAYER

Die öffentliche Diskussion über Transparenz und Integrität in der politischen Führung in Deutschland, die aus gegebenem Anlass seit Dezember 2011 die Medienlandschaft dominiert, hat insbesondere auch seine Auswirkungen auf Bundes- und Landesverwaltung.

Die Themenbreite der Arbeitsgruppe Bundes- und Landesverwaltung spiegelt sich in der intensiven und umfangreichen Mitarbeit am Nationalen Integritätsbericht wider, denn nicht nur bei dem Pfeiler Öffentliche Verwaltung sondern insbesondere bei den Pfeilern Exekutive, Ombudsmann, Bundesrechnungshof und Antikorruptionsbehörde brachte sich die Arbeitsgruppe mit sehr konkreten Vorschlägen und Anregungen ein.

Eine Analyse des fünften Berichtes zur Umsetzung des Präventions- und Bekämpfungskonzeptes Korruption der Innenministerkonferenz führte zu konkreten Überlegungen für die Weiterführung und Optimierung, die Mitte des Jahres an die Innenministerkonferenz herangetragen wurden. Leider ist es zu dem angebotenen Kontakt und Gespräch nicht gekommen. Erst im Dezember ging eine nichtssagende Antwort ein, dass man unser Schreiben „an den zuständigen Arbeitskreis weitergeleitet (hat), damit dieser die Möglichkeit hat, Ihre Einlassungen in den nächsten Bericht aufzunehmen“. Obwohl es ja noch nicht einmal sicher ist, ob es überhaupt einen nächsten Bericht geben wird, werden wir nicht aufgeben, und uns an den neuen Vorsitzenden der Innenministerkonferenz wenden, um einen Beitrag zur 25. Forderung von Transparency Deutschland für eine integere Republik zur Vergleichbarkeit der Maßnahmen zu leisten, „best practices“ in den verschiedenen Regelungen der Bundesverwaltungen und Landesverwaltungen herauszuarbeiten und Empfehlungen zur Fortentwicklung von Instrumenten vorschlagen zu können.

Die Arbeitsgruppe hat sich mit dem Jahresbericht 2010 „Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung“ beschäftigt und Kontakt zum Bundesministerium des Innern aufgenommen. Auch der Themenbereich Open Government und die Frage der Transparenz in der öffentlichen Verwaltung wird in ihrer Entwicklung und zukünftigen Möglichkeiten im Fokus des Interesses bleiben.

Die praktischen Umsetzungsprobleme von Risikoanalysen/Gefährdungsatlantien und die Instrumente zur Prüfung von Compliance Management Systemen sind auch Themenschwer-

punkt für 2012, wobei neben den praktischen Erfahrungen auf den unterschiedlichen Ebenen wissenschaftliche Modelle mit herangezogen und in einem Workshop mit Experten diskutiert werden sollen.

Die Kontakte zu Verwaltungen und Institutionen, die sich mit speziellen Problemen auf der Bundes- und Landesebene beschäftigen, sollen intensiviert werden.

Informationsfreiheit

Die Arbeitsgruppe verfolgte im Jahr 2011 die Weiterentwicklung der Informationsfreiheit, beteiligte sich an Veranstaltungen und Gesprächen, insbesondere beim Informationsfreiheitsbeauftragten des Bundes, arbeitete partiell mit am Entwurf des Transparenzgesetzes Hamburg und beim Start der Internetplattform FragDenStaat.de. Das Portal soll die Nutzung der Informationsfreiheitsgesetze fördern. Auf Ersuchen des Kieler Landtages gab die Arbeitsgruppe eine Stellungnahme zum Entwurf des inzwischen verabschiedeten neuen Informationszugangsgesetzes Schleswig-Holstein ab, das erstmalig Informationsfreiheit und den Zugang zu Umweltinformationen in einem Gesetz zusammenfasst. Sie beriet und berät weiterhin die Arbeitsgruppe Gesundheit bei ihren IFG-Anträgen zu Anwendungsbeobachtungen.

Es ist ein positiver, jedoch zu zögerlicher Trend hin zu mehr Transparenz staatlichen Handelns erkennbar. So hat das Bundesverwaltungsgericht im November 2011 einerseits klargestellt, dass das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes grundsätzlich für die gesamte Verwaltungs- und Regierungstätigkeit eines Ministeriums gilt. Andererseits sind in Niedersachsen und Bayern bereits mehrmals Gesetzesvorhaben der Oppositionsparteien gescheitert. Dort, wo es Informationsfreiheitsgesetze gibt, steht es ebenfalls nicht immer zum Besten. Ministerien und Verwaltungen im Bund und in den Ländern lehnen Aktenauskunfts- bzw. Akteneinsichtsanträge oft mit fadenscheinigen Begründungen ab. Antragsteller kommen dann erst auf dem Klageweg zu ihrem Recht.

Gleichzeitig wächst die Kritik der Öffentlichkeit und aus dem Hochschulbereich an den vorhandenen Gesetzen, zum Beispiel am Fehlen von Abwägungsklauseln, insbesondere bei dem Standardausschlussgrund Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse.

In den Stadtstaaten ist die Informationsfreiheit inzwischen nahezu Allgemeingut. So haben in Hamburg die Bewegung um ein weitergehendes Transparenzgesetz und in Berlin um die Offenlegung der Privatisierungsverträge der Wasserbetriebe, die bereits 2010 zu einer Novellierung des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes führte, breitere Unterstützung in der Bevölkerung gefunden. Unter den Flächenstaaten ist aber weiterhin ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen. Die Informationsfreiheit ist in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und auch in Mecklenburg-Vorpommern bei Bürgerinnen und Bürgern sowie Verwaltung eher angekommen als in anderen Bundesländern.

In den insgesamt fünf Ländern, die kein Informationsfreiheitsgesetz haben, zeichnet sich teilweise ein anderer, positiver Trend ab: Die Verbreitung des Informationsfreiheitsgedanken auf kommunaler Ebene. In Bayern wurden auf Mit-Initiative von Transparency Deutschland in Städten und Gemeinden Informationsfreiheitsatzungen erlassen. Die Landeshauptstadt München hat zum 1. April 2011 ein „Gläsernes Rathaus“ geschaffen und damit einen wichtigen Anstoß gegeben: Mit Ablauf des Jahres 2011 gibt es nun in insgesamt fünf bayerischen Großstädten Informationsfreiheit in Bezug auf den eigenen Wirkungskreis (außer in München auch in Würzburg, Ingolstadt, Regensburg und Nürnberg). Eine Reihe weiterer Städte, Gemeinden und auch Landkreise hat sich dem ebenfalls angeschlossen.

Allmählich greift der Gedanke auch auf die anderen Bundesländer über, in denen ein Landes-Informationsfreiheitsgesetz ebenfalls noch fehlt (Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen). In der niedersächsischen Stadt Göttingen ist eine kommunale Satzung in Kraft getreten, in weiteren Städten hat das Ratsgremium einen dahingehenden positiven Beschluss gefasst. Außer in Hannover liegen inzwischen für alle Landeshauptstädte (Stuttgart, Frankfurt, Dresden) Anträge zur Einführung von Informationsfreiheit vor. Nach dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg ist hier von der baldigen Verabschiedung eines Landesgesetzes auszugehen – zumindest hat Transparency Deutschland dieser Hoffnung in einem Gespräch Ausdruck verliehen.

Transparenzkommission Potsdam

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam hatte in ihrer Sitzung am 1. Juni 2011 die Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung von Transparenzregeln in städtischen Unternehmen beschlossen. Vorangegangen waren öffentliche Berichte über die Vorgänge in der Energie und Wasser Potsdam GmbH sowie zur Sponsoringpraxis städtischer Unternehmen. Ziel war es, ein neues Gleichgewicht zwischen den Informations- und Steuerungsbedürfnissen der Politik und der Öffentlichkeit auf der einen Seite und den Interessen der städtischen Beteiligungen unter Berücksichtigung der gesellschafts-, handels- und kommunalrechtlichen Voraussetzungen auf der anderen Seite, zu schaffen.

Nach intensiver, sechsmonatiger Arbeit der Transparenzkommission der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam hat sie am 16. Januar 2012 ihren 75-seitigen Schlussbericht dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam und dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung übergeben. Der Bericht wurde in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Januar 2012 eingebracht und wird jetzt in den zuständigen Fachausschüssen diskutiert.

Unter Einbindung aller Betroffenen - Stadtverordneten, städtischen Unternehmen und Verwaltung – und gemeinsam mit externen Sachverständigen wurde ein gutes Ergebnis erreicht. Für Transparency Deutschland waren Jochen Bäumel, Vorstandsmitglied, und Ulrike Lühr, Beauftragte des Vorstands für die Betreuung der korporativen kommunalen Mitglieder, in der Kommission vertreten. Erste Empfehlungen der Kommission wurden bereits umgesetzt. Das Management der städtischen Beteiligungen muss von Verwaltung und Politik künftig als strategische Aufgabe verstanden werden. Mit den Empfehlungen der Transparenzkommission soll auch deutlich werden, dass die Unternehmen der Stadt gehören und damit den gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten verantwortlich sind. Die Kernpunkte der Vorschläge betreffen:

- Sponsoringrichtlinien für die städtischen Unternehmen
- Neustrukturierung und Organisation bei der Bestellung von Aufsichtsräten mit dem Ziel der Entflechtung zwischen Gesellschafterstellung, Geschäftsführung und Aufsichtsrat
- Compliance-Regelungen in den städtischen Unternehmen

Weitere Informationen sowie den vollständigen Schlussbericht finden Sie unter:

www.potsdam.de

unter „Rathaus online/Stadtverwaltung/Transparenzkommission“

oder unter **www.transparency.de**

unter „Über uns/Mitgliedschaft/Korporative Mitglieder/Landeshauptstadt Potsdam“.

Ulrike Lühr

Zentralregister/Vergabewesen

ZENTRALREGISTER/
VERGABE-WESEN:
DR. CHRISTIAN LANTERMANN
GABRIELE C. KLUG

INTEGRITÄTSPAKT:
DR. MICHAEL WIEHEN

Im abgelaufenen Jahr hat sich die Arbeitsgruppe Zentralregister/Vergabewesen unter anderem mit folgenden Themen befasst:

1. Aktuelle Entwicklungen im Vergabewesen:

Hinsichtlich der aktuellen Entwicklungen im Vergabewesen wurde die Arbeit der Arbeitsgruppe im Jahr 2011 von zwei Schwerpunktthemen dominiert:

Auf der einen Seite ist die Fertigstellung des Positionspapiers zum Thema „Vergaberecht und Korruptionsbekämpfung“ zu nennen, welches die Standpunkte von Transparency Deutschland zu diesem Themenkomplex erstmalig umfassend beschreibt. Das Positionspapier enthält unter anderem die Forderung der Einführung eines zentralen Korruptionsregisters sowie einer zentralen Veröffentlichungsplattform für öffentliche Ausschreibungen, die Ausdehnung der Transparenzpflichten und Angleichung der Rechtsschutzmöglichkeiten im Unter- und Oberschwellenbereich sowie erweiterte Veröffentlichungspflichten bei beschränkten und freihändigen Vergaben.

(Mehr auf www.transparency.de)

Auf der anderen Seite wurde die Arbeit geprägt durch die Diskussion um die Wertgrenzenerlasse, die in den meisten Bundesländern zum Jahresende 2011 zur Verlängerung anstanden. Die Arbeitsgruppe hat klargestellt, dass eine Verlängerung der Erlasse bzw. eine weitere Anhebung der Wertgrenzen, unterhalb derer im Unterschwellenbereich keine öffentliche Ausschreibung notwendig ist, strikt abzulehnen ist, um der Ausdehnung intransparenter Vergaben keinen Vorschub zu leisten.

Darüber hinaus hat sich die Arbeitsgruppe in diversen Stellungnahmen und Pressemitteilungen zu aktuellen Vorhaben bzw. Anfragen geäußert. Dazu gehörten das von der EU-Kommission veröffentlichte Grünbuch zum Thema e-Procurement, der Antrag der Fraktion der SPD und Bündnis 90/Die Grünen des nordrhein-westfälischen Landtags (Drucksache 15/2864), nicht zu den alten Wertgrenzen nach Konjunkturpaket II zurückzukehren und der Entwurf für die Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge.

2. Aktuelle Entwicklungen Korruptionsregister:

Auch die aktuellen Entwicklungen in Bezug auf die Korruptionsregisterthematik wurden aktiv durch Stellungnahmen begleitet. Die Arbeitsgruppe kommentierte den Antrag von Bündnis 90 /Die Grünen, die Landesregierung in Nieder-

sachsen aufzufordern, sich intensiv im Bundesrat und Bundestag für eine Einigung auf ein bundesweites Korruptionsregister einzusetzen und den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD des hessischen Landtags für ein Hessisches Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters (Drucksache 18/3005).

Des Weiteren ist auf die Teilnahme an einem Fachgespräch sowie der Anhörung zur Verabschiedung eines landesweit gültigen Korruptionsregistergesetzes im hessischen Landtag hinzuweisen.

3. Aktuelle Entwicklungen PPP/ÖPP:

Die Entwicklungen im Bereich Public-Private-Partnership (PPP/ÖPP) wurden weiter begleitet. Der kritische Diskurs mit der Bauindustrie und dem Bundesverband Public Private Partnership (BPPP) wurde weiter gepflegt; nicht zuletzt auf öffentlichen Veranstaltungen und in Fachgremien.

Das Interesse an Transparency Deutschlands Positionen zur Hebung von Transparenz bei der Durchführung langfristig angelegter Großvorhaben im Infrastruktursektor ist ebenfalls merklich gestiegen. In diesem Zusammenhang konnte für das Integritätspakt-Konzept mit seinem umfassenden Ansatz vertrauensbildender Maßnahmen durch Transparenz bei Beschaffung und Vergabe bis hin zur ständigen Wirtschaftlichkeitskontrolle bei hochkarätig besetzten Foren von GIZ und Bauwirtschaft-Bundesverband der Deutschen Industrie-Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geworben werden. Im Dezember war das Konzept zudem ein Thema der regionalen Vergaberechtsveranstaltung des Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (vhw).

Integritätspakt

Während des Jahres 2011 hat es keine neuen Projekte mit dem Integritätspakt gegeben.

Die laufenden Projekte - Flughafen Berlin-Schönefeld, Klinikum-Neubauten in Bremen und Hannover und HOWOGE in Berlin - wurden von Mitgliedern der Regionalgruppen erfolgreich betreut.

Das Projekt Flughafen Berlin-Schönefeld geht in die letzte Runde – im Sommer 2012 soll die Eröffnung statt finden; nach Fertigstellung werden wir eine Evaluierung der Erfahrungen vornehmen.

Wirtschaft

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft hat sich im Jahre 2011 dreimal zu inhaltlichen Treffen zusammengefunden.

Unser Arbeitsgruppenmitglied Steffen Salvemoser (von der Wirtschaftsprüfung PWC) hat mit uns die Möglichkeiten diskutiert, die Wirtschaftsprüfungsunternehmen bezogen auf Korruptionsprävention an der Hand haben.

Zum Thema Mittelstand und Korruptionsprävention finden weiter verschiedene Aktivitäten statt. Mitglieder der Arbeitsgruppe, aber auch Regionalgruppen, halten Vorträge und sind bei Diskussionen zu dem Thema eingeladen. Diverse Veröffentlichungen legen den Schluss nahe, dass das Thema auch im Mittelstand angekommen ist. Wegen der Größe des Mittelstandes in Deutschland wage ich allerdings nicht die Vermutung, dass unsere Arbeit obsolet wäre. Die Diskussionen scheinen allerdings leichter zu werden. Das Verständnis, dass Korruption auch massiv dem eigenen Unternehmen schadet (neben den anderen wohl bekannten Folgen), scheint in manchen Köpfen, die ich vor mir hatte, eher anzukommen. Es gibt eben nicht nur Täterinnen und Täter.

Eine Teilgruppe unserer aktiven Mitglieder in der Arbeitsgruppe hat sich der Übersetzung einer umfangreichen Broschüre „Resist – Erpressung und Bestechungsforderungen in internationalen Geschäften widerstehen“ gewidmet. Diese ist unter tätiger Mithilfe vom ICC Deutschland rechtzeitig zum Internationalen Antikorruptionstag am 9. Dezember 2011 fertig geworden und wurde dort im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt. Wer sich für Fallbeispiele, aber auch einen umfangreichen Katalog für Antikorruptionsmaßnahmen im internationalen Geschäft interessiert, sei auf diese Broschüre verwiesen.

Diverse Treffen mit Multiplikatoren haben stattgefunden, unter anderem mit einem Vertreter des Auswärtigen Amtes, der sich mit seinem Team mit der Beratung von Unternehmen im Ausland beschäftigt und den Austausch mit uns sucht.

Corporate Accountability/Monitoring OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen

Am 25. Mai 2011 sind die novellierten OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen im Rahmen eines Festaktes zum fünfzigjährigen Jubiläum der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung (OECD) feierlich verabschiedet worden. Damit haben sich 42 maßgebende Industriestaaten verpflichtet, einem umfassenden, am gesellschaftlichen Wohl orientierten, gemeinsamen Verhaltenskodex weltweit Geltung zu verschaffen.¹

Vorgegangen war ein zweijähriger, intensiver Multi-Stakeholder-Überarbeitungs- und Verhandlungsprozess, an dem sich die Arbeitsgruppe Corporate Accountability von Anfang bis Ende eingebracht hatte und dadurch viele für die Korruptionsbekämpfung relevante Anliegen durchsetzen konnte.

Zu der zentralen Verbesserung der novellierten OECD Verhaltensstandards, zählt die Erweiterung ihres Geltungsbereichs. Wurde die Anwendung der OECD-Leitsätze in den vergangenen Jahren häufig auf Auslandsinvestitionen beschränkt, so ist eine derartige Verengung nicht mehr denkbar. Vielmehr wird bereits im Kapitel „Allgemeine Grundsätze“ festgelegt, dass Unternehmen bei allen Geschäftstätigkeiten, Beziehungen, Produkten oder Dienstleistungen, mit denen sie unmittelbar verbunden sind, eine Sorgfaltspflicht („due diligence“) obliegt, „tatsächliche sowie mögliche negative Auswirkungen ihres Tuns zu ermitteln, zu verhüten, und zu mindern, sowie Rechenschaft darüber ablegen, wie diesen Effekten begegnet wird“.

Mit dieser umfassend definierten Sorgfaltspflicht wird ausdrücklich klargestellt, dass die OECD Verhaltensmaßstäbe für alle Wirtschaftssektoren gelten, also auch für Finanzdienstleistungen, sowie für alle Unternehmensgliederungen, also auch für Tochtergesellschaften, Subunternehmen und Zulieferfirmen. Für letztere musste allerdings die Einschränkung „wo praktikabel“ akzeptiert werden, um der Wirtschaft die Angst vor einer unzulässigen Verantwortungsverlagerung zu nehmen. Dennoch bewerten wir die neu eingeführte Sorgfaltspflicht als einen beachtlichen Fortschritt, für deren internationale Etablierung sich der Einsatz der Arbeitsgruppe gelohnt hat. >>

WIRTSCHAFT:
DR. ANDREAS NOVAK

CORPORATE ACCOUNTABILITY/
MONITORING OECD-LEITSÄTZE
FÜR MULTINATIONALE
UNTERNEHMEN:
SHIRLEY VAN BUIREN

¹ ZU DEN 42 SIGNATARSTAATEN ZÄHLEN ALLE 34 OECD-MITGLIEDSTAATEN UND DERZEIT ACHT WEITERE STAATEN (ARGENTINIEN, BRASILIEN, ÄGYPTEN, LETTLAND, LITAUEN, MAROKKO, PERU UND RUMÄNIEN). IHR VERHALTENSKODEX SETZT STANDARDS FÜR SÄMTLICHE BEREICHE NACHHALTIGEN WIRTSCHAFTENS, UNTER ANDEREM MENSCHENRECHTE, UMWELT, OFFENLEGUNG VON INFORMATIONEN UND KORRUPTIONSPRÄVENTION.

FINANZMARKT:
CASPAR VON HAUENSCHILD

Weitere dringlich gebotene Anpassungen, wie klare Vorgaben für Umsetzungsinstanzen und Verfahren, konnten jedoch nicht durchgesetzt werden.

Auch die neuen OECD-Leitsätze überlassen es weitestgehend den einzelnen Regierungen, wie sie ihren international eingegangenen Verpflichtungen zur „Förderung und Umsetzung der Leitsätze“ nachkommen. Den in der vergangenen Dekade festgestellten Divergenzen im Umgang mit Beschwerden wegen Verstößen gegen die Leitsätze, allen voran der mangelnden Bereitschaft, Sanktionen einzusetzen, ist auch

zum ersten Mal als offizielle Vertretung der Zivilgesellschaft genannt und mit formalen Initiativrechten ausgestattet. Zum anderen wurde dem Sekretariat des OECD Investment Committee (IC) ein breiteres Aktivitätsmandat, die sogenannte „Proactive Agenda“, zugestanden. Über letzteres erhielt die Leiterin der Arbeitsgruppe Corporate Accountability nur wenige Wochen nach Verabschiedung der novellierten Leitsätze die Chance beim jährlichen „OECD Roundtable on Corporate Responsibility 2011“ weitere Vorschläge zum Kapitel VII „Bekämpfung von Bestechung, Bestechungsforderungen und Schmiergelderpressung“ vorzutragen.



»ALS BÜRGERMEISTER EINER KLEINSTADT IST MIR EIN
TRANSPARENTES UND ANSTÄNDIGES HANDELN IN JEDLICHER HINSICHT
WICHTIG. KOMMUNALE ENTSCHEIDUNGSPROZESSE MÜSSEN IMMER FÜR DRITTE
EINSEHBAR UND NACHVOLLZIEHBAR SEIN, UM DAS ENTSTEHEN KORRUPTIVER
STRUKTUREN NACHHALTIG ZU VERHINDERN. DAFÜR SETZE ICH
MICH EIN – AUCH ALS MITGLIED VON TRANSPARENCY.«

Prof. Dr. Kian Shahidi,
Mitglied, Bürgermeister der Stadt Wildeshausen

in den revidierten OECD-Leitsätzen kein Riegel vorgeschoben worden.

Trotz fehlender internationaler Vorgaben, will die Deutsche „Nationale Kontaktstelle (NKS)“ unserer jahrelangen Lobbyarbeit und den damit zusammenhängenden Anträgen aller Oppositionsparteien im Bundestag, Rechnung tragen. Bei der letzten Arbeitskreissitzung zu den OECD-Leitsätzen im Bundeswirtschaftsministerium, gab die NKS Überlegungen zur Überprüfung ihrer Struktur bekannt und stimmte sogar unserem Vorschlag zu, eine unabhängige Überprüfung ihrer Arbeit („Peer Review“) als Basis für die mögliche Strukturänderung durchzuführen.

Weitere Möglichkeiten einer Nachbesserung und Nachsteuerung bei der Anwendung der novellierten Leitsätze sind gegeben und zeigen bereits erste positive Wirkungen. Zum einen ist OECD Watch (siehe Seite 51) in den Leitsät-

Finanzmarkt

Unsere Forderungen standen 2011 unter der Überschrift „mehr Transparenz, Rechenschaft und Integrität“ im Finanzmarkt.

1. Nachweis nachhaltiger Führungskultur in Banken

Die Reform der Finanzmärkte schreitet nur langsam voran. Die Banken betreiben ihr Geschäft zum Teil immer noch nach den Spielregeln, die vor der Krise von 2008 galten. Damit sind Komplexität und Dynamik des Marktgeschehens weiterhin viel zu hoch. Menschen und Systeme sind überfordert.

Diesem Missstand soll unsere Forderung nach einem Nachweis nachhaltiger Führungskultur von Banken gegenüber der Marktaufsicht und den Stakeholdern Rechnung tragen. Nicht zuletzt „korrumpiert“ eine Bank ohne Führungskul-

BILD: PRIVAT

tur das Verhalten einzelner Verantwortungsträger durch viel zu hohe Boniversprechen.

Wir haben in Referaten, Interviews und Hintergrundgesprächen mit Banken- und Verbandsvertretern, einem Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages sowie der Presse das Thema adressiert. Die Mitarbeit im Arbeitskreis Nachhaltiger Unternehmensführung (AKNU) der Schmalengesellschaft e.V. sollte unsere Forderung ebenfalls unterstützen. Medialer Höhepunkt war unser Auftritt auf einem Forum des Evangelischen Kirchentages in Dresden vor 3.500 Zuhörenden – mit einem Impulsreferat und einer Podiumsdiskussion mit Deutsche Bank Vorstand Jürgen Fitschen, Gerhard Schick, MdB und finanzpolitischer Sprecher der Grünen, sowie einer Vertreterin von ergowald e.V.

Wir haben es allerdings nicht geschafft, dass Thema in den deutschen Reformdiskurs einzubringen bzw. nachhaltige Führungskultur bei Banken vom „soft zum hard fact“ zu machen.

2. Grenzen der Compliance-Systeme in Banken – Anti-Geldwäsche

Unsere Schwerpunktthemen bei der Beschreibung von Grenzen der Compliance-Systeme von Banken sind der Know-Your-Customer (KYC) Prozess und das Monitoring von Finanztransaktionen sowie die Umsetzung der Geldwäschegesetze mit dem Monitoring der Financial Action Task Force (FATF) mit Sitz bei der OECD.

Die Entwicklung in der Anti-Geldwäsche des Finanzsektors ist vorsichtig positiv zu beurteilen. Dank dem Monitoring der FATF ist erheblich mehr Druck auf die Länder ausgeübt worden, die Anti-Geldwäsche-Gesetze auch wirklich umzusetzen. Hilfreich waren auch die Öffentlichkeit der „Geldwäsche-Fälle“ Ferrostaal, Siemens und deren Exporte nach Griechenland.

Auch der „Arabische Frühling“ in Tunesien, Ägypten und Libyen hat den Zusammenhang von Korruption, Steuerhinterziehung und Ausplünderung des Landes durch die Machthabenden deutlich gemacht. Wir haben dazu Interviews in Radio und Printmedien gegeben und eine Pressemitteilung zum Thema „Intransparenz von Milliarden von Schwarzgeldern griechischer Bürger in der Schweiz in Zeiten höchster Staatsbankrott-Gefahren“ am 28. Juni 2011 veröffentlicht.

3. Rückgabe von Vermögen

Als drittes Spezialthema gesellt sich die zügige Rückgabe von Vermögen (STAR –Stolen Asset Recovery), das von Machthabenden – auch durch Bestechungszahlungen – ihren Ländern gestohlen wurden, dazu. Unser Experte Stefan Calvi hat das International Center for Asset Recovery bei einer Befragung im Auftrag des Europäischen Parlaments zum Thema „Systeme der Abschöpfung illegaler Gelder und der Weiterverwendung der abgeschöpften Gelder“ unterstützt. Hierzu hat er Stellungnahmen des Bundesamts für Justiz und des Bundesministerium der Justiz eingeholt. Die Studie wird wohl Mitte des Jahres 2012 vorliegen.

Wir haben zu diesem Thema Gespräche mit Fachleuten und der Presse geführt und haben Besuch des Geschäftsführers und des Justizars des Schweizer Bankiersverbandes gehabt. Es ist sicher angemessen zu vermerken, dass gerade die Schweiz und Liechtenstein aus der „Schmuddelecke der unseriösen Finanzplätze“ heraus wollen. Der Aufschrei Ende 2011, dass die Egmont-Gruppe möglicherweise die Schweiz mangels Kooperationsbereitschaft bei Ermittlungsverfahren ausschließen will, ist ein Hinweis auf diese asymmetrische Entwicklung. Die Egmont-Gruppe ist der Zusammenschluss von 84 Financial Intelligence Units (Ermittlungseinheiten in Sachen Anti-Geldwäsche) - in Deutschland angesiedelt beim BKA.

Hinweisgeber

Das Jahr 2011 hat dem Thema „Hinweisgeber“ besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

International haben die Länder des Europarates, die G20-Länder sowie die OECD verstärkte Anstrengungen unternommen, um die Rahmenbedingungen für Hinweisgeber zu verbessern. Das internationale Sekretariat von Transparency International hat hier sehr aktive Vor- und Zuarbeit geleistet. Mitglieder der Arbeitsgruppe Hinweisgeber haben dabei mitgewirkt. Die aktive Rolle des Whistleblower-Netzwerkes, unter Vorsitz von Guido Strack, in dem Meinungsbildungsprozess ist besonders hervorzuheben. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 23. Juli 2011 zugunsten der Krankenpflegerin Heinisch, der wegen ihrer Strafanzeige gegen den Arbeitgeber gekündigt worden war, hat in der Öffentlichkeit und in der juristischen Fachpresse für Aufmerksamkeit gesorgt.

HINWEISGEBER:

DR. PETER HAMMACHER

STRAFVERFOLGUNG:
REINER HÜPER

National liegen dem Bundestag die Gesetzesinitiative der Partei Die Linke und der Gesetzesentwurf der Partei Bündnis 90/Die Grünen vor. Die SPD arbeitet noch an einem eigenen Gesetzesvorschlag. Das Land Berlin hat einen Entschließungsantrag an den Bundesrat gestellt.

Die Arbeitsgruppe Hinweisgeber hat sich mit diesen Themen bei ihrem Treffen in Stuttgart im Frühjahr und bei einer Telefonkonferenz im Herbst beschäftigt. Sie hat nach kontroversen Diskussionen eine gemeinsame Stellungnahme zu den Gesetzesvorhaben erarbeitet und dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt. In mehreren Artikeln, Interviews und Vorträgen haben die Arbeitsgruppen-Mitglieder über das Thema aufgeklärt.

Im Gespräch mit dem zuständigen Referenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) haben wir dafür geworben, das Thema „Hinweisgeber“ konstruktiv zu begleiten und auf abwertende Stellungnahmen zu verzichten. Das wurde grundsätzlich auch so gesehen, allerdings hält die BDA die derzeitige, durch Richterrecht geschaffene Rechtslage noch immer für ausreichend.

In einem Gespräch mit der zuständigen Referentin des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der sich für einen umfassenden Schutz von Hinweisgebern unter den Arbeitnehmern ausgesprochen hat, haben wir vorgeschlagen, keine Maximal-Positionen einzunehmen, um das Thema nicht zum Spielball politischer oder ideologischer Auseinandersetzungen werden zu lassen und den Dialog mit den Arbeitgebern zu suchen.

Strafverfolgung

Korruption ist im Kern strafbares Verhalten. Die Arbeitsgruppe Strafverfolgung sieht sich als Verbündete der Strafverfolgungsbehörden und greift wichtige Diskussionen, Themen und Probleme bei der strafrechtlichen Aufarbeitung von Korruptionskriminalität auf. Sie formuliert dazu bei Bedarf für Transparency Deutschland Positionspapiere, Lösungsvorschläge bzw. Forderungen.

Im Mai 2011 fand in Hannover eine Arbeitsgruppensitzung statt. Reiner Hüper wurde einstimmig als Arbeitsgruppenleiter wiedergewählt.

Es gab 2011 sieben Telefonkonferenzen.

Einzelne neue aktive Teilnehmer konnten gewonnen werden. Es wäre weiterhin wünschenswert, wenn sich noch mehr Mitglieder beteiligen. Im Scheinwerfer Nr. 51 (Mai 2011) erschien der Beitrag eines Arbeitsgruppenmitglieds zum Standort der Strafverfolgung im Gesamtsystem der Korruptionsbekämpfung.

Das 2010 erstellte Informationspapier über Kriminalitätsstatistiken ist in gekürzter Fassung als Aufsatz in der Fachzeitschrift „Kriminalistik“ (Heft 11/2011) veröffentlicht.

Wesentliche Themen 2011:

Stärkung der Unabhängigkeit (Weisungsgebundenheit) der Staatsanwaltschaft, Verständigung im Strafverfahren:

Die Diskussionen wurden weiter beobachtet und in der Arbeitsgruppe erörtert. Sie bleiben auf der Tagesordnung und werden bei passendem Anlass aufgegriffen.

Strafverfolgung bei Auslandsbestechung:

Mit dankenswerter Hilfe der Geschäftsstelle fand nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Justiz eine bundesweite Fragebogenerhebung bei den Landesjustizverwaltungen statt.

Die Rückläufe sind fast komplett. Die Auswertung dauert an.

Nationaler Integritätsbericht Deutschland:

Über mehrere Monate hinweg befasste sich die Arbeitsgruppe mit dem Entwurf von Pfeiler fünf (Strafverfolgung) des Nationalen Integritätsberichts, der auch wesentlicher Bestandteil der Arbeitsgruppensitzung in Hannover war. Im Ergebnis entstand eine Stellungnahme der Arbeitsgruppe Strafverfolgung, die Eingang in die Endfassung des Berichts fand.

Dokumentation:

„Ressourcen der Korruptionsbekämpfung“:

Die zuletzt 2009 von Transparency International Deutschland herausgegebene Dokumentation soll aktualisiert werden. Die Vorbereitungen für die 2012 geplante bundesweite Erhebung sind 2011 angelaufen.

Die Arbeitsgruppe Strafverfolgung arbeitet eng mit dem neuen Leiter der Tagung „Strafverfolgung der Korruption“ zusammen, die 2012 turnusgemäß wieder stattfinden soll. Erste gemeinsame Überlegungen zur inhaltlichen und organisatorischen Planung haben 2011 begonnen.

Gesundheitswesen

Am 26. und 27. September 2011 hat die Arbeitsgruppe gemeinsam mit der Evangelischen Akademie im Französischen Dom zu Berlin eine sehr gut besuchte Fachtagung durchgeführt, die den Titel trug: „Lobbyismus im Gesundheitswesen. Verantwortliche Interessenpolitik – unverantwortliche Einflussnahme“.

Weiterhin stehen die unterschiedlichsten Formen von Intransparenz, Korruption und Betrug im Gesundheitswesen im Fokus der Arbeitsgruppe. Angesichts einer rasch zunehmenden Komplexität von Verantwortlichkeiten und Regelwerken im Gesundheitswesen wird die Analyse von Interessenkonflikten und Versorgungsstrukturen immer wichtiger.

Nach der Forderung des Verbotes von Anwendungsbeobachtungen vom 4. November 2010 kämpft die Arbeitsgruppe Gesundheit gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Informationsfreiheit um Akteneinsicht nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) bei den verantwortlichen Institutionen von Bundesregierung und Selbstverwaltung. Wegen mangelhafter Reaktionen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) hat Transparency Deutschland inzwischen Untätigkeitsklage gegen sie erhoben. Nach einem Besuch beim Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte wird auch dort eine entsprechende Klage für notwendig erachtet. Auch beim GKV-Spitzenverband, der Interessenvertretung der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen, werden wir versuchen, unser Anliegen durchzusetzen.

Im Rahmen der Aufklärungsarbeit zum Thema Rolle der Pharmaindustrie, der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Bundesinstitute und der Fachgesellschaften beim „Pandemie“-Fehlalarm, hat die Arbeitsgruppe Briefe mit Fragen und Forderungen an die WHO, die Gesundheitsministerkonferenz und an die Deutsche Gesellschaft für Virologie gestellt, die bisher nicht beantwortet wurden. Eine wissenschaftliche Auswertung zu diesem Thema erschien im European Journal of Epidemiology.

Außerdem hat sich die Arbeitsgruppe mit folgenden Fragen befasst:

Sind Kassenärzte als „Beauftragte der Krankenkassen“ nach den Bestechungsparagraphen §299 bzw. § 332 StGB strafbar? Was bringen die Stellen zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen angesichts mangelhafter Rahmenbedingungen und fehlenden Interesses der Regierungen? Welche Bedeutung hat die Intransparenz von Versorgungsverträgen zwischen Konzernen der Gesundheitswirtschaft

und GKV-Kassen im härter werdenden Kassenwettbewerb? Welche Rolle spielt die Instrumentalisierung von Selbsthilfe-Organisationen durch die Gesundheitsindustrie? Wie sind Transparenz und Unabhängigkeit von Forschung und Lehre im Gesundheitswesen wiederherzustellen? Welche Erscheinungsformen von Fehlverhalten, Betrug und Korruption gibt es im Betreuungs- und Pflegebereich? Zur Bearbeitung der letzteren Frage wurde eine „Projektgruppe Pflege“ unter der Leitung von Barbara Stolterfoht gegründet.

Mitglieder der Arbeitsgruppe leisteten Fachbeiträge und hielten zahlreiche Vorträge auf öffentlichen Veranstaltungen, wie dem IPPNW-Kongress, auf Jahrestagungen der Diakonie, der Österreichischen Gesellschaft für Public Health und des Göttinger Instituts für Kriminalwissenschaften. Weitere Vorträge wurden bei Stiftungen, der Bundespolizeiakademie, dem Landeskriminalamt, Fachhochschulen und der B.A.G. Selbsthilfe gehalten. Eine vollständige Auflistung finden Sie im Mitgliederbereich.

Mitglieder der Arbeitsgruppe waren auf Bundes- und Landesebene unter anderem bei Anhörungen zum Thema „Fehlverhalten im Gesundheitswesen“ präsent und haben zahlreiche Kommentare in den Medien gegeben. Zusätzlich fanden Kontaktgespräche mit dem Informationsfreiheitsbeauftragten des Bundes und dem Präsidenten des Bundesversicherungsamtes zur Vorbereitung der Untersuchung zur Frage „Zuweisung unter Ärzten“ statt; ebenso mit Bundestagsabgeordneten des Gesundheitsausschusses anlässlich von Initiativen gegen Fehlverhalten im Gesundheitswesen, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag und mit zahlreichen Funktionsträgerinnen und -trägern in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Am 18. Juni 2011 wurde Dr. Wolfgang Wodarg zum Leiter der Arbeitsgruppe Gesundheitswesen gewählt und löste damit die kommissarische Leiterin Dr. Angela Spelsberg ab, die zu seiner Stellvertreterin gewählt wurde.

Transparenz in den Medien

Die Arbeitsgruppe Medien hat sich auf die Konflikte zwischen kommerziellen Interessen und Journalismus spezialisiert. Die Einflussnahme von Firmen, Verbänden und beispielsweise Unternehmen ist für die Nutzer des Journalismus, also Leser, Zuschauer und Zuhörer nur dann zu erkennen, wenn

GESUNDHEITSWESEN:
DR. WOLFGANG WODARG

TRANSPARENZ IN DEN MEDIEN:
JANINA KALLE

SPORT:
LARS-HEIKO KRUSE

sie transparent stattfindet, also gekennzeichnet ist. Die Arbeitsgruppe Medien möchte direkt an Medienunternehmen herantreten, um mit diesen die Einflussnahme zu besprechen und entweder zu unterbinden oder transparent zu machen.

2011 fanden zwei Telefonkonferenzen zu diesem Thema statt.

- Die Arbeitsgruppe hat sich eine Satzung gegeben, die sie zurzeit noch einmal überarbeitet und eindeutiger macht.
- Im Rahmen der „Consulting Akademie für Unternehmensethik“ hat die Arbeitsgruppe in Kaiserslautern einen Vortrag gehalten.
- Dem Scheinwerfer zum Schwerpunkt „Informationsfreiheit“ hat die Arbeitsgruppe einen Erfahrungsbericht zum Umgang der Presse mit dem Informationsfreiheitsgesetz beisteuern können.
- Es wurde ein neues, aktives Mitglied gewonnen und die Arbeitsgruppe arbeitet Ideen aus, um mehr tatkräftige Unterstützung zu bekommen.
- Es wurden Fragebögen und Leitlinienpapiere verfasst, mit denen die Umfrage unter Medienunternehmen standardisiert und auch neuen Mitgliedern erleichtert werden können.
- Weiterhin ist die Arbeitsgruppe an zwei Medienunternehmen herantreten und hat anhand eines neu ausgearbeiteten Fragebogens deren Transparenz im Bereich Medien herausgearbeitet.
- Zu anderen NGOs mit journalistischen Themengebieten wird Kontakt aufgenommen.

Sport

Auch im Jahr 2011 hat das Thema „Korruption im Sport“ die Öffentlichkeit bewegt. Die Arbeitsgruppe Sport konnte in zahlreichen Initiativen zu Bemühungen für mehr Transparenz und Prävention gegen Korruption im Sport beratend unterstützen.

Den Auftakt bildet im Januar 2011 die gemeinsam mit der Regionalgruppe München abgestimmte Anfrage an die Olympia-Bewerbungsgesellschaft München 2018 mit dem Ziel, auf Defizite bei der Transparenz, insbesondere hinsichtlich der Offenlegung von Kosten, Risiken und langfristige Auswirkungen von Eingriffen in die Umwelt sowie auf das Fehlen eines Ethikcodes für die Bewerbung und Unterlassungen bei der Stakeholder-

Beteiligung hinzuweisen. Die Verantwortlichen der Bewerbungsgesellschaft treten zwar in den Dialog ein, mehr Transparenz stellen sie jedoch nicht her. Im Nachgang der gescheiterten Bewerbung im Juli 2011 bietet die Arbeitsgruppe Sport für künftige Bewerbungen Hilfe an, um eine transparente und nachhaltige Vorgehensweise sicherzustellen, die sämtliche Stakeholder von Beginn an einbezieht.

Im März 2011 findet die konstituierende Sitzung der sogenannten Unterkommission „Anti-Korruption“ der Kommission „Nachhaltigkeit“ des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) statt. Der Leiter der Kommission hatte die Arbeitsgruppe Sport um Beteiligung gebeten. Von Seiten der Arbeitsgruppe Sport ist Lars-Heiko Kruse als Mitglied der Unterkommission nominiert worden. Es geht im Wesentlichen darum, alle Themen, die im Umfeld des DFB Korruptionsbezug haben könnten, anzusprechen und Lösungsansätze zu diskutieren. Final soll ein ganzheitlicher Nachhaltigkeitsbericht entstehen, der unter anderem auch das Thema „Anti-Korruption“ behandelt. Die Aufgabe von Transparency Deutschland ist beratender Natur.

Die Deutsche Fußball-Liga (DFL) setzt nach Beratungen mit der Arbeitsgruppe Sport im Mai 2011 im Rahmen des Projektes „Transparenz und Integrität im Fußball“ den ersten Ombudsmann gegen Match-Fixing ein; ein Flyer zur Bekanntmachung des Ombudsmanns wird im Laufe des Jahres erstellt. Christoph Geissler referiert bei dem Präventions-Workshop der DFL mit den Leitenden der Leistungszentren der Bundesligen. Im August und im November folgen weitere zwei Workshops mit Eintracht Frankfurt und Bayer Leverkusen.

Im Juli 2011 führen Vorstandsmitglied Sylvia Schenk und Arbeitsgruppenleiter Lars-Heiko Kruse ein Gespräch mit dem Präsidenten des DFB Dr. Theo Zwanziger über die Korruptionsskandale beim Welt-Fußballverband (FIFA) und mögliche Lösungsansätze.

Transparency International fordert die FIFA im August 2011 auf, unter der Leitung einer unabhängigen Kommission mit Stakeholdern von innerhalb und außerhalb des Fußballs die Korruptionsvorwürfe aus der Vergangenheit untersuchen zu lassen und grundlegende Reformen zur Sicherung von Transparenz und „Good Governance“ umzusetzen. Die Arbeitsgruppe Sport leitet die Vorschläge auch an den DFB weiter.

Sylvia Schenk und Ulrike Spitz sind im Dialog mit den Transparency-Vertretern in der Transparenzkommission Potsdam (siehe S. 19). Im August er-

arbeitet die Arbeitsgruppe ein Diskussionspapier zum Thema „Sportsponsoring in Kommunen“.

Ende September 2011 vertritt Lars-Heiko Kruse die Arbeitsgruppe Sport bei der Anhörung des Sportausschusses des deutschen Bundestages zu Korruption im Sport und insbesondere bei der FIFA. Am Abend wird in Berlin der Hospitality-Leitfaden von DFB und DFL vorgestellt, an dem die Arbeitsgruppe Sport im Rahmen von Stellungnahmen mitgewirkt hat.

Seit 1. Januar ist ein Vertreter des Sports Mitglied im Beirat von Transparency International Deutschland e.V.: Volker Monnerjahn, der Präsident der DJK.

Des Weiteren haben Mitglieder der Arbeitsgruppe 2011 zahlreiche Vorträge gehalten, unter anderem auf einem internationalen Symposium zu Sport-Events in Hamburg, auf dem SPONSORS-Kongress in München, auf einer Veranstaltung von Geldwäschebeauftragten in Stuttgart und auf der Präventionsveranstaltung „Saubere Leistung – Doping in Sport und Gesellschaft“ in Dresden. Außerdem wurde das Thema „Korruption im Sport“ auf zahlreichen Veranstaltungen von Transparency Deutschland vorgestellt.

Transparenz in der Zivilgesellschaft

Inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeitsgruppe Transparenz in der Zivilgesellschaft war auch dieses Jahr die „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ (ITZ). Bei dieser im Jahr 2010 von Transparency International initiierten Selbstverpflichtung werden Organisationen der Zivilgesellschaft aufgefordert, zehn klar definierte Informationen auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen. Nach einer Prüfung der Vollständigkeit dieser Informationen darf die Organisation das Logo der ITZ tragen.

Im Laufe des Jahres 2011 konnten über einhundert neue Unterzeichner für die ITZ gewonnen werden. Die Gesamtzahl der teilnehmenden Organisationen hat sich damit auf 250 verdoppelt. Erfreulich ist dabei die Bandbreite der Unterzeichner. Sie reicht von bundesweit aktiven Großorganisationen mit Millionen an Spendenaufkommen bis hin zu lokalen Kleinstorganisationen, wie mehreren Berliner Kindertagesstätten. Regional verteilen sich die Organisationen auf das gesamte Bundesgebiet, wobei mittlerweile sogar Unterzeichner aus Österreich gewonnen werden konnten.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Arbeitsgrup-

pe ist die laufende Koordination der Initiative, wie zum Beispiel die Kommunikation mit potenziellen Unterzeichnern, Prüfung der Vollständigkeit der Informationen. Des Weiteren koordiniert die Arbeitsgruppe die regelmäßigen Sitzungen des Trägerkreises der ITZ. Maßgebliche dort im Jahr 2011 getroffene Entscheidungen waren die Erstellung eines Flyers, die Überarbeitung der ITZ-Internetseite (www.transparente-zivilgesellschaft.de) und die Initiierung eines Governance-Leitfadens für die ITZ.

Die erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit für die ITZ führt weiterhin dazu, dass Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgruppe die Möglichkeit haben, im Rahmen von Pressegesprächen, Vorträgen und Artikeln für die Initiative und das dahinterliegende Anliegen „Transparenz“ zu werben. Im Jahr 2011 erfolgten so unter anderem Vorträge im Rahmen des DZI Spendensiegel-Forums und beim Spendentag 2011 des Fundraising-Verbandes Österreich. Weiter dient die ITZ als Türöffner, um das Thema „Transparenz in der Zivilgesellschaft“ mit relevanten Stakeholdern zu diskutieren, etwa mit der Senatsverwaltung in Berlin.

Neben den eigenen Aktivitäten sind im Jahr 2011 weitere Organisationen dem Aufruf gefolgt, als Multiplikatoren für die ITZ zu wirken. So ruff etwa der Landesverband Schulischer Fördervereine Berlin-Brandenburg e.V. seine Mitglieder zum Beitritt bei der ITZ auf. Die Liga-Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin verständigten sich per Selbstverpflichtung darauf, gegenüber ihren Trägern und Diensten der freien Jugendhilfe auf einen Beitritt bei der ITZ hinzuwirken.

Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit

Schwerpunkt der Arbeitsgruppe war die Vorbereitung und Durchführung einer zweiten gemeinsamen Tagung mit den kirchlichen Hilfswerken beider Konfessionen zusammen mit der Akademie Bad Boll. „Mut zur Transparenz II – Korruptionsbekämpfung in der Entwicklungszusammenarbeit der Kirchen und Nichtregierungsorganisationen“ fand vom 30. November bis 2. Dezember 2011 mit sechzig Teilnehmenden aus 22 unterschiedlichen Organisationen statt. Die breit angelegte Themenpalette umfasste den Erfahrungsaustausch zur Gestaltung und Einführung konkreter Instrumente der Korruptionsprävention (Leitlinien, Ombudsstellen), die Frage der Dialoggestaltung mit den Südpartnern ebenso wie

TRANSPARENZ IN DER
ZIVILGESELLSCHAFT:
DR. JENS CLAUSSEN
DR. FRIEDRICH HAUNERT

NICHTSTAATLICHE
ENTWICKLUNGS-
ZUSAMMENARBEIT:
SONJA GRODIG

STAATLICHE
ENTWICKLUNGS-
ZUSAMMENARBEIT:
SIEGLINDE GAUER-LIETZ

eine Podiumsdiskussion zu „Good Corporate Governance“.

Besonders erfreulich war die engagierte Mitarbeit der Hilfswerke bei der Vorbereitung und inhaltlichen Gestaltung der Tagung. Auf Initiative der Teilnehmenden hin haben sich vier Unterarbeitsgruppen gebildet, die an spezifischen Themen in den nächsten Monaten weiterarbeiten werden.

Die bereits bestehende Untergruppe zu „Code of Conduct/Ombudsstelle“ hat aus dem Vergleich bestehender Leitlinien unterschiedlicher, zumeist kirchlicher Organisationen den Entwurf für eine Handreichung zur Erstellung von Leitlinien erarbeitet, der ergänzt um die Diskussionsergebnisse in Bad Boll im Jahr 2012 veröffentlicht wird.

Im Themenbereich „Kontrolle durch Zielgruppen“ wurde weiterhin nach Kooperationsmöglichkeiten mit Hilfswerken gesucht und fachliche Beratung gegeben.

Die Arbeit zu soziokulturellen Faktoren von Korruption wurde wegen bereits bestehender Studien zu diesem Thema eingestellt.

Staatliche Entwicklungszusammenarbeit

Der Arbeitsschwerpunkt unserer Arbeitsgruppe lag auch 2011 auf der Fortführung unseres Dialogs mit dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Die wachsenden Anforderungen an die Antikorruptionsarbeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen ihrer bilateralen und multilateralen Bemühungen um gute Regierungsführung hat das BMZ bewogen, die eigene Antikorruptionsstrategie aus dem Jahr 2002 grundlegend zu überarbeiten und zu erweitern.

Die Arbeitsgruppe hat hierzu eine eigene Position erarbeitet (nachzulesen im Mitgliederbereich) und sie dem BMZ zu Anfang seiner Strategiedebatte übermittelt, in deren Verlauf die Arbeitsgruppe auch in die BMZ-Konsultationsrunde eingebunden war. Nach Fertigstellung des BMZ-Konzeptentwurfs zur „Förderung von Integrität und Korruptionsbekämpfung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ wurde die Arbeitsgruppe vom BMZ gebeten, Änderungen und Kommentierungen in den Konzeptentwurf einzuarbeiten.

Folgende Punkte standen dabei im Vordergrund: die stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft, die Berücksichtigung der 2011 überarbeiteten OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen sowie die Sanktionierung von Fehlverhalten, der verstärkte Einfluss auf die Bundesregierung zur zeitnahen Ratifizierung der UNCAC und die zeitnahe Implementierung der Standards der International Aid Transparency Initiative (IATI).

Die redaktionelle Fertigstellung des BMZ-Konzeptes ist für das erste Quartal 2012 geplant. Der Kontakt zum BMZ und zur GIZ hat sich durch die Mitarbeit an dem Antikorruptions-Konzept intensiviert und gibt uns die Möglichkeit, die Umsetzung des Konzeptes genauer zu beobachten bzw. Verbesserungsvorschläge mit den Partnern zu diskutieren.

Kontakte zur KfW-Entwicklungsbank wird die Arbeitsgruppe aus Gründen der Arbeitskapazitäten erst 2012 aufnehmen. Internet-Recherchen wurden bereits von der Arbeitsgruppe erstellt.

Neu ist, dass die Arbeitsgruppe jeweils am Ende des Jahres eine dreitägige Klausurtagung durchführen wird, die einer Rückschau auf das vergangene Jahr, der Arbeitsplanung des kommenden Jahres sowie einem Ausblick dienen wird. In der ersten Klausurtagung im November 2011 wurde unter anderem beschlossen, dass der Dialog mit dem BMZ und der GIZ unter verstärkter Berücksichtigung konkreter Erfahrungen/Korruptionsfälle insbesondere in Partnerländern weitergeführt wird. Somit soll der eher deduktive Ansatz durch induktive Elemente ergänzt werden.

Die Beschäftigung mit den Themen „Transparenz“ und „Zivilgesellschaft“ wird kontinuierlich weitergeführt, da sie bei der Korruptionsbekämpfung zu den Schwerpunktthemen gehören und immer mehr an Bedeutung gewinnen.

An den fünf Sitzungen unserer Arbeitsgruppe, inklusive Klausurtagung, die 2011 in Berlin, Hannover und Goslar stattfanden, haben regelmäßig acht bis zwölf Mitglieder teilgenommen.

Uwe Henrich gab im September nach sechsjährigem Engagement die Leitung der Arbeitsgruppe ab. Sieglinde Gauer-Lietz wurde als seine Nachfolgerin gewählt.

Internationale Konventionen

Die Arbeitsgruppe Internationale Konventionen befasst sich mit der Umsetzung der Antikorruptionsregelungen von EU, Europarat, OECD und UN in Deutschland.

Aktivitäten 2011:

OECD:

Die Arbeitsgruppe (verantwortlich Dr. Max Dehmel) hat wie in den Jahren zuvor die Antwort von Transparency Deutschland auf den Fragebogen für den „2011 Progress Report on Enforcement of the OECD Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business

Deutschland“ verfasst; am 05. Juli 2011 erschien ein Beitrag im Scheinwerfer 52 zum Thema „Progress Report“.

UN:

Dr. Christian Humborg, Gillian Dell aus dem internationalen Sekretariat von Transparency International und Dr. Max Dehmel haben im September 2011 an einer Sitzung im Bundesministerium der Justiz zur Vorbereitung einer Monitoring-Gruppe der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) in Marokko teilgenommen. Deutschland kann dort nur als Beobachter teilnehmen, da es die UNCAC noch nicht ratifiziert hat.

INTERNATIONALE KONVENTIONEN:

DR. MAX DEHMELE

DR. SEBASTIAN WOLF

POLITISCHE BILDUNG:

CONSTANZE BERENDTS

»TRANSPARENCY DEUTSCHLAND IST DIE STÄRKSTE OPPOSITION ZUR KORRUPTION IN UNSEREM LAND. MACHTMISSBRAUCH MUSS EINHALT GEBOTEN WERDEN. DARUM UNTERSTÜTZE ICH TRANSPARENCY DEUTSCHLAND MIT EINER REGELMÄSSIGEN SPENDE.«

Oliver Feil,
Förderer, Polizeibeamter aus Kirchwalsede



Transactions“ an das Internationale Sekretariat von Transparency International übermittelt. Der Gesamtbericht wurde im Mai 2011 veröffentlicht.

Aufgrund der gemeldeten Zahlen über die Durchführung von Strafverfolgungsmaßnahmen in Deutschland gegen die Bestechung ausländischer Amtsträger befindet sich Deutschland auch dieses Mal in der Spitzengruppe (active enforcement) von sieben Staaten (Dänemark, Deutschland, Großbritannien, Italien, Norwegen, Schweiz, USA). Siehe Pressemitteilung von Transparency Deutschland vom 24. Mai 2011 und:

http://www.transparency.org/global_priorities/international_conventions

Am 14. April 2011 haben Dr. Max Dehmel und Dr. Sebastian Wolf einen Beitrag für den Scheinwerfer 51 zum Bericht einer OECD-Arbeitsgruppe zum Thema „Korruptionsbekämpfung in

Arbeitsstil:

Die Arbeit der Arbeitsgruppe ist nicht kontinuierlich wie bei anderen Arbeitsgruppen, sondern erfolgt überwiegend ad hoc auf bestimmte Anforderungen. Es hat im Jahr 2011 keine allgemeine Sitzung der Arbeitsgruppe stattgefunden.

Politische Bildung

Die im November 2010 gegründete Arbeitsgruppe Politische Bildung nahm 2011 ihre Arbeit auf, befindet sich aber noch in der Aufbauphase. Eine Gruppe von sechs bis acht Interessierten arbeitete daran, wie die Themen „Korruption“ und „Korruptionsprävention“ an Schulen zu vermitteln sind, es gab zwei Treffen in Berlin und eine Telefonkonferenz.

Arbeitsgruppen-Mitglied Wolfgang Frauenkron er-

BILD: PRIVAT

DER NATIONALE
INTEGRITÄTSBERICHT:
RICARDA BAUCH
DR. SEBASTIAN WOLF

stellt gemeinsam mit einer Gruppe von Lehrerinnen und Lehrern in Bremen in Kooperation mit der Arbeitsgruppe Sport derzeit ein mehrere Bausteine umfassendes Unterrichtskonzept zum Thema „Beeinflussung im Sport“. Das Konzept soll 2012 an Bremer Schulen unter Anleitung der beteiligten Lehrkräfte erprobt werden. Es ist geplant, weitere Unterrichtsmodule zu anderen Themen vorzubereiten. Zudem arbeitet Martin Eggers am Prototypen eines Planspiels, um die Dilemmata rund um Korruption erlebbar zu machen („Bribe City“). Die Arbeitsgruppe plant, dieses Spiel 2012 zu testen und dann in der Arbeit mit Schulen und eventuell Universitäten einzusetzen.

Ein vielversprechender Ansatz, um unser Anliegen an Schulen einzubringen, ist die Zusammenarbeit mit Institutionen der Lehreraus- und -weiterbildung. Die Arbeitsgruppe hat hier Kontakte in Bremen und München aufgebaut, um geeignete Workshops oder Seminare für (angehende) Lehrerinnen und Lehrer zu entwickeln.

Auf dem Annual Membership Meeting von Transparency International tauschte sich Constanze Berendts mit Mitgliedern anderer National Chapter über Ansätze in der Arbeit mit jungen Menschen aus. Das Spektrum hier ist sehr breit und reicht von einem „Youth Integrity Survey“ in Vietnam über die Erstellung von Comics in Chile bis hin zur Veröffentlichung einer Sammlung von Kurzgeschichten in Kroatien.

Die größte Herausforderung für die Arbeitsgruppe bleibt der Aufbau von Kontakten zu motivierten Lehrerinnen und Lehrern, Schulleitungen und Eltern. Deshalb sucht die Arbeitsgruppe parallel zur Erarbeitung und Sammlung geeigneter Unterrichtsmaterialien verstärkt den Kontakt zu Lehrerinnen und Lehrern, um deren Bedarf und Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten. Hierbei freut sich die Arbeitsgruppe sehr über Unterstützung aus den Regionalgruppen. Einige Formate, die sich zur Zusammenarbeit anbieten, sind eben je nach Bundesland unterschiedlich. In Bayern gibt es beispielsweise in der neuen gymnasialen Oberstufe ein praxisorientiertes Seminar, das die Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit externen Partnern gestalten – eine sehr gute Möglichkeit für Transparency Deutschland, sich einzubringen. Doch auch gegenüber Akteuren der außerschulischen Bildungsarbeit ist die Arbeitsgruppe offen. Weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus allen Regionen, insbesondere mit Erfahrung im schulischen oder außerschulischen Bildungsbereich, sind herzlich willkommen.

Der Nationale Integritätsbericht: 84 Forderungen für eine integere Republik

Mit der Entscheidung, einen Nationalen Integritätsbericht Deutschland zu erstellen, hat Transparency Deutschland in vielerlei Hinsicht Neuland betreten. Erstmals wurde ein solcher Bericht hierzulande erarbeitet. Zudem ist er Teil einer europaweiten Initiative im Kampf gegen Korruption, die von der Generaldirektion Inneres der Europäischen Kommission finanziell unterstützt wird. Das Projekt hatte zum Ziel, die Stärken und Schwächen deutscher Institutionen und sonstiger Akteure in Bezug auf Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung zu identifizieren. Die breit angelegte Analyse beschäftigte zahlreiche Arbeits- und Regionalgruppen im Jahr 2011. Mit der Berichterstellung wurde nach einer öffentlichen Ausschreibung im Jahr 2010 ein externes Forscherteam beauftragt. Die vom Internationalen Sekretariat von Transparency International entwickelte Methodologie für die Untersuchung sah darüber hinaus die Mitwirkung eines Beirats vor, für den zwölf namhafte Expertinnen und Experten gewonnen werden konnten. Transparency Deutschland war es zudem möglich, auf die ehrenamtlichen Kräfte in Arbeitsgruppen, Regionalgruppen und Ad-hoc-Initiativen zurückzugreifen, die sich ebenfalls kontinuierlich an dem Projekt beteiligten. Die Geschäftsstelle von Transparency Deutschland koordinierte die Berichterstellung.

Unter der Leitung von Dr. Dieter Korczak begann das Forscherteam, die GP Forschungsgruppe, im Oktober 2010 mit der Recherche. Hierbei konnte es sich auf Ideenskizzen des Beirats sowie die Bereitstellung von Material zu relevanten Bereichen durch die entsprechenden Arbeits- und Regionalgruppen stützen und verfügte somit über eine solide Grundlage für die Erstellung des ersten Berichtsentwurfs. Außerdem stellten sich ehrenamtliche Mitglieder für Experteninterviews zur Verfügung.

Die Überprüfung der Rechercheergebnisse erfolgte dann in mehreren Schritten. Im März 2011 wurde eine erste Fassung dem Beirat vorgelegt und von diesem kritisch diskutiert und kommentiert. Die Überarbeitung des Berichts sowie die Integration der Anmerkungen beanspruchte weitere sechs Monate, bevor auf der zweiten Beiratssitzung nochmals letzte Hinweise zum Inhalt debattiert wurden. In unterschiedlichen Phasen befassten sich auch der Vorstand von Transparency Deutschland und die Arbeitsgruppen intensiv mit den verschiedenen Entwürfen. Zuletzt erfolgte durch einen externen Prüfer eine inhaltliche und durch das Internationale Sekretariat von Transparency International eine methodische Überprüfung.

Die Erstellung des Nationalen Integritätsberichts hat gezeigt, dass Transparency Deutschland nicht nur gut dezentral arbeiten kann, sondern auch in der Lage ist, für ein großes und anspruchsvolles Projekt viele Kräfte zu bündeln und Fachkompetenzen abzurufen. Mit der Veröffentlichung des Berichts im Januar 2012 wurde die zweite Phase des Projekts eingeläutet. Die Erkenntnisse des Berichts, aus denen 84 Forderungen für eine integriere Republik abgeleitet wurden, sollen in die Öffentlichkeit getragen werden, um Reformen anzustoßen. Für die Umsetzungsphase sind eine Reihe von Veranstaltungen in Berlin und auf Regionalgruppenebene sowie weitere Initiativen geplant.

Wissenschaftlicher Arbeitskreis

1. Vorbereitung des neuen Korruptionsbuches „Was ist Korruption? Begriffe, Grundlagen und Perspektiven gesellschaftswissenschaftlicher Korruptionsforschung.“

Das Jahr 2011 war für den wissenschaftlichen Arbeitskreis deutlich geprägt durch die Vorbereitung einer neuen Publikation, in der wie zuvor die Synergie verschiedener wissenschaftlicher Ansätze und damit die interdisziplinäre Besetzung des Arbeitskreises genutzt werden sollte, um die vielfachen Perspektiven und Bedingungen von Korruption erfassen zu können. Das Buch wurde bereits seit einem Jahr geplant. Die Beiträge durchliefen mehrere Revisionsverfahren. Das Buch wird Ende Februar 2012 an den Nomos Verlag zur Veröffentlichung geschickt werden.

2. Jahrestreffen des wissenschaftlichen Arbeitskreises

Das jährliche Treffen des Arbeitskreises fand im September 2011 statt. Drei Themen standen bei diesem Treffen im Vordergrund: die abschließende Besprechung des Korruptionsbuches, die Ausweitung der Kooperationen mit Stiftungen und ausländischen Partnern, sowie die Festlegung eines neuen Themenfeldes, das in Zukunft bearbeitet werden sollte.

3. Kooperationen

Die Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde intensiviert. Im Winter wurden die ersten Ideen eingeholt, wie im Sommer 2012 eine neue gemeinsame Tagung durchgeführt werden kann. Darüber hinaus wird ein Austausch mit österreichischen Korruptionsforschenden geplant.

4. Neues Themenfeld: Korruption und Netzwerke

Der Arbeitskreis hat auf seiner letzten Tagung beschlossen, die bedeutsamer werdende Netzwerkforschung mit dem Korruptionsthema zu verbinden. Das Thema erlaubt es, alle vertretenen Teildisziplinen umfassend zu integrieren und verspricht interessante Erkenntnisse und praktische Implikationen.

Datenschutz und Korruptionsbekämpfung

Die im Jahr 2009 nach dem Screening-Skandal bei der Deutschen Bahn AG ins Leben gerufene Projektgruppe hat die Aufgabe, Transparency Deutschland in der aktuellen Diskussion um die Veränderungen im Beschäftigtendatenschutz, aber auch in Bezug auf die datenschutzrechtlichen Entwicklungen auf europäischer Ebene zu positionieren und insbesondere eine angemessene Berücksichtigung der zur Korruptionsbekämpfung erforderlichen Maßnahmen und Möglichkeiten sicherzustellen. Leitlinie von Transparency Deutschland war und ist dabei, dass dem Datenschutz als Ausfluss des allgemeinen Persönlichkeitsrechts ein hoher Wert zukommt, dieser aber in Balance mit einer effektiven Verfolgung von Verdachtsfällen und der Prävention gebracht werden muss.

Das Jahr 2011 war im Kern durch das – nach wie vor – im Gesetzgebungsverfahren befindliche Beschäftigtendatenschutzgesetz geprägt, welches – so Prognosen – nunmehr im Jahr 2012 vom Bundestag beschlossen werden wird. Hinzu kamen Ende des Jahres dann noch die Bestrebungen der Kommission zur Vereinheitlichung des Datenschutzes auf EU-Ebene, welche in dem Entwurf einer EU-Datenschutzverordnung mündeten; die endgültige Entwurfsfassung ist seit Januar 2012 verfügbar.

Sowohl zum Beschäftigtendatenschutz als auch zur EU-Datenschutzverordnung haben sich einzelne Mitglieder der Projektgruppe im Rahmen von Veröffentlichungen und Vorträgen an der Diskussion beteiligt. Zudem wurden auch im Jahr 2011 zahlreiche Veranstaltungen besucht und Medienanfragen beantwortet.

Für die Zukunft lässt sich festhalten, dass auch im Jahr 2012 eine Vielzahl von Fragenstellungen und Themenkomplexen, insbesondere im Zusammenhang mit den genannten Gesetzesinitiativen, auf die Projektgruppe zukommen werden.

WISSENSCHAFTLICHER
ARBEITSKREIS:
DR. PETER GRAEFF

DATENSCHUTZ UND
KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG:
THORSTEN SÖRUP

03

AUS DEN
REGIONALGRUPPEN**Baden-Württemberg**BADEN-WÜRTTEMBERG:
NICOLE PEREZ

Das Jahr 2011 war für die Regionalgruppe Baden-Württemberg maßgeblich geprägt von den Landtagswahlen und dem damit verbundenen Regierungswechsel. Bereits vor der Wahl hatte die Regionalgruppe im Zuge des Projektes „Wahlprüfsteine zur Landtagswahl“ die Fraktionen angeschrieben und zu ihrer Haltung nach für Transparency Deutschland wichtigen politischen Zielen befragt. Erfreulicherweise antworteten alle Parteien – mit Ausnahme der Linken – ausführlich auf unsere Anfragen, so dass die Ergebnisse aufbereitet und im Rahmen einer Pressemitteilung am 8. März 2011 veröffentlicht werden konnten.

Nach der Ankündigung der neuen Landesregierung zur Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes wurde von uns im April erneut eine Pressemitteilung zum Thema „Transparency begrüßt geplantes Informationsfreiheitsgesetz in Baden-Württemberg“ veröffentlicht. Abgerundet wurde das „Dauerthema Informationsfreiheitsgesetz“ durch einen im Juli erschienenen Scheinwerferartikel von Stefan Urbat zur geplanten Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes und dem aktuellen Stand der Umsetzung in Baden-Württemberg.

Anfang September war es dann soweit, dass gemeinsam mit der Regionalgruppe München das bereits länger geplante Einführungsseminar für Neumitglieder und Interessierte stattfinden konnte. In Ulm trafen sich über zwanzig Teilnehmende, um die Arbeitsweise und Organisation von Transparency Deutschland sowie die Möglichkeiten für ein ehrenamtliches Engagement kennen zu lernen. Die rege Teilnahme, die positiven Rückmeldungen und der Gewinn einiger neuer, aktiver Mitglieder für die beiden Regionalgruppen haben einmal wieder gezeigt, dass diese Art der Veranstaltungen einen wichtigen Beitrag für die Basis von Transparency Deutschland leisten.

Ende November erhielt Nicole Perez die Gelegenheit, Transparency Deutschland bei einem BKA-Lehrgang für Korruptionsermittlerinnen und -ermittler aus Landes- und Bundesbehörden in Wiesbaden vorzustellen. Auch dort zeigte sich großes Interesse an der Arbeitsweise und den Zielen von Transparency Deutschland.

In der Rückschau ist festzustellen, dass das Interesse der Öffentlichkeit in 2011 im Vergleich zu den Vorjahren merklich zugenommen hat, was nicht zuletzt auch in einer spürbaren Zunahme an Anfragen von sowohl Privatpersonen als auch Organisationen bezüglich einer möglichen Mitarbeit oder nach spezifischen Fachvorträgen deutlich wurde.

Leider konnten wir nicht allen Anfragen nach Fachvorträgen nachkommen, jedoch wird ein Ziel für 2012 sein, unsere personellen Ressourcen innerhalb der Regionalgruppe dahingehend auszubauen, um dem gestiegenen öffentlichen Interesse am Thema „Korruptionsbekämpfung“ Rechnung tragen zu können.

Die Regionalgruppe Baden-Württemberg schaut also auf ein erfolgreiches und aktives Jahr 2011 zurück, was sicherlich auch auf die anhaltenden Diskussionen um das Projekt Stuttgart 21 und die damit verbundene gestiegene Sensibilität für die Themen „Transparenz“ und „Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen“ zurückzuführen ist.

Aus diesem Grunde blicken wir mit Spannung auf das kommende Jahr, in dem wir uns verstärkt auf die Überprüfung der im Koalitionsvertrag festgelegten Ziele unserer neuen Landesregierung konzentrieren wollen.

DIE REGIONALGRUPPEN IN DEUTSCHLAND



Berlin/Brandenburg

Die Region Berlin/Brandenburg zählte im Jahr 2011 284 Mitglieder, davon leben 259 in Berlin. In diesem Jahr sind in der Region insgesamt 37 Neumitglieder dazu gekommen, davon kommen 34 aus Berlin.

Ein wichtiges Ziel ist es, unsere Mitglieder regelmäßig anzusprechen und zu ausgewählten Diskussionsthemen einzuladen. Auf diese Weise kann der erstaunlich hohe Sachverstand und das umfangreiche Erfahrungsreservoir unserer Mitglieder in gegebenen Bereichen gewinnbringend zur Sprache kommen. Im Verlauf des Jahres fanden daher mehrere Regionalgruppentreffen mit interessanten Vor-

trägen statt: Kerstin Breitenbach, Transparency-Mitglied und tätig im Bereich selbständige Hausverwaltung und Bauleitplanung, und Jochen Bäumel, Vorstandsmitglied von Transparency Deutschland und Experte für Korruption in der Berliner Politik und Verwaltung, berichteten im Januar schwerpunktmäßig von ihren Erfahrungen aus dem mehrjährigen Untersuchungsausschuss „Spreadreieck“.

BERLIN/BRANDENBURG:
DR. ASTRID WOKALEK

**BREMEN:
DR. KIRSTEN SCHUBERT**

Im April sprach Dr. Andreas Novak, Leiter der Arbeitsgruppe Wirtschaft, zur Situation in mittelständischen Betrieben, den dortigen Korruptionsrisiken und möglichen Präventionsmaßnahmen.

Lars-Heiko Kruse, Leiter der Arbeitsgruppe Sport, erläuterte beim Treffen im Juni die problematische Lage bei der Korruptionsprävention im Sport.

Im September war erneut Jochen Bäumel zu Gast und befasste sich mit den kritischen Punkten kommunaler Mitgliedschaften. Die Stadt Potsdam ist seit 2009 Mitglied von Transparency Deutschland; mit der Stadt Neuruppin wurden Aufnahmegespräche unter der Leitung von Ulrike Löhr, zuständig für Betreuung und Kontakt zu kommunalen korporativen Mitgliedern von Transparency Deutschland, geführt.

Beim letzten Regionalgruppentreffen referierte Vorstandsmitglied Dr. Anke Martiny zur komplizierten Struktur des deutschen Gesundheitswesens und stellte die Wurzeln ihrer überdurchschnittlich hohen Kosten dar.

Auch in diesem Jahr haben wir ein Einführungsseminar für Neumitglieder und Interessierte durchgeführt. Am 10. September 2011 konnten 27 Teilnehmende, darunter auch Interessierte aus Hamburg, Oldenburg, Göttingen, Düsseldorf und Wien, in Berlin begrüßt werden. Dr. Wolfgang Wodarg, Vorstandsmitglied von Transparency Deutschland, konnte für einen Vortrag zur Arbeitsweise und Struktur des Vereins gewonnen werden. Dr. Jens Claussen, Leiter der Arbeitsgruppe Transparenz in der Zivilgesellschaft, stellte seine Arbeitsgruppe vor. Den didaktischen Teil hatte dankenswerterweise wiederum Transparency-Mitglied Martin Eggers übernommen.

Sylvia Stützer von der Geschäftsstelle erläuterte Verfahrensfragen die Transparency-Mitgliedschaft betreffend und unsere Praktikantin Carolin Glandorf hatte den technischen Ablauf fest im Griff.

Ein erstes internes Treffen der Regionalgruppenleitenden fand am 18. Juni 2011 am Rande der deutschlandweiten Mitgliederversammlung in Köln statt. Der Erfahrungsaustausch und die Erörterung über die Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen haben sich als außerordentlich nützlich erwiesen. Nach diesem ersten Schritt ist ein weiteres Treffen im März 2012 geplant.

Es gab eine erfolgreiche Kontaktaufnahme mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Karlsruh und der Charité. Der Kontakt soll im Jahr 2012 ausgebaut werden.

Bremen

Inhaltlicher Schwerpunkt der Regionalgruppe Bremen war auch in diesem Jahr die Begleitung des Integritätspakts für das Klinikum Bremen Mitte und der kontinuierliche Austausch mit dem Monitor Prof. Jürgen Gotthold. Zusätzlich nahmen Dr. Kirsten Schubert, Leiterin der Regionalgruppe, und Prof. Gotthold Sondierungsgespräche bezüglich eines zweiten Integritätspakts auf Anfrage des Bausenators auf.

Ein weiterer Strang ist das Zusammenwirken der Regionalgruppe mit der Handelskammer Bremen. Hier erfolgte ein erstes Gespräch zwischen Handelskammer und der Regionalgruppe, vertreten durch Falko Spieker und die Regionalgruppenleiterin. Beide Projekte sollen im nächsten Jahr weiterverfolgt werden. So wird Prof. Gotthold bereits im Februar 2012 erneut zu den neuesten Entwicklungen zum Klinikumbau in Bremen referieren.

Im Januar, April, Juli und Oktober fanden die alljährlichen vier Regionalgruppentreffen statt. Diese wurden jeweils von zehn bis zwanzig Mitgliedern und interessierten Teilnehmenden gut besucht. Vor einem breiten, öffentlichen Publikum wurden zwei hochaktuelle Vorträge zu den Themen „Transparenzdefizite und Korruption im Gesundheitswesen“ durch Prof. Peter Schönhöfer, Mitglied der Arbeitsgruppe Gesundheit und der Regionalgruppe Bremen, sowie zu „Korruption im Sport“ durch Lars-Heiko Kruse, Leiter der Arbeitsgruppe Sport, gehalten.

Dr. Kirsten Schubert wurde von Radio Bremen zum Thema „Orte der Macht“ interviewt. Dieses Interview wurde in einem Radio-Feature anlässlich der Bremer Bürgerschaftswahlen im Mai ausgestrahlt.

Dr. Kirsten Schubert hielt Informationsvorträge über Transparency Deutschland im Februar bei Xing und im Juni beim Rotary-Club Syke. Am 16. Juli 2011 nahm die Regionalgruppenleiterin an einer Podiumsdiskussion im Rathaus Halberstadt teil. Diese erfolgte auf Einladung der Frauenbrücke Ost-West zum Thema „Solidarität und Menschenwürde im Zeitalter unbegrenzter medizinischer Möglichkeiten“.

Seit Dezember verfügt die Regionalgruppe über einen regionalen Pressespiegel auf ihrer regionalen Unterseite auf www.transparency.de. Dieser hält Interessierte über die Berichterstattung zum Thema „Korruption“ in der Region auf dem Laufenden, ermöglicht aber auch einen informativen Rückblick. Er wurde von Lars-Henning Groß, Mitglied der Regionalgruppe, aufgebaut und wird durch ihn in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle kontinuierlich aktualisiert.

Frankfurt/Rhein-Main

Zum Jahresauftakttreffen am 11. Januar 2011 wurde gemeinsam eine grobe Jahresplanung für Termine und Veranstaltungen entwickelt.

Die Regionalgruppe wählte am 17. Februar 2011. Es wurden Adelheid Tröscher und Oliver Schluemer im Amt bestätigt und Joachim Walther neu in das Sprechergremium gewählt. Joachim Walther vertritt das Gremium im Führungskreis von Transparency Deutschland.

Im Anschluss gab es noch einen Kurzüberblick der verschiedenen aktiven Arbeitsgruppen von Transparency Deutschland. Sylvia Schenk, Vorstandsmitglied von Transparency Deutschland, berichtete unter anderem über einen Artikel in der FAZ. Einer der Herausgeber, Werner D'Inka, begleitete den hessischen Staatsminister für Wirtschaft Dieter Posch mit einigen anderen Journalisten und Wirtschaftsvertretern nach Russland. In diesem Artikel berichtete er auch über die Schwierigkeiten der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und die russische Bürokratie, die man sinngemäß einfach durch Bestechung überwinden könne. Aufgrund dieses Artikels verfasste Sylvia Schenk entsprechende Briefe an Herrn Posch und Herrn D'Inka. Der hessische Minister lud Frau Schenk daraufhin zu einem Gespräch ein und Herr D'Inka nahm dazu schriftlich Stellung.

Beim Führungskreistreffen in Erfurt vom 11. bis 12. März 2011 wurde die Regionalgruppe durch Oliver Schluemer vertreten. Allgemeine Informationen und Neuigkeiten wurden anschließend in der Regionalgruppe präsentiert und verteilt.

Am 14. Juli 2011 nahm die Regionalgruppe an einem exklusiven Vortrag bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in Frankfurt teil. Diese Veranstaltung umfasste eine Einführung in die Themen „Bekämpfung und Überwachung von Insidergeschäften“, „Markt-

manipulation“ sowie „Verhaltensregeln und Organisationspflichten für Kreditinstitute“.

Als erste Veranstaltung nach der Sommerpause fand am 17. August 2011 das traditionelle Treffen „open air“ am Schwedlersee statt. Sylvia Schenk berichtete uns dabei ausführlich über ihre Aktivitäten im Zusammenhang mit der FIFA in Zürich.

Unser Mitglied Christoph Kulenkampff berichtete anlässlich unseres Treffens am 14. September 2011 über seine Aktivitäten und Erfahrungen in Sachen „Compliance“. Er berät als Rechtsanwalt zu diesem Thema öffentliche Einrichtungen in der Region.

Am 20. Oktober 2011 hatte unser Mitglied Felicitas Siek zur von ihr organisierten Veranstaltung „Integritätsmanagement der GIZ“ eingeladen. Es fand ein Treffen mit dem GIZ-Integritätsberater Dr. Böttcher statt, der einen Vortrag zum Thema „Das interne Integritätsmanagement der GIZ“ hielt. Anschließend konnten wir noch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sektorvorhabens „Antikorruption und Integrität“ über das Thema „Antikorruption in unseren Partnerländern- das Engagement der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ diskutieren.

Zum Abschluss des Jahres traf sich unsere Regionalgruppe am 8. Dezember 2011 ein letztes Mal in diesem Jahr zu einer kleinen vorweihnachtlichen Feier. Ganz ohne Tagesordnung und Protokoll, dafür bei gemütlichem Zusammensein und gutem Essen.

FRANKFURT/RHEIN-MAIN:

JOACHIM WALTHER

ADELHEID TRÖSCHER

OLIVER SCHLUEMER

Hamburg/Schleswig-Holstein

HAMBURG/SCHLESWIG-HOLSTEIN:
GERD LEILICH

Die Regionalgruppe traf sich am 15. Februar 2011 im Innenministerium Kiel, wo sich circa 15 Teilnehmende über die Antikorruptionsmaßnahmen des Landes Schleswig-Holstein informieren konnten. Auch der Ombudsmann des Landes berichtete über seine Tätigkeit. Es wurde über mögliche Aktivitäten zusammen mit der Industrie- und Handelskammer Kiel gesprochen, die jedoch nicht zu konkreten Vorhaben führten.

Großes Interesse fand eine Vortragsveranstaltung am 17. Februar 2011 vor etwa einhundert Teilnehmenden über den „Kampf gegen Korruption“ im Norden Hamburgs, auf der der Leiter der Regionalgruppe über die Grundsätze

Auf der Sitzung der Regionalgruppe am 1. August 2011 bei der Hamburger Hafen und Logistik AG wurde mit zwölf Teilnehmenden ausführlich über die ersten Überlegungen zu einer Initiative für ein Transparenzgesetz Hamburg diskutiert. Das Vorhaben fand breite Zustimmung. Die intensive Diskussion setzte sich auf der nächsten Sitzung der Regionalgruppe am 10. Oktober 2011 mit zehn Teilnehmenden in der HK Hamburg fort.

Am 28. Oktober 2011 wurde in Hamburg die Volksinitiative „Transparenz schafft Vertrauen“ von Mehr Demokratie e.V., dem Chaos Computer Club Hamburg und von Transparency In-



»IM RAHMEN EINES KURSES HABE ICH MICH NÄHER MIT DEM
THEMA KORRUPTION BESCHÄFTIGT. ICH FINDE ES BESTÜRZEND, WIE STARK DURCH
KORRUPT STRUKTUREN EINFLUSS AUF POLITIK UND WIRTSCHAFT GENOMMEN WERDEN
KANN. WEIL DIESE STRUKTUREN AUFGEDECKT UND BEKÄMPFT WERDEN MÜSSEN,
ENGAGIERE ICH MICH BEI TRANSPARENCY.«

Pascal Frey,
Neumitglied, Schüler aus Stuttgart

und Vorschläge von Transparency Deutschland und der Leiter des Dezernats Interne Ermittlungen (DIE) über seine konkrete Arbeit referierten. Es ist vorgesehen, dieses gemeinsame Referat in Hamburg zu wiederholen.

Auf Initiative von Transparency Deutschland fand am 1. März 2011 in der Handelskammer Hamburg (HK) ein Expertengespräch zum Thema „Integrität bei der Vergabe“ statt, bei dem circa zwanzig Teilnehmenden aus Behörden und Wirtschaft der praktische Umgang mit den Kriterien für die Zuverlässigkeit der Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge dargelegt wurde.

Am 11. Juli 2011 kam es zu einem Gespräch mit der Geschäftsführung der Hamburger Handwerkskammer über eine Zusammenarbeit mit Transparency Deutschland, bei dem die Bereitschaft zur gelegentlichen Erwähnung unseres Anliegens gezeigt wurde.

ternational Deutschland e.V. gegründet. Ziel ist die Einführung eines Transparenzgesetzes, das aus dem bestehenden Informationsrecht der Bürgerinnen und Bürger eine Informationspflicht der Behörden macht und so Manipulation und Korruption erschwert. Konkret geht es um die Veröffentlichungspflicht für städtische Verträge, Verwaltungsvorschriften, Gutachten und für sämtliche von der Stadt erhobenen Daten. Mit Hilfe eines öffentlichen Informationsregisters soll jedem Interessierten dazu Zugang ermöglicht werden. Es wurde ein Gesetzentwurf eingereicht, an dem der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Dr. Jürgen Kühling maßgeblich mitgewirkt hat. Am 9. Dezember 2011 wurden mehr als 15.000 Unterschriften im Hamburger Rathaus abgegeben. Das gelang nur durch eine gute Zusammenarbeit zwischen den Gründerorganisationen, den Bündnispartnern, aber auch einigen sehr aktiven norddeutschen Transparency-Mitgliedern. Am 3. Januar 2012 hat der Senat

BILD: PRIVAT

das erfolgreiche Zustandekommen der Volksinitiative festgestellt.

Besonderes Interesse bei Hamburger Unternehmen fand die diesjährige gemeinsame Antikorruptionsveranstaltung zum Thema „Korruptionsprävention in der Praxis“ am 9. Dezember 2011. Eingeladen hatten das DIE, die HK Hamburg, Pro Honore e.V. und Transparency Deutschland. Vor etwa siebzig Gästen hielt Justizsenatorin Jana Schiedek ein ausführliches Grußwort über die Anstrengungen der Stadt zur Korruptionsbekämpfung und erläuterte die aktuellen Vorhaben. Der Leiter der Regionalgruppe stellte den Bestechungszahlerindex (BPI) und den Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) 2011 vor. Im Mittelpunkt stand das Angebot des DIE zu kostenloser Beratung. Herr Lembcke vom DIE sprach ausführlich über Korruption und erläuterte die unterschiedliche Rechtslage bei Amtsträgerinnen und Amtsträgern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Wirtschaft. Herr Brand vom DIE stellte die Abläufe im Fall einer Durchsuchung dar und ging insbesondere auf die Möglichkeiten und Auswirkungen unterschiedlichen Verhaltens der Betroffenen ein. Die Teilnehmenden waren von der Klarheit und Offenheit beeindruckt.

München

Die Regionalgruppe München traf sich 2011 rund alle zwei Monate zu Arbeitstreffen oder Vortragsabenden. Es nahmen jeweils zehn bis zwanzig Mitglieder aus der Region sowie interessierte Gäste teil. Neben Berichten über das Vereinsleben, insbesondere aktuelle Entwicklungen auf Vorstandsebene, und über internationale Transparency-Themen, ergaben sich besonders interessante Abende zum Thema „Korruption in Deutschland – Aktuelle Statistiken“ und zu aktuellen juristischen Entwicklungen, wie etwa der Entscheidung des Bundesgerichtshofs im Schelsky-Verfahren.

Wie bereits im letzten Jahresbericht erläutert, stand die Aktion „Transparenzfragebogen für Kommunen“ im Zentrum der Arbeit der Regionalgruppe im Jahr 2010. 2011 wurden die Ergebnisse dieser erfolgreichen Aktion ausgewertet und von Nils Bebber in einem Vortrag zum Thema „Transparenz und Korruptionsprävention in bayerischen kommunalen Gebietskörperschaften“ vor Mitgliedern und Interessierten präsentiert. Im Zusammenhang damit stellte der Vortragende gemeinsam mit Constanze Berendts auch die ausgesprochen positiven Erfahrungen

dar, die während der Tagung „Korruptionsprävention“ in Hof in diesem Jahr gemacht wurden. Die Tagung, an der rund einhundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bayerischer Kommunen und einige Mandatsträgerinnen und Mandatsträger teilnahmen, hatten die Regionalgruppen München und Sachsen gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Kommunen organisiert. Als Ergebnis der Fragebogenaktion wurde festgehalten, dass die Regionalgruppe viele wichtige Erkenntnisse gewonnen und Erfahrungen gesammelt hat, dass die erhobenen statistischen Daten aber nicht belastbar sind und deshalb nicht veröffentlicht werden können.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete in diesem Jahr die Diskussionsveranstaltung zum Thema „Korruption bei Abgeordneten und Parteien“ bei den Münchner Grünen. Ohne die Initiative und das große Engagement von Dr. Wolfram Rohde-Liebenau wäre diese hochinteressante Veranstaltung mit Jerzy Montag als Referenten nicht zustande gekommen. Die Regionalgruppe plant, entsprechende Veranstaltungen auch mit anderen Parteien in München durchzuführen.

Darüber hinaus fand im September in bereits bewährter Zusammenarbeit mit der Regionalgruppe Baden-Württemberg ein Einführungsseminar statt, an dem rund zwanzig (Neu-)Mitglieder und Interessierte teilnahmen. Henning Erbe hat zudem vor Mitgliedern des Münchner Lions-Clubs „Die Rolle von Transparency Deutschland bei der Bekämpfung der Korruption“ beleuchtet. Florian Kraus hat Transparency den Teilnehmenden des diesjährigen Compliance-Lehrgangs der Universität Augsburg vorgestellt. Erika Lorenz-Löblein hat erneut dafür gesorgt, dass die Regionalgruppe auch dieses Jahr auf dem Tollwood Winterfestival vertreten war.

Ein echtes Highlight zum Abschluss des Jahres stellte das Adventstreffen dar, an dem ungewöhnlich viele Neumitglieder, Mitglieder und Interessierte teilnahmen und einen Abend verbrachten, der durch intensive Diskussionen zu diversen Themen geprägt war, die jeweils von Caspar von Hauenschild angeregt worden waren. Dr. Wolfram von Rohde-Liebenau hat diesen wunderbaren Abend zudem durch einen interessanten Bericht über die Tagung „Dankt der Staat ab – Wo bleibt das Primat der Politik?“ bereichert.

Allen Mitgliedern, die die Arbeit der Regionalgruppe auch in diesem Jahr tatkräftig und engagiert unterstützt haben, sei ganz herzlich gedankt.

MÜNCHEN:
DR. SABINE STETTER

Niedersachsen

NIEDERSACHSEN:
DENNIS SCHWARZ

OSTWESTFALEN-LIPPE:
DR. HARALD SCHLÜTER

RHEINLAND:
ANDREAS RIEGEL

Die für 2011 geplante Zusammenarbeit mit den Antikorruptionsbeauftragten der Kommunen in Niedersachsen stieß beim Kreis der Adressatinnen und Adressaten schnell auf großes Interesse. Die Vermutung, dass gerade in den kleineren Kommunen die mit der Aufgabe betrauten Personen in der Praxis wenig Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch haben, bestätigte sich. Oft müssen sie neben verschiedenen anderen Aufgaben diese wichtige Rolle zusätzlich ausfüllen.

Das Angebot der Regionalgruppe Niedersachsen, sich zweimal im Jahr mit anderen Fachleuten zu diesem Thema in Hannover zu treffen, wurde daher gut angenommen. Begleitet vom niedersächsischen Ministerium der Justiz, in dessen Räumlichkeiten die Treffen stattfanden, wurden interkommunale Kontakte geknüpft und Erfahrungen ausgetauscht. Referentinnen und Referenten aus den Arbeitsgruppen oder der Polizei gaben wertvolle Informationen weiter und boten für Einige eine neue Sicht auf anscheinend Altbekanntes.

Die Regionalgruppe Niedersachsen will auch im nächsten Jahr diese Vernetzung unterstützen und den Antikorruptionsbeauftragten eine Plattform bieten. Es besteht die begründete Hoffnung, dass die Veranstaltung sich zu einer gut besuchten, festen Einrichtung etabliert und gegebenenfalls personell noch weiter ausgebaut werden kann.

Die weitere Arbeit zur Einrichtung eines niedersächsischen Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) war dafür im Berichtszeitraum umso ernüchternder. Es bleibt die Frage, was wahrscheinlicher ist: Ein Regierungswechsel anlässlich der Wahlen 2013 oder ein Umdenken bei einigen Menschen in der Regierungsfraktion.

Dafür zeigte der mit anderen Organisationen erzeugte Druck bei der Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden Erfolg. Mit Erlass des niedersächsischen Innenministeriums vom August 2011 wurden die personellen Ressourcen der polizeilichen Korruptionsermittlerinnen und -ermittler in den Zentralen Kriminalinspektionen deutlich aufgestockt. Wünschenswert wäre nun, dass die zu erwartenden besseren Ermittlungsergebnisse auch bei der Justiz umgesetzt werden können. Dazu sind bessere personelle Bedingungen bei den Staatsanwaltschaften und den Strafkammern der Gerichte notwendig.

Die Vortragstätigkeit der Mitglieder der Regionalgruppe wurde fortgesetzt. So gab es 2011 eine Zusammenarbeit mit der Leibniz-Universität in Hannover und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik in Minden.

Ostwestfalen-Lippe

Die Regionalgruppe Ostwestfalen-Lippe hat das Jahr 2011 genutzt, ihre Kontakte zu örtlichen Verbänden, Vertreterinnen und Vertretern der Unternehmen und Hochschulen zu verbessern und deshalb zahlreiche Gespräche geführt. Als Ergebnis werden 2012 gemeinsame Veranstaltungen mit der Abteilung für Internationales der Industrie- und Handelskammer (IHK) Ostwestfalen-Lippe und den Wirtschaftsjuvenoren Ostwestfalen-Lippe stattfinden.

Eine lang geplante Veranstaltung mit der Fachhochschule des Mittelstands (FHM) Bielefeld fand leider nicht statt. Die Regionalgruppe stand der örtlichen Presse und dem Lokalfernsehen in diversen Interviews mit Expertenwissen für Fragen der Korruptionsprävention zur Verfügung. 2012 möchte die Regionalgruppe sich personell verstärken. Dabei wird insbesondere auf eine Vernetzung in Wirtschaft und Hochschule gesetzt.

Rheinland

Das Jahr 2011 war in der Regionalgruppe Rheinland wieder durch vielfältige Tätigkeiten gekennzeichnet.

Die Regionalgruppe hat sich im Februar in Düsseldorf und im Mai in Köln getroffen und jeweils neben Ankerreferaten zum Thema „Vorstellung der Anti-Corruption-Wall“ und „Korruptionsfreie Geschäfte in Russland“ verschiedene aktuelle Themen diskutiert. Zentrales Thema während des gesamten Jahres war die Erarbeitung des Positionspapiers zum Vergaberecht zusammen mit der Arbeitsgruppe Zentralregister/Vergabewesen, das letztlich im Oktober durch den Vorstand beschlossen und im Dezember 2011 öffentlich vorgestellt wurde.

Beiträge und Artikel in Zeitschriften mit Nennung der Regionalgruppe Rheinland wurden im April in der Kölner Stadtrevue unter dem Titel „Polizei im Visier“ und im IHK-Journal Koblenz unter dem Titel „Auslandskorruption – das sträflich vernachlässigte Unternehmensrisiko“ ver-

öffentlich. Im Mai erschien im Bonner General Anzeiger ein Artikel mit dem Titel „WCCB: Wurden Amtsträger bestochen?“ und „Das Tabu, über Korruption zu sprechen“. Die Lausitzer Rundschau titelte im August: „Trojaner in der Ausschreibung“.

TV- und Radiopräsenz ergab sich im Juli beim WDR 5 in der Sendung „Millionengrab World ‚Chaos‘ Center“, eine fünfzigminütige Radio-Dokumentation, und im September in der Sendung „Wie unabhängig ist Münsters Stadtdirektor?“ bei der WDR Lokalzeit Münster. Im Oktober ging es bei der WDR Lokalzeit Bonn/Köln um Abfindungszahlungen an korruptionsverdächtige kommunale Spitzenbeamte und im November fand bei NRW.TV in der Sendung „Horné Live“ ein dreißigminütiger Talk zu verschiedenen Korruptionsthemen statt.

Die Regionalgruppe hat sich des Weiteren an Gesetzgebungsprozessen und politischen Meinungsbildungsprozessen beteiligt: Im April beim zuständigen Staatssekretär im Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen (NRW) hinsichtlich der Novelle des Korruptionsbekämpfungsgesetzes NRW und im November durch Unterstützung der Arbeitsgruppe Gesundheit im Rahmen einer Besprechung im Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) zum Thema „Anwendungsbeobachtungen vs. klinische Studien“. Ebenfalls im November wurde eine Stellungnahme zum Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in NRW, nicht wieder zu den alten Wertgrenzen erlassen zurückkehren zu wollen, abgegeben.

Vorträge der Regionalgruppe wurden gehalten im Mai an der Hochschule Bonn/Rhein-Sieg vor Studierenden und bei der Piratenpartei in Bonn zum Thema „Aus dem WCCB lernen – Transparenz, Korruptionsmechanismen, Prävention“. Im Juni referierte die Regionalgruppe beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalmanagement der Polizei NRW, im September beim Arbeitskreis für Interne Revision des Deutschen Institutes für Interne Revision (DIIR) in Berlin und im November beim Rhein-Kreis-Neuss anlässlich der jährlichen Antikorruptionsschulung des Kreises zum Thema „Korruption erkennen und vorbeugen“.

Im September war die Regionalgruppe im Panel des Fachforums „Compliance und Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung und Beschaffung“ der Wegweiser-Beschaffungskonferenz 2011 in Berlin vertreten.

Schließlich standen „die üblichen“ Tätigkeiten auf dem Programm, wie beispielsweise ganzjährig diverse Gespräche und Korrespondenzen mit Mitgliedern und Interessierten sowie die punktuelle Unterstützung der Arbeitsgruppe Integritätspakt bei Anfragen, die Teilnahme an der Mitgliederversammlung in Köln im Juni und eine Besprechung mit dem Bürgermeister der Stadt Langenfeld zu einer möglichen korporativen Mitgliedschaft im Oktober 2011.

Ruhrgebiet

Nach dem Erfolg der bisherigen Veranstaltungen mit der IHK Dortmund und der IHK Duisburg, war gemeinsam mit der Regionalgruppe Ostwestfalen-Lippe eine weitere Veranstaltung mit der IHK Bielefeld für Dezember 2011 geplant, die wegen Terminschwierigkeiten auf den Januar 2012 verschoben werden musste.

Das Ziel, weitere Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, insbesondere das Klinikum Dortmund für Veranstaltungen zu gewinnen, wurde weiterverfolgt. Es zeigte sich auch hier, dass viel und beharrliche Überzeugungsarbeit nötig ist, um das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Korruptionsprävention zu wecken. Zudem wurde das Vorhaben umgesetzt, die Seite der Regionalgruppe im Mitgliederbereich in Eigenregie zu aktualisieren.

Sachsen

Zum 1. Januar 2011 wurde die Stadt Leipzig korporatives Mitglied unserer Organisation. Im März wurde von der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Hof und Transparency Deutschland, insbesondere verantwortlich durch die Regionalgruppe München, eine Veranstaltung zum Thema „Korruption in der öffentlichen Verwaltung“ mit über einhundert Teilnehmenden durchgeführt, zu meist kommunale Beamtinnen und Beamte. Die Regionalgruppe Sachsen war mit einem Vortrag zum Thema „Korruption in den Kommunen, was wissen wir darüber?“ vertreten. Dieses Treffen wurde de facto auch als Treffen der Antikorruptionsbeauftragten der großen sächsischen Städte genutzt. Vertreten waren Leipzig, Dresden, Zwickau und Görlitz.

Nachdem aus dem Stadtrat von Leipzig die Idee zur Verabschiedung einer kommunalen Freiheitssatzung angestoßen wurde, baten wir

RUHRGEBIET:
DR. JAN-TIBOR LELLEY

SACHSEN:
LOTHAR HERMES

THÜRINGEN/SACHSEN-ANHALT:
SEBASTIAN HÄNDSCHE

die Verwaltungsspitze der Stadt um die Möglichkeit, eine Stellungnahme zu dem aus unserer Sicht noch unzureichenden ersten Referententwurf abzugeben. Nach der Einreichung unserer schriftlichen Stellungnahme erhielten wir im Juni 2011 Gelegenheit, in einem persönlichen Gespräch dem Verwaltungsbürgermeister Müller sowie weiteren zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung unsere Position näher darzulegen und die Vorzüge einer umfassenden Informationsfreiheitsatzung zu erläutern. Zu einer Verabschiedung der Satzung ist es bislang noch nicht gekommen.

dende, sogenannte „Sensibilisierungsveranstaltung im Bereich Korruptionsprävention“, zu gestalten. Insgesamt konnten wir auf dieser Veranstaltung etwa 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Zolls erreichen. Wir haben dabei einen Überblick über die Aufgaben, Struktur und Ziele von Transparency Deutschland gegeben, aber auch aktuelle bekannte und weniger bekannte Korruptionsfälle thematisiert.

Schließlich wurden auch zwei längere Zeitungsartikel und ein Radiointerview zu den Korruptionsvorwürfen gegen die FIFA und zum weltweiten Antikorruptionstag veröffentlicht.



» MIT MEINER MITGLIEDSCHAFT BEI TRANSPARENCY WILL ICH EINEN MINDESTBEITRAG ZUR BEKÄMPFUNG VON KORRUPTION LEISTEN. FÜR TRANSPARENZ UND INTEGRITÄT MUSS EIN ÖFFENTLICHES BEWUSSTSEIN GESCHAFFEN WERDEN, DAMIT DER MISSBRAUCH VON MACHT DURCH VERANTWORTUNGSTRÄGER ERKANNT WERDEN KANN.«

Maria Palme,
Mitglied aus Jena, Historikerin

Im September und November 2011 waren wir bei zwei Schulprojekttagen zu Gast. Bei einem Gymnasium in Dresden konnten wir einen Workshop zum Thema „Transparente Verfahrensabläufe in der Verwaltung“ abhalten. In einem anderen Gymnasium, ebenfalls in Dresden, hatten Schüler einen Aktionstag unter dem Motto „Courage-Tag“ vorbereitet. Wir nahmen bei der Abschlussveranstaltung an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Demokratiebewegung des arabischen Frühlings und seine Auswirkungen für Deutschland“, unter anderem mit Vertreterinnen und Vertretern des Sächsischen Innenministeriums und der Bundeswehr, teil. Hier konnte von unserer Seite auf den Zusammenhang zwischen „good governance“ und Korruptionsbekämpfung sowie deren Bedeutung für die positive demokratische und wirtschaftliche Entwicklung eines Staates hingewiesen werden.

Im November 2011 waren wir eingeladen beim Hauptzollamt Dresden, um die jährlich stattfindende, sogenannte „Sensibilisierungsveranstaltung im Bereich Korruptionsprävention“, zu gestalten.

Thüringen/Sachsen-Anhalt

Die Regionalgruppe traf sich im letzten Jahr drei Mal, je ein Mal in Erfurt, Jena und Weimar. Dabei lernten sich die Mitglieder zum einen etwas besser kennen, obwohl es eine gewisse studienbedingte Fluktuation in der Regionalgruppe gab. Zum anderen wurde unter anderem die Veranstaltung vorbereitet, die den Höhepunkt des vergangenen Jahres bildete: Ein Diskussionsforum zum Thema „Korruption und Transparenz im Sport“.

Dieses wurde unter dem Titel: „Sport und Wirklichkeit. Bilder, Vorbilder – Transparenz?“ durchgeführt. Die Veranstaltung führte die Regionalgruppe in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Thüringen in Erfurt durch. Hierzu waren neben Sylvia Schenk, Vorstandsmitglied von Transparency Deutschland, Peter Gösel, Vorsitzender des Landessportbundes

BILD: PRIVAT

Thüringen und Petra Heß, Vizepräsidentin der Deutschen Olympischen Gesellschaft, Ausländerbeauftragte des Freistaats Thüringen und ehemalige Bundestagsabgeordnete, eingeladen. Im Anschluss an das Impulsreferat von Sylvia Schenk fand eine lebhafte Diskussion mit dem Publikum statt, die Severin Schmidt, Transparency-Mitglied und Referent der FES Thüringen, moderierte. Die Presseresonanz war auch gut: Die Ostthüringische Zeitung und die Thüringer Allgemeine Zeitung berichteten über die Veranstaltung.

Ebenso gab es im letzten Jahr einige persönliche Gespräche, aus denen zum Teil Vortragsveranstaltungen hervorgingen. So konnte ein Kontakt zum Ethikzentrum Jena geknüpft werden, in Folge dessen ein Vortrag im Rahmen eines Seminars zu ethischem Verhalten in der Wirtschaft stattfand. Ebenso entstand ein Kontakt zum Beigeordneten für Sicherheit

und Gesundheit der Stadt Halle, Dr. Bernd Wiegand. Des Weiteren wurden Kontakte zur Jenaer Ortsgruppe der Stiftung der Deutschen Wirtschaft und zum Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e. V. (BdVB) in Thüringen aufgebaut.

04

BERICHT DES BEIRATS

DR. ANKE MARTINY

Im September 2011 konstituierte der Beirat sich neu und wählte einen neuen Vorsitz. Rund zwei Drittel der Beiratsmitglieder waren nach sechsjähriger Amtszeit ausgeschieden, und der Vorstand hatte aus der breiten Palette der Nichtregierungsorganisationen neue Mitglieder berufen, darunter so prominente wie die frühere Bundesjustizministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, den früheren Intendanten des Deutschlandfunks Ernst Elitz oder die frühere EKD-Präsidentin und Oberbürgermeisterin von Nordhausen Barbara Rinke.

Aus der Gewerkschaft, den Sportverbänden, Umweltorganisationen, den Verbraucherverbänden, von „Reporter ohne Grenzen“ oder dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement haben sich aktive Repräsentantinnen und Repräsentanten bereit erklärt, im Beirat von Transparency Deutschland mitzuarbeiten. So profitiert der Verein auch hier von einer beeindruckenden Mischung aus Menschen, die

vergangene Berufserfahrung und viele Verbindungen einbringen, mit solchen, die in Organisationen der Zivilgesellschaft aktiv mitarbeiten. Die neue Vorsitzende Barbara Stolterfoht hatte bereits im Beirat Erfahrungen gesammelt: Die „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ geht mit auf ihre Tätigkeit zurück. Sie will neue Akzente bei der Arbeit setzen.

Auf der konstituierenden Sitzung führte die Transparency-Vorsitzende Prof. Dr. Edda Müller (auch sie ein ehemaliges Beiratsmitglied) in die Arbeit des Beirats ein. Sie versteht den Beirat als Impulsgeber, Ratgeber und Helfer bei der Um- und Durchsetzung von Zielen des Vereins. Diese Ziele unterstrich auch die neue Beiratsvorsitzende nach ihrer Wahl.

Der Vorstand insgesamt sieht in den Mitgliedern des Beirats wichtige Koalitionspartner, Multiplikatoren und Türöffner. Auch Vorschlägen des Beirats gegenüber Transparency Deutschland,



› BEIRATSSITZUNG AM 14. SEPTEMBER 2011

die strategische Ziele verfolgen, sieht der Vorstand mit Neugier entgegen. Wichtige Hinweise zur künftigen Arbeit gab Dr. Konrad von Bonin in seinem Impulsreferat „Frei, offen und unreglementiert. Staat in der Krise? Verhältnis und Rolle von Staat und Zivilgesellschaft“. Sein Impuls löste eine lebendige Diskussion aus, die fortwirken wird. Hier stand die von Gruppen der Zivilgesellschaft geforderte „Selbstermächtigung“ gegen Versuche des Staates, die Zivilgesellschaft zu gängeln und auf eine Zuliefererfunktion zu beschränken.

Mit Übereinstimmung wurde bemerkt, dass die zivilgesellschaftliche Einflussnahme unter allen Umständen transparent erfolgen muss. Wer Lobbyismus geißelt, darf selbst nicht von Grauzonen profitieren.

Nichts spricht auch dagegen, den Ablauf zivilgesellschaftlicher Prozesse sorgfältig zu analysieren und produktive Schlüsse daraus zu ziehen.

05

MEDIEN- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Der „Scheinwerfer“

HEIKE MAYER

Auch in diesem Jahr konnten wir wieder vier Ausgaben (im Februar, April, Juli und November) auf den Weg bringen. Die Auflage betrug Ende 2011 nunmehr 2.189 – gegenüber dem Vorjahr wiederum eine erfreuliche Steigerung. Dabei setzt sich unsere Leserschaft rund zur Hälfte aus Mitgliedern von Transparency Deutschland und zur Hälfte aus Interessenten zusammen, die den Scheinwerfer abonniert haben.

Die Themen-Schwerpunkte waren in diesem Jahr:

- Nr. 50: Corporate Social Responsibility (redaktionell betreut von Dr. Manfred zur Nieden und Anja Schöne)
- Nr. 51: Gesundheitswesen (Dr. Anke Martiny)
- Nr. 52: Informationsfreiheit (Dr. Heike Mayer)
- Nr. 53: Korruption: Wissenschaftliche Perspektiven (Prof. Dr. Jürgen Marten und Maria Schröder)

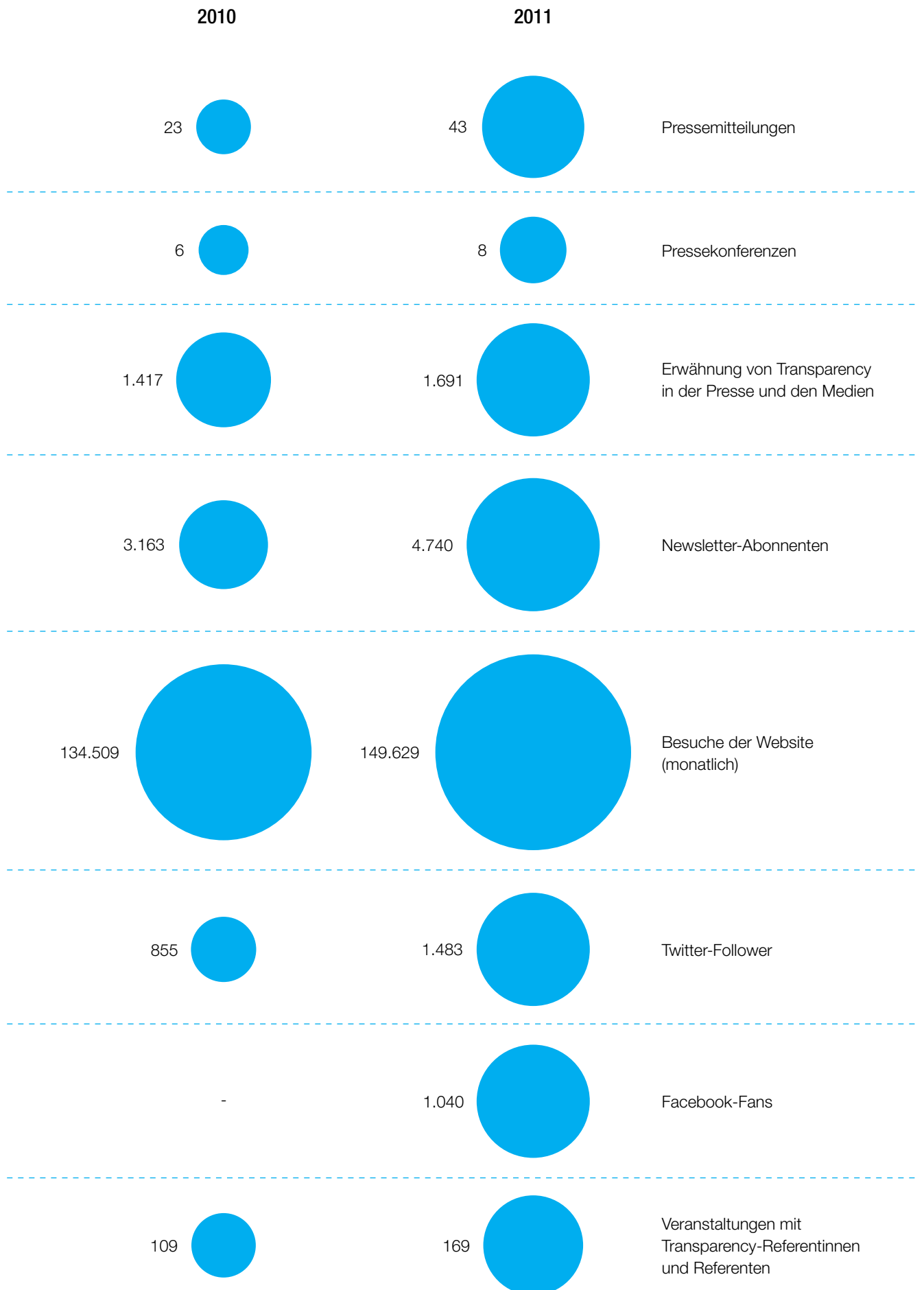
Die Scheinwerfer-Redaktion bedankt sich sehr herzlich bei den externen Schwerpunkt-Redakteuren sowie allen Autorinnen und Autoren sowie Rezensentinnen und Rezensenten für ihr Engagement und ihre ausgezeichnete Arbeit.

Die Redakteure haben ihren Lebensmittelpunkt an weit auseinanderliegenden Orten (Berlin bzw. Brandenburg und München bzw. Bayern), so dass die Vorbereitung und Besprechung der einzelnen Ausgaben im Wesentlichen durch Telefonkonferenzen und Mails erfolgt. Diese wer-

den ergänzt durch einmal stattfindende Jahrestreffen, die der persönlichen Begegnung und Planung des kommenden Jahres dienen. Auf diese Weise konnte auch in diesem Jahr eine kontinuierliche und effiziente Zusammenarbeit gewährt werden.

Besonders erfreulich ist dabei, dass das „altbewährte“ Redaktionsteam – Dr. Anke Martiny als Verantwortliche im Vorstand, Dr. Heike Mayer als Redaktionsleiterin, Anja Schöne als Nachrichtenredakteurin, Dr. Christian Humborg als zuständiger Redakteur für die Rezensionen, Ricarda Bauch als Interna-Redakteurin – von einer Reihe junger Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gestützt wird, die den Scheinwerfer durch ihre Ideen, Schreibkünste und zuverlässige Mitarbeit vielfach bereichern. Hier sind Robert Fröhlich, Maria Schröder und Dorthie Siegmund zu nennen.

Hin und wieder erreichen uns Rückmeldungen, dass die optische Gestaltung des Scheinwerfers hinsichtlich der Lesefreundlichkeit zu wünschen übrig lasse. Die Redaktion ist sich der Problematik bewusst und hat sich vorgenommen, hier zukünftig Verbesserungen vorzunehmen. Wir danken allen Leserinnen und Lesern auch für inhaltliche Kritik und Anregungen und sind bemüht, diese aufzugreifen und umzusetzen.



06

FINANZEN UND
MITGLIEDER**Erträge**

Die Einnahmen konnten mit 387.605 Euro erheblich zum Vorjahr (267.448 Euro) gesteigert werden. Dies ist vor allem auf Mehreinnahmen bei den Mitgliedsbeiträgen und auf Projekteinnahmen im Zusammenhang mit dem EU-Projekt zum Nationalen Integritätsbericht zurückzuführen.

Im Folgenden werden die wichtigsten Einnahmepositionen erläutert. Die Beträge der einzelnen Einnahmepositionen können der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden.

Mitgliedsbeiträge

Die Mitgliedsbeiträge von Einzelmitgliedern stiegen um 12 % auf 78.240 Euro (Vorjahr 69.860 Euro). Die Beiträge von korporativen Mitgliedern erhöhten sich geringfügig auf 110.900 Euro (Vorjahr 107.400 Euro).

Spenden

Die Spenden lagen im Jahr 2011 bei 57.057 Euro. Sie konnten zum Vorjahr (34.296 Euro) um 66 % gesteigert werden.

Förderbeiträge

Förderbeiträge, also regelmäßige Spenden, sind für die langfristige Planbarkeit besonders wichtig. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass die Förderbeiträge um 28 % auf 34.486 Euro stiegen (Vorjahr 26.952 Euro).

Geldauflagen

Die Zuweisungen von Geldauflagen von Gerichten und Staatsanwaltschaften lagen bei 69.675 Euro und lagen erheblich höher als im Vorjahr (8.750 Euro).

Honorare

Die Einnahmen aus Honoraren liegen 2011 mit 8.607 Euro etwas über dem Niveau des Vorjahres. Bei dieser Position handelt es sich um Honorare, die gezahlt worden sind, wenn Mitglieder von Transparency Deutschland auf Veranstaltungen oder Tagungen Vorträge gehalten haben. Allen ehrenamtlich arbeitenden Referentinnen und Referenten sei herzlich für ihr Engagement gedankt.

Zinserträge

Da das Zinsniveau gefallen ist, fällt diese Einnahmeposition mit 2.932 Euro geringer aus als im Vorjahr (3.880 Euro).

Aufwand

Die Ausgaben sind um 14 % auf 343.257 Euro gestiegen (Vorjahr 301.380 Euro).

Die größte Ausgabenposition ist der Personalaufwand, der sich um 6 % auf 188.614 Euro (Vorjahr 177.318 Euro) erhöht hat. Personalausgaben fallen in der Geschäftsstelle für den Geschäftsführer, vier Mitarbeitende, einen Netzwerkadministrator sowie zwei Praktikanten an. Die Mitglieder des Vorstands und des Beirats sowie die Leiterinnen und Leiter der Arbeits- und Regionalgruppen sind ehrenamtlich tätig und erhalten vom Verein keine Bezüge.

Die Reise- und Veranstaltungskosten stiegen auf 57.462 Euro (Vorjahr 54.176 Euro). Der überwiegende Anteil der Kosten entstand für das Führungstreffen in Erfurt, die Mitgliederversammlung in Köln und die Vorstandssitzungen.

Prüfung

Die Kosten für Bürobedarf, Kommunikation und Literatur betragen 31.708 Euro (Vorjahr 22.957 Euro). Der Mehrbedarf resultierte vor allem aus den Kosten für Kommunikation und für den Druck- und Layout der Veröffentlichungen.

Der starke Anstieg der Raumkosten ist im Wesentlichen auf die Renovierung der vergrößerten Geschäftsstelle zurückzuführen. Die gezahlten Honorare umfassen vornehmlich die Kosten für die Erstellung des Nationalen Integritätsberichts.

Rücklagen

Zum 31. Dezember 2011 wurde die Betriebsmittelrücklage in Höhe von 75.000 Euro aufgelöst. Mit Vorstandsbeschluss vom 04. März 2012 wurde eine neue Betriebsmittelrücklage in Höhe von 80.000 Euro gebildet. Ebenfalls mit Vorstandsbeschluss vom 04. März 2012 wurde die freie Rücklage durch Zuführung von 36.013 Euro zum 31. Dezember 2011 auf 189.887 Euro erhöht.

Ergebnis

Nach Berücksichtigung von Zinsen und ähnlichen Erträgen entsteht ein Jahresergebnis von 47.280 Euro (Vorjahr -30.051 Euro). Nach Entnahmen aus den Rücklagen und Bildung der selbigen verbleibt ein Bilanzergebnis von 107.792 Euro (Vorjahr 101.526 Euro).

NIS-Projekt

Die Einnahmen und Ausgaben für die Durchführung zum Nationalen Integritätsbericht werden nach Abschluss des EU-Projektes in einer Gesamtabrechnung mit dem Jahresabschluss des laufenden Haushaltsjahres dargestellt.

Transparency Deutschland lässt seine Vereinssfinanzen freiwillig prüfen. Die Prüfung erfolgte wie im Vorjahr durch Bernhard Hoffmann, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Berlin und wurde im Februar 2012 durchgeführt.

Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Demnach wurde die Buchführung des Vereins vollständig und gewissenhaft vorgenommen und die Prüfung hat insgesamt zu keinerlei Einwänden geführt.

BILD: IMAGES OF MONEY
FLICKR.COM



Gewinn- und Verlustrechnung

Beträge auf volle Euro gerundet, 01.01.2011 bis 31.12.2011 bzw. 01.01.2010 bis 31.12.2010

ERTRÄGE	2011	2010
1. Mitgliedsbeiträge und Spenden	280.683	238.507
Mitgliedsbeiträge Einzelmitglieder	78.240	69.860
Mitgliedsbeiträge korporative Mitglieder	110.900	107.400
Förderbeiträge Unternehmen und Körperschaften	6.750	8.550
Förderbeiträge Einzelpersonen	27.736	18.402
Spenden Einzelmitglieder	12.385	15.617
Spenden korporative Mitglieder	5.000	0
Spenden Einzelpersonen Nichtmitglieder	19.857	15.129
Spenden Unternehmen und Körperschaften Nichtmitglieder	19.815	3.550
2. Bußgelder	69.675	8.750
3. Erlöse aus Veranstaltungen und Vorträgen	12.766	10.004
Honorare (erhalten)	8.607	7.589
Veranstaltungseinnahmen	4.159	2.415
4. Sonstige betriebliche Erträge	24.480	10.187
Summe Erträge	387.605	267.448
AUFWAND	2011	2010
5. Personalaufwand	-188.614	-177.318
Löhne/Gehälter	-153.459	-144.611
Sozialaufwand	-35.155	-32.707
6. Abschreibungen	-1.035	-1.744
7. sonstiger betrieblicher Aufwand	-153.608	-122.318
Reisekosten	-33.150	-32.509
Bürobedarf, Kommunikation, Literatur	-31.708	-22.957
Raumkosten	-26.319	-14.171
Veranstaltungskosten	-24.312	-21.667
Honorare (gezahlt)	-15.628	-6.150
Sonstige Aufwendungen	-8.272	-7.103
Buchführungs-/Prüfungskosten	-7.878	-9.911
Instandhaltung/Anschaffungen	-2.355	-1.831
Beiträge und Versicherungen	-1.763	-1.625
Werbe- und Repräsentationskosten	-1.610	-1.447
Rechts- und Beratungskosten	-613	-2.115
Summe Aufwand	-343.257	-301.380
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.932	3.880
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	47.280	-30.051
10. Außerordentliche Aufwendungen/Erträge	0	-22.500
11. Gewinnvortrag	101.526	167.596
12. Entnahmen aus den Rücklagen	75.000	87.500
13. Einstellung in die Rücklagen	-116.013	-101.019
14. Bilanzergebnis	107.792	101.526

Bilanz

Beträge auf volle Euro gerundet, zum 31.12.2011 mit den Vergleichszahlen zum 31.12.2010

AKTIVA	2011	2010
A Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.227	1.127
B Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.048	15.995
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	2.453
2. sonstige Vermögensgegenstände ¹	19.048	13.542
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	377.164	329.319
Summe Aktiva	399.440	346.442

PASSIVA	2011	2010
A Eigenkapital		
I. Rücklagen	269.887	228.874
1. Betriebsmittlrücklage	80.000	75.000
2. freie Rücklage nach § 58 Nr. 7a AO	189.887	153.874
II. Bilanzgewinn	107.792	101.526
B. Rückstellungen		
I. Sonstige Rückstellungen	12.743	12.924
C Verbindlichkeiten	9.017	3.118
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ²	0	15
II. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ³	2.102	3.103
III. Sonstige Verbindlichkeiten	6.916	0
Summe Passiva	399.440	346.442

¹davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 0,00 (Vorjahr Euro 15,00)²davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 2.102 (Vorjahr Euro 3.103)³davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 6.916 (Vorjahr: Euro 0,00)

Mitglieder und Förderer

Im Jahr 2011 konnten 138 neue Mitglieder begrüßt werden (Vorjahr: 108).

58 Mitglieder kündigten im Laufe des Jahres ihre Mitgliedschaft (Vorjahr: 38).

Die Gesamtzahl zum 1. Januar 2012 lag damit bei 1.073 Einzelmitgliedern (zum 1. Januar 2011: 993).


Das entspricht einem Nettozuwachs von 80 Einzelmitgliedern (Vorjahr: 70).

Die Anzahl der korporativen Mitglieder verminderte sich auf 47. Darunter befinden sich sechs Mitglieder auf Gegenseitigkeit.

Auch die Anzahl der Personen, die Transparency Deutschland durch eine regelmäßige Spende unterstützen, ist deutlich angestiegen. Zum Jahresende waren 200 Förderinnen und Förderer zu verzeichnen (Vorjahr: 155). 65 Förderinnen und Förderer sind gleichzeitig Mitglieder, die zusätzlich zu ihrem Mitgliedsbeitrag einen regelmäßigen Betrag spenden.

Mitgliederentwicklung im Jahresvergleich

Anzahl der Mitglieder zum 1. Januar

 Korporative Mitglieder  Individuelle Mitglieder

2012



2011



2010



2009



2008



2007



2006



Einnahmen über 1.000 Euro

EINZELPERSONEN

Dr. Lena Correll	1.000 €	Spende
Jan-Hendrik Dohrmann	1.140 €	Spende
Clemens Eckes	2.080 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Dr. Karl-Heinz Eckhold	1.080 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Dr. Georg Fischer	1.580 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Winfried Gausselmann	2.080 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Gabriele Geier	3.664 €	Spende
Dietmar Hexel	1.000 €	Spende
Helena Peltonen-Gassmann	1.180 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Claudia Schumbach	1.180 €	Mitgliedsbeitrag und Spende

UNTERNEHMEN, ORGANISATIONEN, KOMMUNEN

ABB AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
AGEG Consultants eG	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Allianz SE	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
BASF SE	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Bundesagentur für Arbeit	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Bundesstadt Bonn	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Business Keeper AG	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Commerzbank AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Control Risks Deutschland GmbH	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Daimler AG	6.000 €	Mitgliedsbeitrag und Vortragshonorar
DATEV eG	2.000 €	Vortragshonorar
Deloitte & Touche GmbH	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Deutsche Bahn AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) mbH	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Deutsche Lufthansa AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
digital spirit GmbH	1.000 €	Spende
Dr. Kleinfeld CEC GmbH & Co. KG	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Elastomer Technik GmbH	1.001 €	Spende
Fraport AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
GFA Consulting Group GmbH	2.500 €	Mitgliedsbeitrag
GIZ GmbH	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
GOPA mbH	2.500 €	Mitgliedsbeitrag
GTECH GMBH	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
HELIOS Kliniken GmbH	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
HOCHTIEF AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Innenministerium Schleswig-Holstein	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
ITaCS GmbH	1.000 €	Spende
KfW Bankengruppe	2.750 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Klöckner & Co SE	10.000 €	Spende
KUGLER MAAG CIE GMBH	1.000 €	Mitgliedsbeitrag

Landeshauptstadt Potsdam	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
MAN SE	10.000 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Michael Koch GmbH	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Pfalzkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie AdöR	2.500 €	Mitgliedsbeitrag
PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Robert Bosch GmbH	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
SAP	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
sipgate GmbH	5.000 €	Spende
Stadt Halle (Saale)	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Stadt Hilden	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Stadt Leipzig	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Stadtwerke Bonn GmbH	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
ThyssenKrupp AG	5.000 €	Spende
William Prym Holding GmbH	1.000 €	Spende

Namen der Personen, Organisationen, Unternehmen oder Kommunen, die Transparency International Deutschland e.V. im Jahr 2011 insgesamt mindestens 1.000 Euro im Rahmen von Geldspenden, Sachspenden, Mitgliedsbeiträgen, Projektbeiträgen und Vortragshonoraren zugewendet haben. Für ihre Unterstützung sei gedankt.

KORPORATIVE MITGLIEDER

ABB AG Mannheim
AGEG Consultants eG, Kirchheim unter Teck
akzente Kommunikation und Beratung GmbH, München
Allianz SE, München
BASF SE, Ludwigshafen
Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg
Bundesstadt Bonn
Business Keeper AG, Berlin
Commerzbank AG, Frankfurt am Main
Control Risks Deutschland GmbH, Berlin
Daimler AG, Stuttgart
Deloitte & Touche GmbH, München
Deutsche Bahn AG, Berlin
Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) mbH, Köln
Deutsche Lufthansa AG, Frankfurt/Main
Dr. Buchert Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Frankfurt/Main
Dr. Kleinfeld CEC GmbH & Co. KG, Hamburg
Fraport AG, Frankfurt/Main
GFA Consulting Group GmbH, Hamburg
GIZ GmbH (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit), Eschborn
GOPA mbH, Bad Homburg
GTECH GmbH, Münster
HELIOS Kliniken GmbH, Berlin
HOCHTIEF AG, Essen
Innenministerium Schleswig-Holstein, Kiel
KfW Bankengruppe (Kreditanstalt für Wiederaufbau), Frankfurt/Main
KUGLER MAAG CIE GmbH, Kornwestheim
Landeshauptstadt Potsdam
MAN SE, München
Michael Koch GmbH, Ubstadt-Weiher
Ochsenfeld Rechtsanwälte, Hildesheim
Pfalzkllinikum für Psychiatrie und Neurologie AdöR, Klingenmünster
PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main
Robert Bosch GmbH, Stuttgart
SAP AG, Walldorf
Stadt Halle (Saale)
Stadt Hilden
Stadt Leipzig
Stadtwerke Bonn GmbH, Bonn
Stiftung Evolutionsfond Apfelbaum, Köln
Wirtschaftsgilde e.V., Weinheim

KORPORATIVE MITGLIEDER AUF GEGENSEITIGKEIT

Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik - EBEN Deutschland e.V. (dnwe), Zittau

European Healthcare Fraud and Corruption Network (EHFCN), Brüssel

Global Cooperation Council (Nord Süd Forum) e.V., Bonn

ICC Deutschland e.V., Berlin

Nord Süd Forum München e.V., München

Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn

07

MITGLIEDSCHAFTEN

ALTER-EU:
DR. CHRISTIAN HUMBORG

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR
INFORMATIONSFREIHEIT (DGIF):
DIETER HÜSGEN

WWW.ALTER-EU.ORG
WWW.DGIF.DE

ALTER-EU

ALTER-EU ist die Abkürzung für „The Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation in the European Union“. Ihr gehören fast zweihundert Mitglieder an, darunter zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften, Akademikerinnen und Akademiker sowie Public Affairs Beratungen, aus den Ländern der Europäischen Union. Seit ihrem Start im Jahr 2005 wird die Allianz durch einen Steuerungskreis geleitet, der zurzeit acht Mitglieder umfasst, und durch Koen Roovers koordiniert wird. Einmal im Jahr findet ein Treffen der Allianzmitglieder in Brüssel statt. Transparency Deutschland war in der Vergangenheit regelmäßig durch einen Vertreter des Brüsseler Büros von Transparency International vertreten, im letzten Jahr allerdings nicht.

Zu den wesentlichen Forderungen der Allianz gehören die Einrichtung eines verbindlichen, übergreifenden EU-Lobbyistenregisters, ein verbindlicher Verhaltenskodex für Lobbyisten, vollständige Transparenz der EU-Expertengruppen und Regeln im Hinblick auf potenzielle Interessenkonflikte ihrer Mitglieder sowie die Verschärfung der Regeln beim Wechsel von EU-Politikern und EU-Beamten in die Wirtschaft. In der ersten Jahreshälfte wurde sehr intensiv die Entwicklung eines neuen Lobbyistenregisters begleitet. In der zweiten Jahreshälfte hat sich die Allianz mit dem neuen Verhaltenskodex der EU-Parlamentarier befasst. Im Oktober hat die Allianz begrüßt, dass das Budget von Expertengruppen der EU-Kommission wegen fehlender Transparenz dieser Gruppen in Teilen durch das EU-Parlament gesperrt wurde. Im November wurde ein Bericht zum Wechsel von EU-Beamten in Lobbytätigkeiten mit 15 Fallstudien veröffentlicht.

Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit e.V. (dgif)

Die Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit e.V. (dgif) wurde nach Inkrafttreten des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes im Jahre 2006 von maßgeblichen Unterstützern des Gesetzesvorhabens gegründet. Ihr Vorsitzender ist Dr. Sven Berger. Transparency Deutschland beteiligte sich bereits seit 2003 an den Bemühungen um die Schaffung dieses Gesetzesvorhabens und ist der Gesellschaft im Jahre 2007 als Mitglied beigetreten.

Die dgif ist eine politisch und wirtschaftlich unabhängige, als gemeinnütziger Verein eingetragene Organisation. Transparency Deutschland und die dgif stimmen darin überein, dass durch weitgehenden Zugang zu öffentlichen Informationen die politische Partizipation gestärkt und die Akzeptanz der Demokratie gefördert wird. Zu den Zielen der dgif gehört die Verbesserung der Kontrolle der Verwaltung, auch um Korruption zu verhindern. Sie beteiligt sich an öffentlichen Debatten, die die Informationsfreiheit in Deutschland betreffen, fördert den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zur Praxis der Informationsfreiheit und beteiligt sich an der Fortentwicklung der Informationsfreiheit in der Praxis. Sie ist wie Transparency Deutschland mehrfach als Sachverständige zu Stellungnahmen von geplanten Informationsfreiheitsgesetzen in diversen Bundesländern eingeladen worden.

Im Dezember 2010 hat sie zusammen mit netzwerk recherche e.V. den Gesetzentwurf für ein Bürgerinformationsgesetz (BIG) vorgestellt, das das Verbraucherinformationsgesetz (VIG), das Umweltinformationsgesetz (UIG) und das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) ersetzt. Mit diesem Gesetzesvorhaben sollen die bisher unterschiedlichen Informationsrechte vereinheitlicht und verbessert werden, mit dem Ziel, jedes Regierungs- und Verwaltungshandeln durchgängig so

transparent wie möglich zu machen und Ausschlussgründe auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.

Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik e.V. (dnwe)

Zum Hintergrund: Transparency Deutschland ist seit über zehn Jahren Mitglied im Deutschen Netzwerk Wirtschaftsethik e.V. (dnwe) und durch Caspar von Hauenschild, Vorstandsmitglied von Transparency Deutschland, im Kuratorium vertreten.

Im vergangenen Jahr hat sich das dnwe mit folgenden Schwerpunktthemen der Wirtschaftsethik befasst – nachzulesen im FORUM Wirtschaftsethik des dnwe, das viermal pro Jahr erscheint:

Ethische Standards der Unternehmensführung

- Initiativen unternehmerischer Verantwortungsübernahme – zwischen Freiwilligkeit und Soft Laws
- Unternehmensethik auf dem Vormarsch: ISO 26.000 macht Ethik zur Norm globalen Wirtschaftshandelns

Experimentelle Ökonomie

- Neuroökonomie: Grundverständnis und Ausblick
- Was beeinflusst korruptes Handeln? Erkenntnis aus experimenteller betriebswirtschaftlicher Korruptionsforschung mit einem Unternehmensplanspiel
- Ethik und experimentelle Wirtschaftsforschung – Beiträge zum Lügenverhalten

Personalwirtschaft und Ethik

- Personalmanagement-Ethikkodex: Braucht es einen und wenn ja wozu?

- Stakeholder-Management im Personalauswahlprozess
- Verantwortung am Arbeitsplatz: Warum Mitarbeiter Spielregeln brauchen... Ansätze der Personalethik anhand der Fragestellung der gerechten Entlohnung und der Aufstiegsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst
- Wo ist das „S“ in CSR?

Das Jahr 2011 war ebenfalls von einer sehr intensiven Strategie-Diskussion geprägt, die im Vorstand und im Kuratorium durch die pro-bono Berater der Unternehmensberatung Berger begleitet wurde. Eine sehr kontroverse Mitgliederversammlung im November führte zum Rücktritt von einigen Vorstandsmitgliedern. Der Restvortrag und das Kuratorium werden im Februar 2012 eine „Neuausrichtung“ des dnwe beraten und den Mitgliedern zur Entscheidung vorlegen.

European Healthcare Fraud and Corruption Network (EHFCN)

Das European Healthcare Fraud and Corruption Network (EHFCN, Europäisches Netzwerk zur Bekämpfung von Betrug und Korruption im Gesundheitswesen) wurde aus Mitteln des Europäischen AGIS-Programms der Generaldirektion für Justiz im Jahr 2004 als länderübergreifendes gemeinnütziges Netzwerk auf einer internationalen Konferenz in London initiiert. Von Anfang an waren auch Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgruppe Gesundheit von Transparency Deutschland bei den jährlichen Konferenzen, zunächst als Beobachter, seit 2007 als Mitglied auf Gegenseitigkeit vertreten.

Standort des Büros ist Brüssel. Das Jahresbudget wurde zunächst mit Mitteln des AGIS-Programms, später aus Mitgliedsbeiträgen finanziert.

DEUTSCHES NETZWERK
WIRTSCHAFTSETHIK E.V. (DNWE):
CASPAR VON HAUENSCHILD

EUROPEAN HEALTHCARE
FRAUD AND CORRUPTION
NETWORK (EHFCN):
DR. ANGELA SPELSBERG

WWW.DNWE.DE
WWW.EHFCN.ORG

INTERNATIONALE HANDELS-
KAMMER (ICC) DEUTSCHLAND:
DR. PETER VON BLOMBERG

NETZWERK CORPORATE
ACCOUNTABILITY (CORa):
PAUL HELL

WWW.ICC-DEUTSCHLAND.DE
WWW.CORA-NETZ.DE

Die Mitglieder bestehen aus Regierungsinstitutionen wie zum Beispiel Gesundheitsministerien, gesetzlichen und privaten Krankenkassen bzw. Versicherungen und Betrugsbekämpfungsinstitutionen. In Deutschland sind wir bisher das einzige Mitglied; die Krankenkassen oder das Gesundheitsministerium konnten sich bislang nicht zu einem Beitritt entschließen.

Das EHFCN hat ermittelt, dass von den 1.000 Milliarden (1 Billion) Euro, die jedes Jahr für Gesundheit in der EU ausgegeben werden, 56 Milliarden oder 5,6% aufgrund von Fehlern, Betrug und Korruption verlorengehen. Diese im Bericht „The financial cost of healthcare fraud“ von Jim Gee, Mark Button and Graham Brooks ermittelten Zahlen beruhen auf 66 validierten Untersuchungen aus 33 Organisationen in sechs europäischen Ländern. Der Bericht wurde gemeinsam vom Centre of Counter Fraud Studies (University of Portsmouth), dem EHFCN und dem Verlag MacIntyre Hudson im Januar 2010 herausgegeben.

Das EHFCN und seine Mitglieder bekämpfen Betrug und Korruption im Gesundheitswesen bzw. erarbeiten Methoden zur Prävention oder der Verbesserung von Betrugsentdeckungssystemen. Sie führen eigene Untersuchungen zu vermuteten oder entdeckten Betrugsfällen durch, verhängen angemessene Sanktionen und kümmern sich um die Wiederbeschaffung verlorener Ressourcen und ihrer Zurückleitung in die für sie ursprünglich vorgesehenen Bereiche. Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgruppe Gesundheit tragen regelmäßig zu den Konferenzen als Vortragende im Plenum oder in Workshops bei, zuletzt auf der Konferenz 2010 in Brüssel zum Thema „Schweinegrippe - ein Fall von Korruption im Gesundheitswesen“.

Internationale Handelskammer (ICC) Deutschland

Die 1919 gegründete Internationale Handelskammer (ICC) mit Sitz in Paris verfolgt vorrangig das Ziel, den Welthandel zu fördern und die Prinzipien der freien Marktwirtschaft, des freien Handels und des freien Unternehmertums sicherzustellen.

ICC versteht sich als Organisation der freien Wirtschaft, die ihre Stimme branchenübergreifend und international gegenüber zwischenstaatlichen Einrichtungen und Institutionen einbringt. Ihre weltweite Präsenz beruht auf einem Netzwerk von Nationalkomitees in mehr als neunzig Ländern. Darüber hinaus gibt es in weiteren 34 Ländern Direktmitglieder. Die Nationalkomitees ver-

treten die Interessen der Wirtschaft gegenüber den nationalen Regierungen.

Das deutsche Nationalkomitee existiert seit 1925. Zu seinen Mitgliedern zählen international tätige deutsche Unternehmen, Industrie- und Handelskammern, Verbände, Anwaltskanzleien und Einzelmitglieder.

ICC repräsentiert in der Korruptionsbekämpfung ein klares Profil. Schon 1977 veröffentlichte sie als erste Institution Richtlinien zu Korruption und Bestechung mit Handlungsanweisungen für das Verhalten von Unternehmen. Der aktuelle „ICC-Verhaltenskodex für die Wirtschaft“ von ICC Deutschland stammt aus dem Jahre 2008 und enthält erstmals Empfehlungen zum Hinweisgeberschutz.

ICC Deutschland ist seit 1999 Mitglied auf Gegenseitigkeit von Transparency Deutschland. Seitdem ergaben sich wiederholt Gelegenheiten zur Zusammenarbeit.

2011 konnten wir ICC dafür gewinnen, die von unserer Arbeitsgruppe Wirtschaft verfasste deutsche Version der Fallsammlung „RESIST – Erpressung und Bestechungsforderungen widerstehen“, die in Zusammenarbeit zwischen Transparency International, ICC, Global Compact, World Economic Forum und international tätigen Unternehmen entstanden ist, zu finanzieren und mit Transparency Deutschland herauszugeben. RESIST verspricht, ein wichtiges Arbeitsmittel beim Aufbau von Compliance-Systemen in der deutschen Wirtschaft zu werden.

Netzwerk Corporate Accountability (CorA)

Das Netzwerk Corporate Accountability (CorA) wurde 2006 gegründet. Ihm gehören mittlerweile 51 Organisationen (Stand Juli 2011) an, darunter sind der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Germanwatch, Greenpeace, die IG Metall und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED). Transparency Deutschland ist seit der Gründung des Netzwerkes Mitglied. CorA gehört seinerseits dem Europäischen Netzwerk European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) an, ein Verbund von 250 Dachorganisationen aus fünfzehn europäischen Ländern. Wesentliches Ziel der Aktivitäten von CorA ist die Einführung verbindlicher Regeln für Transnationale Konzerne auf nationaler wie internationaler Ebene. Gegenwärtig stehen im Fokus von CorA vier Themen: Verantwortliche Beschaffung der öffentlichen Hand, Corporate

Social Responsibility, Rechenschafts- und Publizitätspflicht von Unternehmen und das Thema Haftung, Sorgfaltspflichten und Rechtzugang. Diese vier Themen wurden durch Fachgespräche, Tagungen, Kampagnen, Stellungnahmen, Expertisen und Handreichungen umgesetzt und durch entsprechende Lobbytätigkeiten auf nationaler wie europäischer Ebene begleitet. Positionen von Transparency Deutschland fanden in den jeweiligen Veröffentlichungen und Stellungnahmen des Netzwerkes Berücksichtigung. Neben der Fortsetzung der bisherigen Arbeit sollen in einem Dossier bzw. Grundsatzpapier die 2011 eingetretenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen berücksichtigt und auf die Implikationen für das künftige Handeln des Netzwerkes dargestellt werden. Die vielfältigen thematischen Überschneidungen mit Transparency Deutschland lassen auch für die Zukunft auf eine fruchtbare Zusammenarbeit hoffen.

Nord Süd Forum München e.V.

Der Nord Süd Forum München e.V. gründete sich 1989. Mittlerweile sind dort über sechzig Gruppen und Vereine Mitglied. Ihr Spektrum reicht von großen Hilfsorganisationen wie Ärzte der Welt oder Handicap International bis hin zu kleinen Solidaritätsgruppen. Transparency International Deutschland ist seit 1996 Mitglied.

Unter dem Motto „Global denken – Lokal handeln“ setzt sich das Forum für eine gemeinsame Zukunft der Länder im Süden mit den Ländern im Norden ein. Ziel der Arbeit ist es, ein breites Interesse und Bewusstsein für die globalen Zusammenhänge zu wecken und den Blick für benachteiligte Länder und Regionen zu schärfen. Erreicht werden soll dies durch gebündelte Kompetenzen und Zusammenarbeit auf allen Ebenen (Politik, Kirche, Verwaltung, Gesellschaft), um dadurch stärker in die Öffentlichkeit wirken zu können.

Neben dieser Vernetzungsarbeit, Bündelung von Kompetenzen und Koordination der Mitglieder untereinander, richtet das Nord Süd Forum zahlreiche thematische Veranstaltungen aus. Aber auch langfristig angelegte Kampagnen und Projekte werden durchgeführt. Dabei stehen vor allem die Themen Fairer Handel, Ernährung, Konsum und Ethik sowie indigene Völker, Klimawandel und Menschenrechte weltweit im Fokus.

Zudem dient das Nord Süd Forum als Gesprächspartner für Entscheidungsträger aus Politik und Gesellschaft, setzt sich für die Qualitätssicherung

entwicklungspolitischer Projekte ein und leistet Solidaritäts- und Lobbyarbeit.

Am Antikorruptionstag, dem 9. Dezember, hat die Regionalgruppe München auch 2011 wieder den Infostand des Nord Süd Forums auf dem Tollwood übernommen. Mitglieder der Regionalgruppe stehen dort für Fragen zu Transparency und Korruption zur Verfügung. Das Publikumsinteresse ist groß; viele kommen von sich aus und fragen nach Infomaterial. Die Tatsache, dass es in München regelmäßige Treffen gibt, ist für viele interessant. Im letzten Jahr war der 9. Dezember ein Freitag, so dass zahlreiche auswärtige Besucher am Stand waren.

Ein Mitglied der Regionalgruppe München nimmt regelmäßig an den Plenumsitzungen des Nord Süd Forums teil. Im kleinen Kreis wurde häufig über Probleme der Projekte mit Korruption berichtet. Hier konnte dann auf die nationalen Chapter im Projektland verwiesen werden. Die Mitgliedschaft im Nord Süd Forum ist ein kleiner Baustein zur Verhinderung von Korruption.

OECD Watch

OECD Watch ist ein internationales Netzwerk, das aus mehr als achtzig zivilgesellschaftlichen Organisationen besteht, die weltweit für Corporate Accountability und Corporate Responsibility eintreten. Die Mitglieder von OECD Watch teilen ein gemeinsames Ziel: nachhaltige Entwicklung sowie sozial- und umweltverträgliches Wirtschaften sollen durch verbesserte Instrumente und Umsetzungsmechanismen für unternehmerische Verantwortung gefördert werden. Das Netzwerk teilt zu diesem Zweck Informationen über die Politiken und Tätigkeiten des OECD-Investitionskomitees und wirkt an der Verbesserung der Effektivität der OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen mit.

Zu den entscheidenden Aufgaben von OECD Watch gehören die Beratung und Unterstützung von NGOs bei der Einreichung von Beschwerden bei Verstößen gegen die OECD-Leitsätze. Im „Quarterly Case Update“ veröffentlicht OECD Watch alle eingereichten Klagen. Darüber hinaus wird eine Online-Datenbank gepflegt, welche die Erfahrungen der NGOs mit der Anwendung der OECD-Leitsätze dokumentiert und die Effektivität des Beschwerdemechanismus nachverfolgt. In den letzten zwei Jahren haben sich Lobbying und Advocacy gegenüber der OECD und den nationalen Regierungen auf die Revision der OECD-Leitsätze konzentriert.

NORD SÜD FORUM MÜNCHEN E.V.:
ERIKA LORENZ-LÖBLEIN

OECD WATCH:
JOSEPH WILDE, OECD WATCH
SHIRLEY VAN BUIREN,
TRANSPARENCY DEUTSCHLAND

WWW.NORDSUEDFORUM.DE
WWW.OECDWATCH.ORG

UNCAC COALITION:
RICARDA BAUCH

VERBRAUCHERZENTRALE
BUNDESVERBAND (VZBV):
GABRIELE C. KLUG

WWW.UNCACCOALITION.ORG
WWW.VZBV.DE

Zu Beginn des Überarbeitungsprozesses im Juni 2009 hat OECD Watch eine Kernarbeitsgruppe gegründet, zu der auch Transparency Deutschland gehörte. Die Arbeitsgruppe brachte sich intensiv in den Überarbeitungsprozess der OECD-Leitsätze ein, welcher im Mai 2011 seinen Höhepunkt fand. Als anerkannter Stakeholder des OECD-Investitionskomitees und Mitglied der Beratergruppe des Vorsitzes der Arbeitsgruppe, die mit der Aktualisierung der Leitsätze beauftragt wurde, hat OECD Watch maßgeblich zur Revision der OECD-Leitsätze beigetragen.

OECD Watch begrüßt, dass die Revision der OECD-Leitsätze eine beträchtliche Erweiterung des Geltungsbereiches der Leitsätze mit sich gebracht hat, wodurch die Leitsätze nun für alle Geschäftsaktivitäten und -beziehungen gelten. Darüber hinaus wurden wichtige Vorschriften zu angemessenen Sorgfaltspflichten, Menschenrechten, Arbeiternehmern und Löhnen sowie den Klimawandel eingeführt.

Zu bedauern ist, dass einige erhebliche Mängel im Umgang mit Beschwerden von NGOs und Gewerkschaften nicht behoben wurden. Aus diesem Grund wird sich OECD Watch weiterhin dafür einzusetzen, dass die Nationalen Kontaktstellen für die OECD-Leitsätze ihre eigene Arbeits- und Verfahrensweisen überprüfen, um die Umsetzung der überarbeiteten Leitsätze zu optimieren. OECD Watch ist der Überzeugung, dass die Überarbeitung der Leitsätze die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft verbessert hat, Regierungen und Unternehmen für unternehmerisches Fehlverhalten zur Rechenschaft zu ziehen.

UNCAC Coalition

Die UNCAC Coalition ist ein globales Netzwerk von über dreihundert zivilgesellschaftlichen Organisationen in über hundert Ländern, die sich für die Ratifizierung und vor allem Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) einsetzen. Gegründet wurde die UNCAC Coalition im August 2006. Zu den Mitgliedern zählen Organisationen verschiedener Bereiche wie Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte und Umwelt.

In den ersten Jahren seiner Existenz warb die UNCAC Coalition für die Einführung eines transparenten und effektiven Überwachungsmechanismus. Im Juli 2010 trat ein Mechanismus in Kraft, der jedoch Länderbesuche und die Einbindung lokaler Akteure nicht verbindlich macht. Seither begleitet die UNCAC Coalition den „Monitoring“-

Prozess kritisch. Sie stellt die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die Erstellung der Länderberichte sicher und fordert die Veröffentlichung der Berichte. Im Oktober 2011 haben Vertreter von Transparency Deutschland in Vorbereitung der Monitoringgruppe ein Gespräch mit Vertretern des Bundesministeriums der Justiz geführt.

Die UNCAC Coalition genießt auf der Vertragsstaatenkonferenz der UNCAC einen Beobachterstatus. Die 4. Vertragsstaatenkonferenz fand im Oktober 2011 in Marokko statt. Deutschland war in den letzten Reihen der Versammlung platziert und durfte nicht an allen Sitzungen der wichtigen „Implementation Review Group“ teilnehmen. Deutschland gehört zu den wenigen Staaten weltweit, welche die Konvention noch nicht ratifiziert haben. Transparency Deutschland hat diesen Umstand wiederholt kritisch kommentiert. Entsprechend wurde im Jahr 2011 wie auch in den Jahren zuvor jeder Anlass genutzt, um auf die Notwendigkeit hinzuweisen, dass der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung in Deutschland verschärft werden muss, um die Voraussetzung für die Ratifizierung der UNCAC zu schaffen.

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)

Es liegt auf der Hand: Transparenz und Konsumentenschutz sind wichtige Partner und die Bedeutung dieser Verbindung wächst in Europa und auch in Deutschland.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) ist Dachverband eines breiten Bündnisses für Verbraucherpolitik. Er gehört zu den weltweit einflussreichsten unabhängigen Verbraucherorganisationen. Die länderweit organisierten Verbraucherzentralen mit ihren bundesweit circa zweihundert Niederlassungen sind auf Bundesebene ebenso im Verbraucherzentrale Bundesverband zusammengeschlossen wie weitere Verbände mit verbraucherschützenden Aufgaben. Das Spektrum ist breit und reicht von Organisationen mit Schwerpunkt im Bildungsbereich über Soziale Dienste, Fahrgastorganisationen, Bauherrenberatung und Energienutzer bis zu Frauenorganisationen. Der vzbv vertritt die Interessen der Verbraucher gegenüber Politik, Verwaltung, Justiz, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Er finanziert seine Arbeit aus Mitteln des Bundesverbraucherministeriums (BMELV), aus Projektmitteln und durch Mitgliedsbeiträge.

Heute zählt der vzbv mehr als zwanzig Millionen Einzelmitglieder, zu denen seit einigen Jahren

auch Transparency International Deutschland e.V. gehört.

Blicken wir auf die großen Entwicklungen der letzten Jahre, so zeigen sich vor allem drei Felder, auf denen eine Kooperation wichtig und bedeutsam war:

- Finanzprodukte auf einem entfesselten Finanzmarkt
- Energiewirtschaft in Zeiten der Energiewende
- Ernährung und Gesundheit in Zeiten des Klimawandels

stellen für die gesamte Bevölkerung wichtige Marktfaktoren dar. Auch das öffentliche Leben

del, Corporate Social Responsibility, nachhaltige Produktion.

Daher ist der deutsche Verbraucherschutz ein wichtiger strategischer Partner für Transparency International Deutschland – ein strategisches Bündnis, von dem beide Seiten stark profitieren.

Seit einigen Jahren ist Transparency Deutschland daher Mitglied beim vzbv; der Vorstand des vzbv ist im Beirat von Transparency Deutschland vertreten. Derzeit wird diese Aufgabe von Gerd Billen wahrgenommen (siehe Portrait im Scheinwerfer 49).

Besondere Erwähnung verdient an dieser Stelle, dass eine so wichtige Organisation wie der vzbv

»IN SACHEN TRANSPARENZ UND INFORMATIONSFREIHEIT GIBT ES IN DEUTSCHLAND NOCH VIEL ZU TUN. AUS MEINEM PERSÖNLICHEN UMFELD WEISS ICH, DASS TRANSPARENCY EINE GUTE UND WICHTIGE ARBEIT MACHT. DIESE ARBEIT WILL ICH MIT EINER SPENDE UNTERSTÜTZEN.«

Petra Epp,
Spenderin aus Eurasburg



wird von der Entwicklung dieser Produkte entscheidend beeinflusst und Bürgerinnen und Bürger werden in immer mehr Lebensbereichen zum Verbraucher. Damit wird der wachsame Blick auf Märkte, die Frage um Regulierungsnotwendigkeit aber auch die Frage des Zugangs zu Leistungen für alle Verbraucher immer wichtiger. Transparenz ist für den Verbraucherschutz ein immer größeres Thema.

Gesellschaftliches Monitoring durch starke Verbraucherschutzorganisationen und ihre Verbündete sind aus der öffentlichen Debatte nicht mehr wegzudenken. Die kontinuierliche Arbeit an der Verbesserung der Verbraucherinformation ist ein wichtiges gemeinsames Anliegen von Transparency Deutschland und vzbv. Dieses gemeinsame Anliegen beschränkt sich nicht nur auf eine gemeinsame Lobbyarbeit für breite Informationsgesetze – es wirkt weit darüber hinaus in den internationalen Bereich. Stichworte sind fairer Han-

auch seine Vorbildrolle in Sachen Transparenz nach innen wahrnimmt. In der Organisation fand in den vergangenen Jahren eine breite Diskussion über innerverbandliche Transparenz und Unabhängigkeit statt, die zu einem Reformprozess geführt hat. Hieran haben wir in bescheidenem Umfang unmittelbar mitgewirkt.

BILD: PRIVAT

TRANSPARENCY DEUTSCHLAND STIFTUNG

BILD:
STOCK.XCHNG

Im Jahr 2010 wurde die Transparency Deutschland Stiftung gegründet mit dem Ziel, den Kampf gegen Korruption nachhaltig zu stärken. Die Stiftung unterstützt wie der Verein den Kampf gegen jede Art von Korruption auf nationaler und internationaler Ebene in Staat, Wirtschaft und allen gesellschaftlichen Bereichen. Der Stiftungszweck wird insbesondere durch die Unterstützung des Transparency International Deutschland e.V. verwirklicht.

Am 6. Mai 2011 fand die konstituierende Sitzung des Stiftungsrates statt, auf der Dr. Hedda von Wedel zur Vorsitzenden des Stiftungsrates gewählt wurde. Die Mitglieder im Stiftungsrat sind Michael Alberg-Seberich (seit 21.01.2012), Dr. Peter Fries (seit 26.08.2010), Gerd Leilich (seit 26.08.2010), Dagmar Schröder-Huse (seit 21.01.2012) und Dr. Hedda von Wedel (seit 26.08.2010).

Im Juni 2011 ging die Webseite der Stiftung unter der Adresse: www.transparency-stiftung.de online.

Die Transparency Deutschland Stiftung hat 2011 Zuwendungen in Höhe von insgesamt 7.701 Euro erhalten.

Die Stiftung dankt für Zuwendungen über 1.000 Euro:

- Markus Hänelt, derzeit: Gmunden (Österreich)
- Gerd Leilich, Hamburg
- Folkard Wohlgemuth, Rabat (Marokko)



Die Stiftung freut sich über Zuwendungen zum Aufbau der Stiftung und über Spenden. Beispielsweise kann die Transparency Deutschland Stiftung im Testament bedacht werden. Als gemeinnützige Organisation ist sie von der Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit.

Stand: 31. Dezember 2011

Vorstand

Prof. Dr. Edda Müller (Vorsitzende)	Honorarprofessorin, Ministerin a. D., Berlin
Dr. Peter von Blomberg (Stellvertretender Vorsitzender)	Ehem. Vorstandsmitglied der Allianz-Versicherungs-AG, Köln
Dr. Hedda von Wedel (Stellvertretende Vorsitzende)	Staatssekretärin a. D., Präsidentin des Bundesrechnungshofes a. D., Mitglied des Europäischen Rechnungshofes a. D., Andernach
Jochen Bäumel	Journalist, Korrespondent der ARD a. D., Berlin
Constanze Berendts	Referentin bei Amnesty International, Sektion Deutschland, München
Gabriele C. Klug	Stadtkämmerin der Stadt Köln, Leitende Ministerialrätin a. D., Köln
Prof. Dr. Dr. Jürgen W. Marten	Rechtsanwalt, Berlin
Dr. Anke Martiny	Senatorin a. D., Publizistin, Berlin
Sylvia Schenk	Rechtsanwältin, Stadträtin a. D., Frankfurt am Main
Dr. Angela Spelsberg	Ärztin und Epidemiologin, Münster
Caspar von Hauenschild	Berater von Unternehmen, München
Dr. Wolfgang Wodarg	Arzt, Bundestagsabgeordneter a. D., Berlin

Beirat

Barbara Stolterfoht (Beiratsvorsitzende)	Ministerin a. D., ehem. Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWW), Berlin
Gerd Billen	Vorsitzender Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Berlin
Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin	Bundesministerin der Justiz a. D., Berlin
Ernst Elitz	Gründungsintendant Deutschlandradio, Berlin
Prof. Dr. Hans Fleisch	Generalsekretär beim Bundesverband Deutscher Stiftungen, Berlin
Astrid Frohloff	Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes bei Reporter ohne Grenzen, Berlin
Marianne Heuwagen	Freie Publizistin, Berlin
Dietmar Hexel	Geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Berlin
PD Dr. Ansgar Klein	Geschäftsführer des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
Prof. Dr. Philipp Manow	Professor, Universität Bremen, Bremen
Dr. Günter Metzges	Vorstandsmitglied und Mitbegründer von Campact e.V., Berlin
Volker Monnerjahn	Präsident des DJK Sportverbandes, Oberwesel
Barbara Rinke	Oberbürgermeisterin, Stadt Nordhausen

Peter Rohland	Vorstand des vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Berlin
Karenina Schröder	Stellvertretende Geschäftsführerin des Berlin Civil Society Center, Berlin
Prof. Dr. Axel von Werder	Professor an der Technischen Universität Berlin, Leiter des Berlin Center of Corporate Governance, Berlin
Prof. Dr. Hubert Weiger	Vorsitzender des BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Berlin

Ethikbeauftragter

Dr. Michael H. Wiehen	Ehem. Weltbankdirektor und Rechtsanwalt, München
-----------------------	--

Arbeitsgruppenleiter/-innen

Constanze Berendts	Politische Bildung
Dr. Jens Claussen	Transparenz in der Zivilgesellschaft
Dr. Max Dehmel	Internationale Konventionen
Sieglinde Gauer-Lietz	Staatliche Entwicklungszusammenarbeit
Sonja Grolig	Nicht-Staatliche Entwicklungszusammenarbeit
Dr. Peter Hammacher	Hinweisgeber
Reiner Hüper	Strafverfolgung
Dieter Hüsgen	Informationsfreiheit
Janina Kalle	Transparenz in den Medien
Dr. Michael Koß	Politik
Lars-Heiko Kruse	Sport
Walter Küblbeck	Kommunen
Dr. Christian Lantermann	Zentralregister/Vergabewesen
Dr. Heike Mayer	Informationsfreiheit
Dr. Andreas Novak	Wirtschaft
Dr. Gisela Rüß	Bundes- und Landesverwaltung
Shirley van Buijen	Corporate Accountability/Monitoring OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen
Caspar von Hauenschild	Finanzmarkt
Dr. Michael H. Wiehen	Integritätspakt
Dr. Wolfgang Wodarg	Gesundheit

Regionalgruppenleiter/-innen

Sebastian Händschke	Regionalgruppe Thüringen/Sachsen-Anhalt
Lothar Hermes	Regionalgruppe Sachsen
Gerd Leilich	Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein
Dr. Jan Tibor Lelley	Regionalgruppe Ruhrgebiet
Nicole Perez	Regionalgruppe Baden-Württemberg
Andreas Riegel	Regionalgruppe Rheinland
Dr. Harald Schlüter	Regionalgruppe Ostwestfalen-Lippe
Dr. Kirsten Schubert	Regionalgruppe Bremen
Dennis Schwarz	Regionalgruppe Niedersachsen
Dr. Sabine Stetter	Regionalgruppe München
Adelheid Tröscher/Joachim Walther	Regionalgruppe Frankfurt-Rhein-Main
Dr. Astrid Wokalek	Regionalgruppe Berlin/Brandenburg

Sitzungen

Vorstandssitzung in Berlin	11.01.2011
Treffen des Führungskreises in Erfurt	11. bis 13.03.2011
Vorstandssitzung in Erfurt	13.03.2011
Vorstandssitzung in Berlin	02.04.2011
Vorstandssitzung in Köln	17.06.2011
Mitgliederversammlung in Köln	18.06.2011
Beiratssitzung in Berlin	14.09.2011
Vorstandssitzung in Berlin	17.10.2011

Geschäftsstelle

Team

- Dr. Christian Humborg, Geschäftsführer
- Ricarda Bauch
- Sylvia Hänchen
- Tobias Hecht (ab August)
- Maria Schröder (Juni bis September)
- Sylvia Stützer
- Thomas Hoffmann, Student/IT

Praktikant/innen

- Carolin Glandorf (ab September)
- Roland Hesse (ab Oktober)
- Tilman Höffken (April bis Oktober)
- Michael Obrist (bis Februar)
- Anke Schäffner (Februar bis September)
- Vera Scholz (bis April)

Externe Unterstützung

- Martin G. Löhe, Webmaster (bis März)
- Ralph Putz, Webmaster (März bis Dezember)
- Folkard Wohlgemuth, Buchhalter

› VON LINKS: ROLAND HESSE, CAROLIN GLANDORF, TOBIAS HECHT, SYLVIA STÜTZER, MARIA SCHRÖDER, RICARDA BAUCH, DR. CHRISTIAN HUMBORG, SYLVIA HÄNCHEN



> DIE PRÄSENZBIBLIOTHEK IN DER GESCHÄFTSTELLE IN BERLIN



Bibliothek zum Thema Korruption

Wir führen in der Geschäftsstelle eine Präsenzbibliothek, die auf das Thema „Korruption“ spezialisiert ist und eine gut sortierte Auswahl an wissenschaftlicher Fachliteratur, Aufsätzen, Nachschlagewerken, Vorträgen und Fachzeitschriften rund um das Thema Korruption und Korruptionsprävention umfasst. Bücher zu unseren Themen werden regelmäßig von ehrenamtlichen Mitgliedern für unsere Zeitschrift „Scheinwerfer“ rezensiert. So sind auch fast alle Titel, die bisher rezensiert wurden, dort zu finden.

Mit Hilfe der Suchmaske können Sie in der Bibliotheksdatenbank online nach Sammelbänden, Aufsätzen, Monographien und Vorträgen recherchieren. Wir empfehlen, die Recherche bereits vor Besuch der Geschäftsstelle vorzunehmen. Unsere Bibliotheksdatenbank, eine Übersicht der vorhandenen Literatur und weitere Hinweise zu unserer Bibliothek finden Sie auf unserer Internetseite www.transparency.de unter „Wissen“.

Die Präsenzbibliothek befindet sich in der Geschäftsstelle von Transparency Deutschland, Alte Schönhauser Str. 44, 10119 Berlin. Sie haben die Möglichkeit, Dokumente der Bibliothek vor Ort einzusehen. Da die Bibliothek auch als Konferenzraum fungiert, können wir keine Öffnungszeiten festsetzen, sondern bitten Sie darum, mit uns per E-Mail (office@transparency.de) oder telefonisch unter 030 - 54 98 98 0 einen Termin zu vereinbaren.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei Ihrer Recherche und freuen uns auf Ihren Besuch!

Mit der Unterzeichnung der INGO-Accountability Charter hat sich Transparency verpflichtet, im Jahresbericht über die Umweltauswirkungen der Tätigkeit Bericht zu erstatten. Im Jahr 2011 wurde durch den Energieverbrauch und die Reisen der Geschäftsstelle ein CO₂-Ausstoß von rund 32,6 t (Vorjahr: rund 33,6 t) verursacht. Für die Berechnung des Ausstoßes wurde der CO₂-Rechner von www.klimAktiv.de genutzt, dessen Erstellung durch das Umweltbundesamt begleitet und unterstützt wurde. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsstelle nutzen auf dem Weg zur Arbeit das Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel.



Korruptionsprävention braucht Ihre Unterstützung!

Die Mitglieder von Transparency Deutschland engagieren sich freiwillig und unentgeltlich für die Bekämpfung von Korruption in Deutschland. Sie bringen Ihr Fachwissen, Ihre Zeit und auch finanzielle Ressourcen ein. In thematischen Arbeitsgruppen setzen Sie sich gegen Korruption im Gesundheitswesen, der Wirtschaft oder der öffentlichen Verwaltung ein. In Regionalgruppen machen Sie sich für Transparenz vor Ort stark. Mit Hilfe von Vorträgen, öffentlichen Diskussionen, Stellungnahmen in der Presse, Vertretungen bei Gesetzesanhörungen oder durch Publikationen leisten die ehrenamtlichen Mitglieder von Transparency Deutschland den wesentlichen Teil unserer Arbeit und stoßen dabei oft auf Widerstände.

BILD: LAUKEMPER

Um weiterhin so erfolgreich arbeiten zu können, ist Transparency Deutschland auf Ihre Unterstützung angewiesen.

So können Sie aktiv werden:

Förderbeitrag:

Regelmäßige Förderbeiträge geben uns hohe Planungssicherheit und stärken unsere Unabhängigkeit. Wir informieren Sie regelmäßig über unsere Arbeit.

Spende:

Einzelne Spenden ermöglichen es uns, Projekte durchzuführen, die sonst nicht möglich wären.

Spendenkonto: [Transparency International Deutschland e.V.](#)
Konto-Nr. 5611679 bei der HypoVereinsbank Berlin (BLZ 100 208 90)

Mitglied:

Als Mitglied bringen Sie sich aktiv ein, zum Beispiel in einer unserer Regionalgruppen oder für Schwerpunktthemen wie Wirtschaft, Politik, Sport und Gesundheitswesen.

Für weitere Informationen besuchen Sie unsere Website www.transparency.de unter dem Menüpunkt „Unterstützen“.

Wir bedanken uns bei allen Spenderinnen und Spendern, Förderinnen und Förderern und natürlich bei unseren Mitgliedern, die die Bekämpfung der Korruption finanziell unterstützt haben!

Dr. Christian Humborg, Geschäftsführer

